

Sitzungsbericht

9. Sitzung der Tagung 2004 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Donnerstag, den 29. Jänner 2004

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 262).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 262).
3. Ltg. 155/A-8/3: Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic, Mag. Ram u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Kontrolldefizite im NÖ Landtag“.
Redner: Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 264), Abg. Waldhäusl (Seite 266), Abg. Mag. Motz (Seite 268), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 269), Abg. Weiderbauer (Seite 269), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 272).
4. Ltg. 112/B-15: Antrag des Umwelt-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Jahresumweltbericht 2002.
Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seiten 273, 288).
Redner: Abg. Honeder (Seite 273), Abg. Waldhäusl (Seite 275), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag betreffend Budgetkürzungen im ÖPNV (Seite 278), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 282), Abg. Mag. Heuras (Seite 286), Abg. Mag. Fasan (Seite 288).
Abstimmung (Seite 288).
(Ltg. 112/B-15 mehrheitlich angenommen; Resolutionsantrag Abg. Mag. Fasan einstimmig angenommen.)
zur Geschäftsordnung: Abg. Mag. Schneeberger (Seite 289), Abg. Mag. Ram (Seite 289).
- 5.1. Ltg. 165/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.3 der XVI. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatter: Abg. Grandl (Seite 289).
- 5.2. Ltg. 164/B-2/2: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung des Landes Niederösterreich; Mödling – Stadtplanung und Stadtentwicklung.
Berichterstattung: Abg. Grandl (Seite 289).
Redner zu 5.1. – 5.2.: Abg. Erber (Seite 290), Abg. Waldhäusl (Seite 292), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag betreffend Kontrollrechte für den NÖ Landtag (Seite 294), Abg. Kautz (Seite 299), Abg. Moser (Seite 301), zur Geschäftsordnung: Abg. Mag. Fasan (Seite 303).
Abstimmung (Seite 303).
(beide Anträge einstimmig angenommen.)
6. Ltg. 152/H-11/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Zentralklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 1. Bauetappe, Funktions- und Bettentrakt für Herzchirurgie, Kardiologie und Neurochirurgie, Neu-, Zu- und Umbau, 2. Medizinische Abteilung, Neubau, medizinische Großgeräte, Erhöhung der Gesamtkosten.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 304).
Redner: Abg. Grandl (Seite 304), Abg. Mag. Ram (Seite 305), Abg. Dr. Krismer (Seite 306), Abg. Weninger (Seite 308), Abg. Kernstock (Seite 308), Abg. Dr. Krismer (Seite 310), LR Mag. Sobotka (Seite 310).
Abstimmung (Seite 312).
(einstimmig angenommen.)

7. Ltg. 157/L-21: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landesbankgesetzes.
Berichterstatterin: Abg. Hinterholzer (Seite 313).
Redner: Abg. Mag. Riedl (Seite 313).
Abstimmung (Seite 313).
(einstimmig angenommen.)
8. Ltg. 159/S-5/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Mautern; Zubau des Betten- und Wirtschaftstraktes und Abbruch des Alttraktes.
Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 314).
Abstimmung (Seite 314).
(einstimmig angenommen.)
9. Ltg. 60/A-4/5: Debatte über die Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic und Mag. Fasan an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Umsetzung des Ozongesetzes.
Redner: Abg. Mag. Ram (Seite 314), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 315), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 316).
10. Ltg. 94/A-4/16: Debatte über die Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Ram und Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Meldungen nach dem Unvereinbarkeitsgesetz.
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 317), Abg. Weninger (Seite 318), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 318), Abg. Waldhäusl (Seite 318), Abg. Kautz (Seite 319).
11. Ltg. 163/A-3/1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Weninger, Mag. Schneeberger, MMag. Dr. Petrovic und Mag. Ram gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Fortbestand des Safariparks Gänserndorf.
Berichterstatterin: Abg. Hinterholzer (Seite 319).
Abstimmung (Seite 319).
(einstimmig angenommen.)

* * *

Präsident Mag. Freibauer (*um 13.00 Uhr*):
Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufzulegen. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmann Dr. Pröll ab 14.45 Uhr, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi ab 16.00 Uhr, Herr Landesrat Schabl ab 16.00 Uhr und aus gesundheitlichen Gründen die Abgeordneten Friewald und Hintner.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

- Ltg. 162/G-16 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 – dieses Stück weise ich dem Kommunal-Ausschuss zu.
- Ltg. 164/B-2/2 - Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung des Landes Niederösterreich; Mödling - Stadtplanung und Stadtent-

wicklung – dieses Stück habe ich am 16. Jänner 2004 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss am 22. Jänner 2004 auf der heutigen Tagesordnung.

- Ltg. 165/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.3 der XVI. Gesetzgebungsperiode – dieses Stück wurde ebenfalls im Rechnungshof-Ausschuss am 22. Jänner 2004 behandelt und es steht aufgrund der Beratungsergebnisse auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 158/P-6 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 (NÖ PGG) – dieses Stück weise ich dem Sozial-Ausschuss zu.
- Ltg. 157/L-21 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landesbankgesetzes – und

Ltg. 159/S-5/3 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Mautern; Zubau des Betten- und Wirtschaftstraktes und Abbruch des Alttraktes – diese beiden Geschäftstücke habe ich am 15. Jänner 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und sie stehen nach Erledigung im Ausschuss am 22. Jänner 2004 auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 163/A-3/1 - Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic, Mag. Ram u.a. betreffend Sofortmaßnahmen zur Rettung des Safari-parks Gänserndorf – dieses Geschäftstück habe ich ebenfalls am 15. Jänner 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es wurde im Ausschuss am 27. Jänner 2004 erledigt und steht heute als letzter Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 154/A-4/29 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Motz betreffend dringend notwendige Errichtung einer durchgehenden Lärmschutzwand entlang der A 22 zwischen Korneuburg und Stockerau sowie Verordnung eines Tempolimits auf der A 22 im Gemeindegebiet Langenzersdorf.

Ltg. 160/A-4/30 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Kürzung der Nahverkehrsförderung.

Ltg. 161/A-4/31 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Finanzierung des Postbusverkehrs im ländlichen Raum.

Ltg. 166/A-4/32 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Kulturbericht 2002.

An Herrn Landesrat Gabmann:

Ltg. 168/A-5/43 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Entnahme von Nabelschnurblut in NÖ Krankenhäusern.

An Frau Landesrätin Kranzl:

Ltg. 156/A-5/41 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Riedl betreffend Ausgabenentwicklung im Bereich der Jugendwohlfahrt und Ergebnisse der IBB-Studie.

Ltg. 169/A-5/44 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Entnahme von Nabelschnurblut in NÖ Krankenhäusern.

An Herrn Landesrat Schabl:

Ltg. 167/A-5/42 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Entnahme von Nabelschnurblut in NÖ Krankenhäusern.

Die Anfragen wurden an die befragten Regierungsglieder weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. -114/A-4/21, zu Ltg.130/A-4/26, zu Ltg. 136/A-4/27, zu Ltg.-137/A-4/28 und zu Ltg. 154/A-4/29. Von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop zu Ltg. 119/A-4/22. Von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi zu Ltg. 129/A-4/25. Von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 122/A-5/33. Von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 117/A-5/31. Von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank zu Ltg. 109/A-5/30 und zu Ltg. 124/A-5/35. Von Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner zu Ltg. 138/A-5/39. Von Frau Landesrätin Kranzl zu Ltg. 156/A-5/41. Von Herrn Landesrat Schabl zu Ltg. 128/A-5/38.

Weiters eingelangt ist ein Schreiben der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Hiller, Ing. Hofbauer, Mag. Riedl, Moser, Dr. Michalitsch und Hinterholzer zum Geschäftsstück Ltg. 118/A-5/32. Die gefertigten Abgeordneten teilen mit, dass sie den Antrag auf Debatte über die Beantwortung der Anfrage an Frau Landesrätin Kranzl betreffend Maßnahmen im Sinne der ÖBB-Konsumenten zurückziehen. Ich habe dieses Geschäftsstück daher nicht als Ver-

handlungsgegenstand auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Weiters eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic, Mag. Ram u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 29. Jänner 2004 zum Thema „Kontrolldefizite im Niederösterreichischen Landtag“, Ltg. 155/A-8/3. Gemäß § 40 Abs.4 der Landtagsgeschäftsordnung wird beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Die Aktuelle Stunde ist einstimmig genehmigt.

Bevor wir aber in die Behandlung der Tagesordnung eingehen möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtredezeit dafür setzt sich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidielle beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 500 Minuten ohne Aktuelle Stunde fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 220 Minuten, der SPÖ 155 Minuten, den Grünen 75 Minuten und der FPÖ 50 Minuten zu.

Weiters halte ich fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter dieses Kontingent fallen. Für die Aktuelle Stunde gilt gemäß dem Redezeitmodell die Verteilung von 90 Minuten zwischen den Fraktionen im Verhältnis 44:31:15:10. Wobei für den als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten noch 15 Minuten hinzutreten. Das heißt also für die heutige Aktuelle Stunde, es kommen der ÖVP 39 Minuten und 36 Sekunden zu, der SPÖ 27 Minuten und 54 Sekunden, den Grünen 28 Minuten und 30 Sekunden und den Freiheitlichen 9 Minuten zu.

Und damit kommen wir nun zur Aktuellen Stunde. Ich ersuche Frau Abgeordnete Dr. Petrovic als erste Antragstellerin zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren der NÖ Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Der grüne Klub und die freiheitliche Fraktion haben diese Aktuelle Stunde beantragt und das auch nicht zufällig am Tag nach der 25-Jahrfeier der NÖ Landesverfassung. Es ist gestern ausge-

führt worden, sehr zutreffend ausgeführt worden, dass die Verfassung und die darauf basierende Geschäftsordnung zur Zeit der Erlassung durchaus bahnbrechend war und überaus fortschrittlich in einem Vergleich der österreichischen Bundesländer. Mittlerweile hat sich die Situation geändert. Es sind gestern auch von Ihnen Herr Landeshauptmann ja dargestellt worden die kann man wirklich sagen dramatischen Veränderungen im internationalen Kontext, der Fall des Eisernen Vorhangs, der österreichische EU-Beitritt, der Zerfall von ehemaligen großen Staatengebilden, Gottseidank jedenfalls im Norden unseres Bundesgebietes friedlich und demokratisch, leider nicht so in den Balkanstaaten. Aber jedenfalls es ist eigentlich im Verlauf eines Menschenlebens oder nicht einmal einer Generation soviel passiert wie in Jahrhunderten zuvor nicht. Und insofern ist es ganz klar, dass auch die Verfassungsrealität eine dynamische sein muss.

Und ich will Ihnen zu Beginn meiner Ausführungen ein paar kurze Zitate zu Ohr bringen. Ich sage Ihnen dann wer das gesagt hat. Nämlich da geht es um ein modernes Prinzip in der Demokratie, den Wettbewerb zwischen Parteien, einen Wettbewerb der Ideen. Das, was im Bereich des Wirtschaftslebens gang und gäbe ist und natürlich auch den Erfolg der österreichischen Wirtschaft gewährleistet, das sollte eigentlich für die Politik nur billig sein. Und hier heißt es, ein solcher Wettbewerb setzt aber, so wurde in Salzburg und Tirol erwogen, entsprechende Instrumente des Landtages im allgemeinen und der Oppositionsparteien im besonderen voraus.

Und dann heißt es weiter: Zusammen mit der Mehrheit im Landtag kommt es zu anderen Formen der Gewaltenteilung. Sie bezieht sich nicht mehr auf das Verhältnis zwischen Landtag und Landesregierung, sondern auf die Konkurrenz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Diese Zitate und was daraus folgt die stammen von Jürgen Weiss, dem Vizepräsidenten des Bundesrates oder in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesrates geschrieben. Und ich glaube, Jürgen Weiss wird von niemanden anders gesehen werden als ein sehr leidenschaftlicher Verfechter des Föderalismus. Er war ja auch als Minister genau für diese Funktion verantwortlich.

Das Abgehen von der Proporzverfassung hat jedenfalls in Salzburg und Tirol zu diesen angesprochenen Änderungen zu dieser Konkurrenzdemokratie geführt und zu einer doch sehr beträchtlichen Ausweitung der Kontrollrechte. Es wurde eingeführt das Recht auf Akteneinsicht für alle Landtagsparteien. Das Recht eines Viertels der Abge-

ordneten einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das Recht eines Drittels der Abgeordneten eine besondere Gebarungsprüfung durch den Rechnungshof zu verlangen. Das Recht eines Drittels der Abgeordneten eine Volksbefragung zu verlangen. Und Staatsverträge und Vereinbarungen, die dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen sind, sind vorweg auch den Oppositionsparteien vorzulegen. Weiters ein Recht jedes und jeder Abgeordneten in Beschlussprotokolle der Landesregierung Einsicht zu nehmen. Und diverse Rechte mehr. Das heißt, dort ist man von einem vorher geltenden Prinzip der Proporzregierung abgegangen, auch im Interesse einer größeren Lebendigkeit der Demokratie, und hat gleichzeitig aber die Kontrollrechte ausgeweitet. Meiner Meinung nach wäre es in Niederösterreich hoch an der Zeit, auch in eine derartige Debatte einzutreten. Das heißt nicht dass wir eins zu eins die Regelungen etwa aus Salzburg oder Tirol kopieren müssten. Denn natürlich soll das auf dem Prinzip der Verfassungsautonomie passieren. Aber ich glaube, die Entwicklung zeigt, dass diese Debatte, dass es doch wert wäre diese Debatte zu führen.

Jedenfalls aber, auch wenn die Änderung des Regierungssystems vielleicht derzeit im Moment noch nicht von relevanten Mehrheiten gewünscht wird, jedenfalls aber sollten wir reden über die Kontrollrechte. Denn ich glaube in der Tat, dass sich auch die Mehrheitsfraktion hier im Hause und im Lande auf Dauer keinen guten Dienst erweist wenn sie davon ausgeht dass Kontrolleur und kontrollierte Einheit ident sind. Und das ist de facto hier der Fall. Denn auf Grund der Tatsache, dass eine kleinere Oppositionspartei keinen Auftrag an den Landesrechnungshof erteilen kann, ist es de facto so, dass nur eine Regierungspartei diesen Auftrag erteilen kann. Und ich glaube nicht, dass es Zeichen einer modernen Demokratie ist dass die Regierenden sich selbst kontrollieren. Das unterstellt niemanden unredliches oder falsches oder sonst irgend ein abzulehnendes Verhalten aber es ist kein Prinzip einer modernen Kontrolle. Denn die setzt voraus, dass kontrollierte Einheit und Kontrollstelle voneinander verschieden sind. Ebenso ist es im Rechnungshof-Ausschuss so, dass als formale Mitglieder nur Abgeordnete der Regierungsparteien diesem Ausschuss angehören so wie bei allen anderen Ausschüssen auf Grund der Ausschussgröße, während es auf Bundesebene oder in anderen Landtagen gang und gäbe ist, dass jedenfalls im Rechnungshof-Ausschuss den Vorsitz ein Vertreter, eine Vertreterin einer Oppositionspartei führt. Es ist einfach ein anderes Zeichen einer intensiven Kontrolle als wenn man sagt so quasi die Regierung erledigt das unter sich.

Ja es ist hier sogar so, dass ein simpler Antrag wie man sieht zur Zeit nur von zwei Fraktionen gestellt werden kann und nicht was eigentlich gang und gäbe wäre, ich finde dass jeder Abgeordnete oder jede Abgeordnete diesen einen Antrag einbringen können soll. Dass Mehrheiten das Recht haben den abzulehnen oder damit halt mit Mehrheitsmeinung zu verfahren, das ist ja sehr wohl unbestritten. Aber wir stehen alle, alle wie wir hier stehen oder sitzen, ja nicht als Privatpersonen, sondern wir haben einen Auftrag von der Bevölkerung: Nach dem Verhältniswahlrecht die Bevölkerung hier zu vertreten. Das heißt es ist davon auszugehen, dass hier auch die Verteilung der Mandate, die Vertrauensverhältnisse zu den politischen Parteien und ihren Exponentinnen widerspiegeln und insofern ist es letztlich eine gewisse Missachtung eines repräsentativen Teils der Bevölkerung wenn man den Abgeordneten, die hier gewählt und entsandt worden sind, wirklich jede Art von Kontrollrecht, von eigenem Kontrollrecht versagt. *(Beifall bei den Grünen und Abg. Mag. Ram.)*

Und dazu kommt, dass sogar das Minimalste aller Kontrollrechte, nämlich das Anfragerecht jedenfalls hier in Niederösterreich, und hier sage ich Ihnen gibt's auch schon jetzt große Unterschiede im Bundesgebiet, dass das hier so gehandhabt wird, dass ein sehr großer Teil der Vollziehung überhaupt aus der Kontrolle ausgenommen und ausgeblendet ist. Und das kann nicht rechtens sein! Meiner Meinung nach, meiner Überzeugung nach entspricht das weder dem Geist noch dem Wortlaut der Landesverfassung und auch nicht den Intentionen der Bundesverfassung.

Es ist hier so im Lande, dass wir auf schriftliche Anfragen in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung keine Antwort bekommen. Ich weiß dass das sich so eingebürgert hat und dass das jetzt nicht so quasi irgendwelche Ausritte oder Extratouren von einzelnen Regierungsmitgliedern sind, sondern dass das jedenfalls auch in diesen Kommentar von Herrn DDr. Lengheimer Eingang gefunden hat. Dem Gesetzestext freilich kann ich das nicht entnehmen. Hier wird immer verwiesen auf den Artikel 32 der Landesverfassung und den § 39 der Geschäftsordnung. Nur, wenn man den wortwörtlich liest steht im Artikel 32: Jeder Abgeordnete ist befugt, die Mitglieder der Landesregierung über alle Angelegenheiten der Vollziehung zu befragen. Da steht nicht über alle Angelegenheiten der Landesvollziehung oder der Vollziehung von Landesgesetzen durch Landesorgane. Das steht da nicht. Bitte die Verfassung anzuschauen. Sondern hier steht und der Wortlaut ist wirklich eindeutig, steht ganz klar, „über alle Angelegenheiten der Vollziehung“.

Denn umgekehrt kämen wir, oder wir kommen de facto, und das wie gesagt mittlerweile eigentlich nur mehr in Niederösterreich, zu dem Ergebnis, dass kein Parlamentsgremium zu Fragen der mittelbaren Bundesverwaltung in Niederösterreich eine Antwort bekommt. Stellen Sie eine derartige Anfrage, sei es zum Ozongesetz, sei es zu irgend einer anderen Materie der mittelbaren Bundesverwaltung auf der Bundesebene, bekommen Sie dort die Antwort wissen wir nicht, ist mittelbare Bundesverwaltung, wird von Landesorganen vollzogen. Stellen Sie dieselbe Anfrage im NÖ Landtag, dann bekommen Sie, hier habe ich eine Antwort von Landeshauptmannstellvertreterin Onodi und eine von Ihnen Herr Landeshauptmann, die Antwort: Es handelt sich um eine Angelegenheit der mittelbaren Bundesverwaltung und nicht um eine solche der Landesverwaltung und ist daher nicht Gegenstand des Fragerechts. (*Zwischenruf bei Abg. Präs. Ing. Penz.*)

Naja, eine Nichtantwort als Antwort zu bezeichnen ist dann schon ein bisschen sarkastisch.

Also jedenfalls dem Text der Landesverfassung und der Geschäftsordnung kann ich das nicht entnehmen. Ich ersuche zumindest diese stehende Praxis des Landes zu überdenken. Und wir werden dazu auch Gutachten einholen um hier zumindest diesem minimalen Kontrollrecht zum Durchbruch zu verhelfen. Es kann nicht sein dass es irgend einen Gegenstand der Vollziehung in einer modernen Demokratie gibt der nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Man kann bei bestimmten Materien der Vollziehung selbstverständlich mit Verschwiegenheitspflichten wenn es sich insbesondere um Angelegenheiten der Landesverteidigung oder sonstige Dinge handelt wo es auch um Sicherheitsfragen gibt, das gibt es ja auch auf der Bundesebene. Aber dass notorisch keine Antwort erteilt wird, das kann und darf nicht rechtens sein und zwar nirgendwo im Bundesgebiet! (*Beifall bei den Grünen und Abg. Ram.*)

Und natürlich geht es uns auch um andere Oppositionsrechte. Es zeigt sich auch auf der Bundesebene wurde dieser Schritt nicht gemacht, etwa die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zum Minderheitsrecht zu machen. Ich glaube, wie gesagt, dass sich auch die Regierenden auf die Dauer mit der Festlegung von Kontrollrechten als Mehrheitsrechten keinen guten Dienst erweisen.

Denn solche Themen kommen dann andauernd wieder. Und zwar in einer Form wie sie dann letztlich nie aufgearbeitet werden können. Das heißt, ich glaube, insbesondere dort wo die Verwaltung mit Fug und Recht davon ausgehen kann dass im Wesentlichen die Dinge gut und ordentlich

erledigt werden, da denke ich mir auch, warum scheut man dann die parlamentarische Kontrolle wenn man eigentlich ja auch dann mit Fug und Recht so quasi mit dem Prüfsiegel der Opposition ausgestattet sagen kann, hier ist alles zum Besten des Landes passiert.

Wie gesagt, es ist ein modernes Prinzip. Es hat sich in etlichen Teilen des Bundesgebietes durchgesetzt. Und ich könnte Ihnen jetzt noch zahlreiche Zitate und Belege dafür bringen wie die ÖVP seinerzeit agiert hatte als sie auf Bundesebene in der Opposition war. Also da waren die Forderungen nach einem Ausbau der Kontrollrechte ja sehr viel härter und schärfer als ich das hier und heute vortrage. Daher, meine Damen und Herren, lade ich Sie erneut ein. Wir haben das ja schon im Vorfeld etliche Male besprochen. Es gibt auch in dieser Geschäftsordnung sogar Dinge die echt widersprüchlich sind. Wie die Zugehörigkeit zum Ausschuss und der Ausschussvorsitz nach dem d'Hondt'schen Prinzip. Hier sollten wir diese Geschäftsordnung unter die Lupe nehmen, wir sollten Verhandlungen führen. Da wird, davon gehe ich aus, nicht alles umzusetzen sein was wir uns wünschen und erhoffen. Aber ich denke, eines sollte bei einer Reform herauskommen: Insgesamt eine Aufwertung des Landtages, eine Aufwertung der Konkurrenz und des Wettbewerbs zwischen den politischen Parteien hier im Lande. Damit auch eine Attraktivitätssteigerung der Debatten hier und wenn Sie so wollen die Absicherung, dass die Leute auch wirklich sehen was dieser Landtag tut und wozu er notwendig ist. Und dazu braucht es starke Kontrollrechte. Und hier sollte es eigentlich logisch und normal und vernünftig und modern sein dass Kontrolle von der Opposition ausgeübt wird und nicht dass die Kontrollierten sich selbst kontrollieren. Danke. (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder des Landtages!

Kontrolldefizite im NÖ Landtag! Meine Vorrednerin hat es begründet, warum wir diese Aktuelle Stunde gemeinsam eingebracht haben und sie hat auch begründet warum Handlungsbedarf ist. Und viele Mitbürger, viele Kollegen dieses Hauses stellen sich seit langem die Frage, gibt es überhaupt eine sogenannte echte Kontrolle momentan jetzt und überhaupt hier in Niederösterreich?

Und ich sage ja, es gibt eine Kontrolle. Aber es gibt die Kontrolle, die die ÖVP und SPÖ zulassen.

Und sonst gibt's keine Kontrolle. Es gibt die Kontrolle durch den Landesrechnungshof über Landeseinrichtungen etc., die eine sehr gute Kontrolle ist. Aber gibt es eine politische Kontrolle, meine lieben Kollegen? Es gibt Skandale, es gibt Vorwürfe gegen Mitglieder der Landesregierung. Gibt es hier eine Kontrolle? Nein. Es gibt keine Kontrolle. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich komm' dann schon noch zu euch. Speziell bei den Vorwürfen der Landesregierung und so Skandale komm ich dann noch zu euch Kollegen von der ÖVP. Neun Minuten geht sich schon einiges aus. Ich werde zwar nicht alles zusammen bringen aber einiges schon.

Es gibt, meine lieben Kollegen, deswegen keine Kontrolle im politischen Bereich, weil diese Kontrolle von ÖVP und SPÖ nicht erwünscht ist. Im Rechnungshof-Ausschuss, wo nach Parteien zusammen gesetzt gearbeitet wird, hat ÖVP und SPÖ wechselnd den Vorsitz. Hier kann man sich einmal vorstellen, wie es hier in Niederösterreich zugeht. Die zwei Parteien, die auch in der Landesregierung das Sagen haben, und nur diese zwei Parteien sind in der Landesregierung vertreten, haben abwechselnd den Vorsitz im Landesrechnungshof und entscheiden dort auch wer überhaupt irgendwann kontrolliert werden soll.

Es ist so, dass in diesem Bundesland Niederösterreich sich die ÖVP und die SPÖ schon lange selbst kontrollieren. Und das ist keine Kontrolle. Und die Grünen und die Freiheitlichen haben auch hier in diesem Landesrechnungshof nicht einmal die Möglichkeit der Mitbestimmung weil wir im zuständigen Ausschuss nicht mit Sitz und Stimme vertreten sind. Wir können uns an den Vorsitzenden wenden. Ich habe das in der Causa Stift Geras gemacht, habe den vorsitzenden Präsidenten Sacher einen netten Brief geschickt, der hat das nicht einmal der Mühe wert gefunden den zu verlesen. So geht man mit den wirklichen Problemen in diesem Land um, meine lieben Freunde.

Und da kann man lachen darüber und kann man das verniedlichen, es bleibt dabei. Dieses Bundesland schreit förmlich nach einer wirklichen Kontrolle. Und was bleibt dann wirklich noch einem Abgeordneten? Wie kann ein Abgeordneter, der jetzt schon überall beschnitten ist in dem Bereich der Kontrolle, wie kann dieser Abgeordnete meine Damen und Herren, eine ehrliche Kontrolle ausüben?

Er kann Anfragen stellen. Er kann Anfragen stellen, meine Damen und Herren, aber wir haben es heute schon gehört, die Anfragen werden fast

gar nicht oder nur zur Hälfte beantwortet. Und wenn sie beantwortet werden dann werden sie gleichlautend mit dem gleichen Text beantwortet wie wir gesehen haben beim Unvereinbarkeitsproblem der Landesregierungsmitglieder und das ist ein wahres Problem. Da hat die SPÖ es nicht einmal der Mühe Wert gefunden einen eigenen Text zu formulieren, sie hat das ganz einfach von der ÖVP abgeschrieben.

Und das zeigt eigentlich nur, meine Damen und Herren, das, wenn es darum geht, dass man packelt, dass man zusammen hält wenn es um eine faire, ehrliche Kontrolle geht dass ihr euch da wieder einig seid. Ich verstehe die SPÖ dabei nicht. Die SPÖ hat in dem Haus schon so oft die politische Watschen bekommen. Die haben schon so oft drauf gezahlt. Die SPÖ lernt nicht davon dass sie bei der ÖVP immer wieder eine Bauchlandung machen wird weil mit dieser Falschheit der ÖVP kann die ehrliche SPÖ in dem Fall nicht mit. (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen.*)

Und wenn man als jemand der in der Öffentlichkeit steht die Kontrollmöglichkeiten dieses Hauses vergleicht mit anderen, dann stelle ich schon fest, jeder Sportverein, jeder Briefmarkensammlerverein hat mehr Kontrollmöglichkeiten und Kontrollrechte für alle Mitglieder als es das NÖ Landhaus hier für die Abgeordneten hat.

Und warum ist das in Niederösterreich so? Warum ist in Niederösterreich hier alles anders? Ich habe nachgedacht darüber. An was liegt das? Liegt es daran weil wir eine lange Besatzungszeit durch die Russen gehabt haben? Liegt es daran weil da keine Rechte zugelassen worden sind und die ÖVP da vielleicht schon gelernt hat in dieser Zeit wie man Leute unterdrückt, wie man mit den Menschenrechten umgeht, meine Damen und Herren.

Und ich habe mir dann überlegt in welcher Staatsform leben wir eigentlich hier in Niederösterreich? Und ich sage es euch: Wir leben in einer Demokratie mit einer ÖVP-Diktatur. Ich wiederhole es für alle die gerade munter geworden sind. Eine Demokratie mit einer ÖVP-Diktatur. Und der Diktator erhebt sich gerade vom Sessel und verlässt den Saal. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Und genau das ist es. Wenn man in diesem Hause den Landeshauptmann angreift, dann ist das Majestätsbeleidigung. Einer Anfrage an den Landeshauptmann kommt Hochverrat zu. In diesem Hause darf man das Wort Landeshauptmann nicht einmal in den Mund nehmen. Das ist aber so. Das ist ein Skandal dass ihr aus der Besatzungszeit gelernt habt! Das ist der wahre Skandal!

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Ich unterbreche Ihre Rede. Ihre Äußerungen über unseren Landeshauptmann, der hier demokratisch gewählt wurde vom Landtag ist einen Ordnungsruf wert. Ich erteile Ihnen den Ordnungsruf.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Ich nehme diesen Ordnungsruf zur Kenntnis. Wiederhole nur, dass wir, obwohl wir in einer Demokratie leben, es hier mit einer ÖVP-Diktatur zu tun haben. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Das ist Diktatur, die ihr betreibt in diesem Lande! Das ist Diktatur! Diktatur an den Menschen! Und Anfragen an den NÖ Landeshauptmann kommt Hochverrat zu. Das ist Majestätsbeleidigung wenn man sich nur traut eine Anfrage an den Landeshauptmann zu stellen Kollegen. *(Heftige Unruhe bei der ÖVP.)* Das ist aber so, da kannst dich aufregen wie du willst. Und Herr Klubobmann, auch du weißt es, dass es hier so ist. Warum lässt die ÖVP keine Kontrolle zu? Hat sie etwas zu verstecken? Hat sie was zu verbergen oder hat sie kein reines Gewissen? Warum will die ÖVP keine ehrliche, lückenlose Aufklärung in diesem Land? Warum sind wir Freiheitlichen die einzige Kontrollpartei in diesem Bundesland? Und wir werden es auch in Zukunft wahrnehmen. Und wir werden auch davor nicht zurückschrecken auch Anfragen an den Landeshauptmann zu stellen auch wenn es Majestätsbeleidigung ist wenn man eine Anfrage stellt. Er beantwortet sie ja sowieso nie unsere Anfragen.

Zum Beispiel Stift Geras. Alle Fragen sind beantwortet worden, nur die Fragen der Spendengelder, die verdoppelt wurden, sind nicht beantwortet worden.

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Ich muss sie noch einmal unterbrechen! Der Herr Landeshauptmann und alle Mitglieder der Landesregierung beantworten alle Fragen für die sie zuständig sind.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Dann schauen Sie sich einmal bitte einmal die Anfragebeantwortung an. Eine Anfrage betreffend Stift Geras war die Frage 9 betreffend die Verdoppelung der Spendengelder wo bereits der Abt Angerer zugegeben hat dass diese Spendengelder vom Land verdoppelt wurden und hier auch Dinge hineingekommen sind die nicht hinein gehört hätten. Er hat es zugegeben, eine Anfrage an alle Regierungsmitglieder. Zuständig wäre der Landeshauptmann. Diese Frage ist nicht einmal erwähnt worden vom Landeshauptmann und daher auch nicht beantwortet. Ich würde Sie ersuchen Herr Präsident, wenn Sie überall so gründlich sind, dann sind Sie

auch hier gründlich. Lesen Sie sämtliche Anfragebeantwortungen auch durch mit den Fragen dann würden Sie wissen, dass der Herr Landeshauptmann hier nicht geantwortet hat. Und so gibt es Beispiele wie das Stift Geras wo Steuergelder verschwendet worden, vom Land unterstützt.

Dann kommt es halt dann zu der Frage, gibt es hier wirklich so wie ein bisschen Abt Angerer und ein bisschen ÖVP, gibt es ein Naheverhältnis? Man weiß es nicht. Aber es musste untersucht werden. Und wenn man dann hier verlangt dass der Landesrechnungshof hier diese Steuergelder, diesen Einsatz der Steuergelder untersucht, dann schweigt man dazu. Alle schweigen. Weil zu Tod schweigen ist das Beste hier in diesem Bundesland.

Und eines abschließend: Es ist einmal so. In diesem Bundesland ist alles erlaubt, nur nicht die ÖVP kritisieren, die ÖVP angreifen und schon gar nicht den Landeshauptmann angreifen oder kritisieren. Das wäre Majestätsbeleidigung. Früher wäre das bei euch Hochverrat gewesen. Und das alles habt ihr aus der russischen Besatzungszeit gelernt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. Motz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschätzte Kollegen von der grünen Partei!

Einige von uns erinnern sich sicher an die hier im Haus vor der letzten Landtagswahl anwesende Kollegin Mag. Weininger. Mittlerweile ist sie ja diesem Haus abhanden gekommen und sie hat sich zu eigen gemacht ihre Reden in der Regel mit dem Satz zu beenden, dass in Niederösterreich eine Demokratiereform gebührt und eine echte Kontrolle fehlen würde. Diesen Satz hat sie viele Jahre von sich gegeben aber ich glaube, dass natürlich eine Behauptung nicht deswegen wahrer wird wenn man sie immer wieder wiederholt. Und eine Behauptung wird auch nicht deswegen aktuell wenn man sich sechs Unterschriften hier im Haus zusammensucht und dann eine Aktuelle Stunde anberaumt.

Frau Kollegin Dr. Petrovic! Ich glaube, gerade die Grünen haben in unserem Haus keinen Grund zur Klage, weil sie doch nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahl wohlwollend behandelt worden sind. Man hat Ihnen im Wege eines Präsidialübereinkommens Sitz- und beratende Mitsprachemöglichkeit in allen Ausschüssen eingeräumt obwohl sie de jure auf Grund Ihres Stimmergebnisses das Sie erzielt haben, keinen Anspruch darauf

gehabt hätten. Das ermöglicht Ihnen über Gebühr die Diskussion in den Ausschüssen, es gibt Ihnen auch die Möglichkeit, Anfragen an die dort in der Regel anwesenden Beamten zu stellen und somit zu allen Geschäftsstücken die in dieses Haus kommen ihre Stellungnahme in den Ausschüssen abzugeben.

Die Landesverfassung sieht darüber hinaus eine Reihe anderer Kontrollmechanismen vor die man auch in dieser Diskussion einmal erwähnen sollte, nämlich den seit Juli 1998 bestehenden Landesrechnungshof, der unabhängig und weisungsfrei arbeitet, der die laufende Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel sicher stellt. Sowohl den Grünen als auch den Freiheitlichen steht auf Grund der Landtagsgeschäftsordnung darüber hinaus das Recht zu, und das möchte ich in diesem Zusammenhang besonders hervorstreichen, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Rechnungshof-Ausschuss zu entsenden.

Der Kollege Waldhäusl dürfte in seiner Wortmeldung übersehen haben, dass ja ihr ehemaliger Abgeordneter Dkfm. Rambossek eine gerüttelt Zeit lang auch den Vorsitz im Vorgänger des Rechnungshof-Ausschusses im Kontrollausschuss geführt hat. Damals waren Sie stärker, damals ist die Freiheitliche Partei mit mehr Abgeordneten hier vertreten gewesen und hat natürlich auf Grund des Schrumpfungsprozesses nach der letzten Landtagswahl jetzt zur Kenntnis nehmen müssen dass diese Möglichkeit für sie nicht mehr besteht. Dennoch haben Sie einen Sitz, haben beratende Stimme im Rechnungshof-Ausschuss und ich glaube, da haben Sie keinen Grund sich darüber zu beschweren.

Und schließlich zum Interpellationsrecht für die Abgeordneten, das ich nicht als minimales Recht ansehe wie das Kollegen Dr. Petrovic hier gemeint hat, sondern das ein wichtiges Mittel der politischen Kontrolle in der Vollziehung in Landesangelegenheiten ist. Es handelt sich wie gesagt um ein wichtiges Recht des Abgeordneten. Und Sie stoßen sich jetzt daran dass Sie, wenn Sie Fragen zur mittelbaren Bundesverwaltung stellen, die in Richtung Landeshauptmann, die in Richtung der Mitglieder der Landesregierung gerichtet sind darauf dann keine Auskunft erhalten.

Sie dürften aber wirklich übersehen haben, dass die Landesorgane im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung funktionell als Bundesorgane tätig werden und der Landeshauptmann sogar an die Weisung des zuständigen Ressortministers gebunden ist. Sowohl Sie von den Grünen als auch Sie von den Freiheitlichen sind darüber hinaus im

Nationalrat mit Abgeordneten, mit sogar niederösterreichischen Abgeordneten vertreten und haben dort die Möglichkeit zu allen Fragen der Bundesverwaltung das Interpellationsrecht im Wege Ihrer Parteifreunde auszuüben. (*Abg. MMag. Dr. Petrovic: Das ist in keinem Bundesland so! Das hat mit dem Fragerecht nichts zu tun!*)

Sie werden im Nationalrat Antworten erhalten und zwar direkt vom ressortzuständigen Bundesminister. Und gerade die Freiheitlichen sollten sich da nicht schwer tun weil sie ja noch immer in der Bundesregierung vertreten sind und sicher von ihren Ministern Antworten auf ihre Anfragen erhalten werden.

Ich glaube, meine Damen und Herren von Grünen und Freiheitlichen, Sie haben es wirklich verabsäumt bisher, stichhaltige Argumente für Ihre Aktuelle Stunde zu liefern. Sie haben versucht in Ihrer Aktuellen Stunde einen Theaterdonner zu inszenieren. Das war ein untauglicher Versuch bislang. Sie haben, um es wohlwollend und bildlich auszudrücken dabei eine klassische Bauchlandung produziert. Wir Sozialdemokraten sehen die Kontrolle in Niederösterreich als in ausreichendem Maß gewährleistet an. Wir haben in Niederösterreich eine durchaus funktionierende Kontrolle und werden daher Ihre Agitation in dieser Sache nicht mittragen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Dr. Petrovic zu Wort gemeldet.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Vorredner hat gemeint, es läge an den Oppositionsparteien dass sie die Kontrollrechte nicht sachgerecht ausüben würden. Dies ist unrichtig. Es gibt in Niederösterreich kein einziges Kontrollrecht das von einer Oppositionspartei ausgeübt werden könnte. Es gibt nur Kontrollrechte die die Regierenden selbst über sich ausüben können. Und es ist weiters unrichtig, dass Bundesminister und Ministerinnen auf Anfragen in Sachen der mittelbaren Bundesverwaltung zu antworten haben. Es ist vielmehr richtig, dass in allen anderen Bundesländern die Mitglieder der Landesregierung sehr wohl über Fragen zur mittelbaren Bundesverwaltung Auskunft geben. In Niederösterreich scheint das anders zu sein. (*Beifall bei den Grünen und der FPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und

Herrn des Landtages! Sehr geehrte Damen und Herren im Publikum!

Ich werde einmal versuchen, den grünen Ansatz was Kontrolldefizite anbelangt klarzustellen. Es ist so, dass wir Grüne in Niederösterreich den Wahlerfolg der letzten Landtagswahl so interpretieren, dass wir in möglichst vielen Bereichen des politischen Lebens eine echte Kontrollfunktion wahrnehmen können. Ich frage Sie, wer außer uns sollte denn sonst diese Aufgabe wahrnehmen? Die Regierungsparteien selber? Das kann es doch sicher nicht sein.

Leider aber setzt uns die absolut regierende Mehrheitspartei in diesem Lande immer wieder bewusst Grenzen indem sie bereits verhandelte Zugeständnisse nicht einhält. Ich gebe Ihnen ein Beispiel dafür. Schon zu Beginn der Legislaturperiode haben wir das Ansinnen gestellt, in den Ausschüssen des Kollegiums des Landesschulrates und in der Landeslehrer-Ernennungskommission nicht stimmberechtigte Mitglieder zu sein genauso wie das in den Ausschüssen des Landtages der Fall ist.

Wir haben von mehreren Seiten positive Signale dazu bekommen, leider warten wir noch immer auf die Realisierung. So entsteht bei uns der Eindruck, dass gerade bei der Bestellung von leitenden Positionen im Schulbereich, und dafür sind diese Kommissionen zuständig, eine echte Kontrolle unerwünscht ist. Nicht überraschend, denn nach nunmehr 3 Jahren Mitgliedschaft im Kollegium des Landesschulrates zeigt die Erfahrung, dass diese leitenden Funktionen fast ausschließlich nach dem Kriterium der Parteizugehörigkeit besetzt werden und praktisch nicht zu kontrollieren sind. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das stimmt ja nicht!)*

Natürlich stimmt das! Nachdem man bis Anfang der 90er Jahre stehend freihändig hinter verschlossenen Türen völlig transparentlos im proporzmäßigem Einverständnis besetzt hat, verordnete man sich vor zehn Jahren eine Objektivierung. Ein Objektivierungsverfahren das nun alle Bewerberinnen zu durchlaufen haben. Meine Damen und Herren! Die Beurteilung dieses Objektivierungsverfahrens, gestatten Sie mir, dass ich auf einen gefühlvollen „gigacoolen“ Ausspruch einer Ministerin der ÖVP zurückgreife. Ich finde diese Anhörung, dieses Anhörungsverfahren nicht megaaffentittengeil. Ein peinlicher Ausspruch, ich gebe Ihnen völlig Recht. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Und wenn ich jetzt die Schubladentheorie von Kollegen Karner aufgreife, weiß ich nicht ob man irgendeine Schublade findet wo man diesen Ausspruch einordnen könnte. Ich glaube nicht dass das der Fall ist.

Nur um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Bei den Anhörungen sind hervorragend ausgebildete Personalvertreter am Werk die diese Gespräche führen. Mehr ist es in Niederösterreich noch nicht. Und trotzdem sind der parteipolitisch motivierten Besetzung Tür und Tor geöffnet, keine Grenzen gesetzt und werden so auch schonungslos durchgezogen.

Um ein weiteres Missverständnis nicht aufkommen zu lassen, merke ich an, dass in sehr vielen Schulen hervorragende Leute diese Leitung inne haben und die hätten sich auch einem wirklich objektiven Verfahren gestellt und hätten wahrscheinlich dabei genauso gut abgeschnitten. Aber wie gesagt, so weit sind wir in Niederösterreich noch nicht. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie diffamieren alle Lehrer!)*

Genau das wollte ich mit diesem Missverständnis aufklären. Sie haben das leider missverstanden. Genauso wollte ich das eben sagen. Genau eben nicht. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Präs. Ing. Penz: Ich habe genau zugehört!)*

Nein, Herr Präsident! Tut mir leid, Sie haben mich missverstanden. Ich habe das aufgeklärt jetzt.

Ein Beispiel jetzt noch zu verdeutlichen. Wie läuft so ein Anhörungsverfahren ab? Das dauert 50 Minuten, zehn Minuten gehen dafür auf dass man erklärt wie das Ganze funktioniert. Dann können sich diese Damen und Herren selber präsentieren und dann kommt man zu den sogenannten situativen Fragen. Seit ich dabei bin bei diesen Anhörungen haben sich diese Fragen nicht verändert. Und immer wieder kommt ein Mitglied der Kommission zu der Ansicht, Leute, da sind doch Fragen dabei die passen doch gar nicht mehr, das stimmt doch gar nicht mehr. Wurde bis jetzt nicht geändert. Aber ich habe keine Kontrolle oder Möglichkeit das zu ändern. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Zuerst haben Sie gesagt Sie sind nicht dabei, jetzt sagen Sie Sie sind dabei!)*

Außerdem kann man annehmen, dass diese Fragen die es hier gibt den Leuten zugespielt werden. Die Leute wissen diese Fragen vorher. Und genau die Leute die man haben will wird man auch mit den Antworten versehen. Das ist unkontrollierbar. So ist es. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das ist schon wieder so tief! Wie der Schelm denkt so ist er!)*

Nur ein anderes Beispiel. Herr Klubobmann Mag. Schneeberger! Ich habe hier einen Bericht der NÖN Wr. Neustadt. Da sind drei Schulen ausgeschrieben zur Besetzung. Eine Schule hat gesagt, wir machen ein eigenes Objektivierungsverfahren. Tolle Sache. Sie sagen oder werden zitiert: Das sei

für den Landesschulrat leider nicht zu akzeptieren gewesen, so etwas passt nicht in das Schema. Was heißt das jetzt? Sind Sie der Meinung das passt nicht oder sind Sie der Meinung es sollte schon sein? (*Abg. Mag. Schneeberger: Entweder gibt es ein Regulator oder es gibt keines! Entweder es gibt Gesetze oder es gibt keine Gesetze!*) Sollte es schon sein, bin ich ganz Ihrer Meinung.

Zweites Beispiel: Herr Klubobmann, Sie zitieren weiter, beim Hearing des Landesschulrates soll ein ähnliches Ergebnis erzielt werden wie bei dem internen Hearing. Ja, soll ich Ihnen sagen was passiert wenn wir das machen? Wenn wir damit an die Öffentlichkeit gehen? Dann kommt die Keule mit der Amtsverschwiegenheit auf uns nieder. Ihr dürft doch das nicht weiter geben. Das ist ein geschütztes Zweierverhältnis. Ihr könnt das doch nicht weiter geben. Und Sie machen das in der Zeitung. Ist super. Wenn das so ist, wenn wir das auch machen können ... (*Abg. Mag. Schneeberger: Wer hat das weiter gegeben?*)

Unkontrollierbar. Steht hier in der Zeitung drinnen. Wenn von uns so was kommt, ihr macht euch strafrechtlich verfolgbar, das kann so nicht sein. Sie dürfen das? (*Abg. Mag. Schneeberger: Ihr könnt das anzeigen! Ich habe kein Ergebnis gesagt!*)

Nein, im Gegenteil! Ich finde das gut wenn es transparent gemacht wird. Das ist super. Die Leute sollen das wissen. Auch das interne Anhörungsverfahren war nicht bekannt. Nicht einmal in der eigenen Schule haben sie es gewusst. Sie sagen das ist so und so ausgegangen. (*Abg. Mag. Schneeberger: Wenn der Direktor das schreibt ist das offen!*) Das ist nach meinen Informationen ist das intern nicht bekannt gegeben worden.

Nächstes Beispiel. Da habe ich einen Zettel in die Hand bekommen, lieber Gerhard Karner, Briefkasten. Da steht folgendes drauf. Ich sage natürlich jetzt nicht die richtigen Namen, Hauptschule „Gigeritspatschen“, Mag. Rudi Leo 19 Punkte erfüllt. Frau Dr. Petrovic 16 Punkt erfüllt. Mag. Fasan 9 Punkte teilweise. Ist okay. Vorbereitung für die Kollegiumssitzung für einen Dreivorschlag. Schaut man weiter, was steht da? Ö, S, viele Ös, wenige S, 1 G. Was bedeutet das, meine Damen und Herren? Es stehen bei einer Vorbereitung auf dem Zettel die Parteizugehörigkeit dabei. Ja, so ist es. So ist es. Genauso läuft es. (*Abg. Mag. Schneeberger: Das möchte ich sehen! Das ist eine ganz miese Unterstellung! Das kann ja nicht sein!*) Ich habe diesen Zettel gesehen. (*Abg. Mag. Schneeberger: Ich kann doch nicht was in den Raum stellen!*)

Ich habe diesen Zettel gesehen. Nein, wir tun nicht vernadern wie uns immer unterstellt wird, wir tun das nicht. Sicher nicht.

Gut. Seit mehr als 10 Jahren besetzt man nun diese Posten in angeblich objektiverer Art und Weise. Die Auswirkungen dieser Postenbesetzungen lassen sich sehr gut auch an meiner Kleidung feststellen. Alles schwarz, ein bisschen rotes Anhängsel.

Meine Damen und Herren der SPÖ! Es tut mir leid, aber auch hier wird die feudale Situation der Proporzregierung genau sichtbar. Der kleine Partner muss Missstände mittragen und wird mit Prosa abgespeist die er sich unter Umständen mit Zugeständnissen hart erkaufen muss.

Was verstehen wir eigentlich unter einer objektiven Postenbesetzung? Sicher nicht das oberste Qualitätskriterium Parteizugehörigkeit. Sicher nicht. Das nicht. Das hat mit Postenbesetzungen die nach objektiven Kriterien zum Wohle der Schülerinnen und Lehrerinnen und Eltern gemacht werden sicher nichts zu tun. (*Beifall bei den Grünen.*)

Warum, frage ich Sie, warum orientiert man sich nicht nach dem Beispiel anderer Bundesländer? Wien, Oberösterreich, Steiermark. Hier ist man schon in der Reformphase der Assessments. Soweit sind wir noch gar nicht. An das denken wir gar nicht. Oder warum verweigert man eine echte Partizipation so wie sie in Wr. Neustadt in dieser einen Schule stattgefunden hat? Warum macht man das nicht? Natürlich wissen die Eltern, die Schülerinnen, die Lehrerinnen wer für ihre Schule gut geeignet wäre. Natürlich wissen sie das. Warum nimmt man das nicht auf? Warum redet man nicht über einen Leiter oder eine Leiterin auf Zeit? Wenn man drauf kommt, diese Leuten haben sich nicht bewährt aus irgendwelchen Gründen, kann passieren, warum schafft man nicht ein Ausstiegszenario für sie? Warum redet man über diese Dinge nicht?

Leider liegt es auf der Hand, meine Damen und Herren: Transparenz, Objektivität sind nicht gefragt. Weil nach wie vor das oberste Kriterium ist, seine Parteikollegen, seine Genossen zu belohnen um sie bei der Stange zu halten um seine Macht zu festigen. Und dabei ist natürlich die Kontrolle Außenstehender völlig unangebracht.

Meine Damen und Herren der ÖVP und SPÖ! Beenden Sie bitte diese beschämende Postenschacherei. Entwickeln wir gemeinsam Maßnahmen, ein Konzept einer objektiven Vergabe von Positionen das wirklich diesen Namen verdient. Danke schön! (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Das ist eine bemerkenswerte grün-blaue Allianz die sich da heute zusammen gefunden hat zu dieser Aktuellen Stunde. Und schon die Gruppierungen der Antragsteller stimmen mich eigentlich irgendwie nachdenklich und bedenklich. Die Freiheitlichen führen das Wort Kontrolle gern im Mund und auf den Plakaten. Aber ich frage Sie, wo waren Sie als im Fall Rosenstingl zu kontrollieren war? Wo waren Sie als beim Wohnbaudesaster dutzende Bürger zu Schaden kamen? Und wo waren Sie im Fall Schimanek wo Sie es allein in der Hand gehabt hätten für Reaktion und Konsequenz zu sorgen? Da haben Sie versagt wo Sie selbst kontrollieren hätte können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und daher ist die Kontrolle bei Ihnen ganz sicher in schlechten Händen.

Und der Kontrollbeitrag der Grünen: Wir haben in der letzten Periode einen ständigen Stehsatz von der Kontrolle gehabt. Und jetzt die große Innovation, die Spitzel- und Vernaderungshomepage. Ich sage Ihnen eines: Da eine Homepage zu sagen und dann einen Zettel zu nehmen und zu sagen, ich habe hier eine Information, aber ich nenne nicht und vernadere einen ganzen Berufsstand, diese Vernaderung und diesen Stil brauchen wir in Niederösterreich nicht und und das ist nicht die Kontrolle die wir uns vorstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich finde es irgendwo bemerkenswert und befremdend dass wir in einer Sitzung wo wir eine Reihe von Kontrollberichten haben und seit Jahren jetzt einen funktionierenden Rechnungshof, wo wir überparteilich, eigenständig internationalen Kriterien genügend einen Rechnungshof haben der sein Prüfungsprogramm sich selbst macht. Und ich kann Ihnen bestens Gewissens sagen, wir nehmen keinen Einfluss auf das Prüfprogramm dieses Rechnungshofes. Das macht er sich selbst. Und ich glaube, das ist auch gut so. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wir haben den Rechnungshof und die Kontrolle ist bei uns objektiviert. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, da gibt's Berichte die sehen wir gerne. Wir werden sie heute haben wo es ein positives Zeugnis ist. Da gibt's Berichte, die sehen wir weniger gern weil halt irgendwo Dinge zu verbessern sind. Für uns ist aber die Rechnungshofkontrolle ein wertvoller Maßstab um Dinge besser zu machen. Und wir wissen diese Kontrolle bei unserem Rechnungshof in besten Händen. Und das soll auch so bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme zu unserer Landesverfassung. Gestern ist ja hier viel richtiges gesagt worden. Und ich glaube, man soll das auch heute durchaus wieder festhalten. Wir haben eine Verfassung die den Bürgern und den Gemeinden die Möglichkeit gibt als Korrektiv tätig zu werden. 50.000 Bürger, das ist gar nicht besonders viel. Oder 80 Gemeinden. Die sind bald einmal beisammen. Die hätten die Möglichkeit hier bis zur Volksabstimmung Dinge zu relevieren. Das ist eine ständige Form der Kontrolle, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dass sie in der Praxis nicht in Anspruch genommen wird liegt nicht daran dass die Bürger das nicht schätzen würden, sondern dass Gottseidank auf Grund des Kontakts der Politik mit den Bürgern eine ordentliche Politik gemacht wird wo diese Instrumente nicht schlagend werden müssen. Aber vorhanden sind sie und das ist gut so. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil da immer der Unterschied gemacht wird zwischen den Mandataren der Regierungsparteien, die irgendwo so fast Mandatare zweiter Klasse sind weil sie nicht fähig sein sollten zu kontrollieren. Ich glaube, Sie haben übersehen und auch du Kollege Mag. Fasan hast übersehen, dass wir ein Persönlichkeitswahlrecht eingeführt haben. Und gerade die Abgeordneten der Volkspartei haben mit Vorzugsstimmen jeder einzelne in seinem Wahlkreis sich bewähren müssen, vor den Bürger hintreten und sie haben es vor das auch wieder zu tun. Und diese Vorzugsstimmen sind einfach der Maßstab der Verbundenheit mit der Bevölkerung. Nur wer verbunden ist mit der Bevölkerung der wird bei uns Abgeordneter. *(Beifall bei der ÖVP. – Heftige Unruhe bei Abg. Mag. Fasan und Abg. Dr. Krismer.)*

Jeder hat daher eine eigenständige Verantwortlichkeit. Und ich verstehe mich durchaus als Abgeordneter, der die Dinge der Regierung kritisch beurteilt. Und wenn es passt bin ich dabei, bring meine Ideen ein. Aber wenn es einmal nicht passen würde, dann habe ich hier meine Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber die Kontrolle wahrzunehmen. Und das mache ich und ich glaube dass bei den Kollegen der SPÖ das ganz genauso ist.

Und wenn man jetzt die Landesverfassung und den Staat insgesamt als Ziel hernimmt, dann müssen wir uns fragen, wozu gibt's denn überhaupt die Verfassung? Das ist das oberste Ziel. Und das oberste Ziel ist ganz sicher, einen Staat, ein Land aufzubauen in dem der Bürger sich wohl fühlt. In dem, so wie es in der Verfassung auch steht, die Lebensbedingungen der Bevölkerung garantiert

werden, die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Und wir brauchen da ein schlankes und effizientes System. Im Konvent wird um dieses System ja intensiv gerungen. Ich glaube, dass wir in Niederösterreich das immer schon gehabt haben. Wenn Sie unsere Landesverwaltung und die Regierungstätigkeit anschauen, dann kann man hier ganz zufrieden sein. Und ich glaube, unser Maßstab sollte nicht sein wie verzahnt und kompliziert unser politisches System ist, sondern wie effizient wir unser Land in Europa vorwärts bringen.

Wir sagen daher ja zu einem konstruktiven Dialog. Es soll in diesem Haus jede relevante Idee hier zum Tragen kommen. Aber wir wollen auch, dass wir uns als Land auf das Wesentliche konzentrieren und nicht die Präsentation von Minderheitsmeinungen, den Hauptteil unserer Arbeit einnimmt. *(Abg. Mag. Fasan: Ihr werdet euch noch selber abschaffen! Ihr braucht euch nicht wundern wenn man den Landtag abschaffen will!)*

Daher glaube ich und das sieht man auch, Kollege Mag. Fasan, dass wir, dass die Bürger unsere Arbeit nach diesem Maßstab präsentieren. Der Maßstab der Bürger ist nicht, welche Meinungen kommen hier im Landtag zum Tragen und wie breit werden Minderheitenmeinungen entwickelt, sondern wohin entwickelt sich das Land. Und daher, glaube ich, kann man resümierend sagen, Niederösterreich hat vieles. Niederösterreich hat aber ganz sicher kein Kontrolldefizit, sondern eine funktionierende Demokratie und eine wertvolle Landesverfassung. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Kontrolldefizite im Niederösterreichischen Landtag“ für beendet.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 112/B-15 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zu Ltg. 112/B-15, Antrag des Umwelt-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung bzw. Vorlage des Jahresberichtes für das Kalenderjahr nach dem Umweltschutzgesetz, Umweltschutzbericht 2002.

Es ist so, dass in Erfüllung jenes Gesetzesauftrages die NÖ Landesregierung in ihrer Sitzung am 4. November den Beschluss gefasst hat, den Jahresbericht 2002 gemäß § 3a 2. Satz des NÖ Umweltschutzgesetzes dem Landtag vorzulegen.

Der Bericht, der sehr umfassend ist, sehr übersichtlich ist, liegt den Damen und Herren Abgeordneten vor und ich darf daher den Antrag des Umwelt-Ausschusses bringen über den Bericht der Landesregierung betreffend Jahresumweltbericht 2002 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Jahresumweltbericht 2002 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und anschließend die Abstimmung vorzunehmen.

Präsident Mag. Freibauer: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Honeder.

Abg. Honeder (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Uns liegt der Umweltbericht über das Jahr 2002 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Bereits im Vorfeld dieser heutigen Debatte hat es einen Pressebericht gegeben. Da steht unter anderem drinnen, der Bericht ist nicht mehr aktuell, es sind keine Entwicklungsstrategien erkennbar. Dass er nicht mehr ganz aktuell vom Zeitpunkt der Veröffentlichung her ist, da gebe ich durchaus Recht. Aber nicht von den Inhalten her. Es sind sehr positive Inhalte auf 194 Seiten zusammengefasst. Und ich glaube auch, dass die Strategie erkennbar ist, wenn wir heute in Niederösterreich bereits 216 Klimabündnisgemeinden hier entsprechend haben.

Neben Gesundheit und Sicherheit sind Umweltfragen natürlich wichtige Themen die die Menschen entsprechend interessieren und bewegen und sie erwarten sich von der Politik daher völlig zu Recht dass hier entsprechend gehandelt wird. Hochwertige Arbeitsplätze auf der einen Seite im industriellen Bereich und auf der anderen Seite eine entsprechende Lebens- und Wohnqualität für die Bevölkerung sicherzustellen ist eine permanente Herausforderung der Bevölkerung und der Politik.

Dass es bisher sehr, sehr gut gelungen ist, zeigt die Tatsache, dass bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 in Niederösterreich die Bevölkerung um 75.000 Personen gewachsen ist. Das zeigen aber auch die sehr guten Wirtschaftsdaten in unserem Bundesland. Man lebt, arbeitet und wohnt gerne in Niederösterreich. In einer aktuellen Um-

frage unter 1.300 Personen wurde der Umweltpolitik im Land ein sehr positives Zeugnis ausgestellt.

Die Erhaltung einer weitgehend intakten Natur- und Kulturlandschaft, gesundes, reines Wasser, hohe Luftqualität und Energiesparmaßnahmen wurden von den Befragten positiv genannt und positiv bewertet. Auch im vorliegenden Bericht aus dem Jahr 2002 sind sehr viele Aktivitäten, Förderungen und Maßnahmen des Landes angeführt um hier in diesem Bereich entsprechende Politik zu machen. Für die Erhaltung und Pflege der schönen Landschaft, und die ist in erster Linie Sache der Bauern, sind sehr vorbildliche Aktivitäten hier gesetzt worden.

Ich darf nur erwähnen das österreichische Programm für Umwelt und Landwirtschaft, die Bauern kennen das Kürzel ÖPUL. In diesem Bereich arbeiten 75 Prozent der Betriebe mit rund 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Niederösterreich mit. Allein für dieses Programm hat das Land Niederösterreich im Jahr 2002 44 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Ziel in diesem Programm ist es, möglichst auf ertragssteigernde Betriebsmittel zu verzichten um Landschaft, Natur und Boden zu schonen und um hochwertige Nahrungsmittel zu produzieren. Einige Punkte in diesem Programm sind die biologische Wirtschaftsweise, die integrierte Produktion, die Begrünung von Ackerflächen, Erosionsschutzmaßnahmen, Ökopunkteprogramm, Pflege ökologisch wertvoller Flächen, vorbeugender Gewässerschutz um hier nur einige zu nennen, die die Bauern unter strengsten Kontrollen der AMA hier konsequent entsprechend umsetzen. Allein mit dem Landtagsbeschluss vom 15. Februar 2001 in dem hier die Großküchen öffentlicher Einrichtungen dazu angehalten werden mindestens 25 Prozent Nahrungsmittel, Lebensmittel aus der biologischen Landwirtschaft zu beziehen ist ein Meilenstein in Richtung Ökologisierung des Lebensmitteleinkaufes gesetzt worden. Entsprechende Absatzmöglichkeiten für die Biobauern wurden dadurch eröffnet. Und mittlerweile werden in 90 Großküchen in Niederösterreich diese Bioprodukte durchaus erfolgreich eingesetzt.

Auch in Sachen Gewässer- und Grundwasserschutz, reines Wasser ist ja bekanntlich unser wichtigstes Lebensmittel überhaupt, wurden im ÖPUL sehr viele Maßnahmen gesetzt. In sensiblen Grundwasserzonen auf einer Fläche von 40.000 Hektar sind besondere Maßnahmen gesetzt worden um hier in der Wasserversorgung hohe Qualität

auch in Zukunft entsprechend garantieren zu können. Selbstverständlich wurde auch in der Abwasserentsorgung einiges umgesetzt. 84 Prozent der Wohnungen, Betriebe der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sind heute bereits an modernste Abwasserentsorgungsanlagen mit einem hohen Wirkungsgrad hier angeschlossen.

Ein wesentlicher Teil im Umweltbericht ist auch Maßnahmen gewidmet, die der Luftreinhaltung, der Verringerung des CO₂-Ausstoßes und damit der Erreichung der Kyoto-Ziele dient. Auch auf diesem Wege, eine Reduktion der Treibhausgase zu erreichen sind durchaus Erfolge erzielt worden. Der verstärkte Einsatz von alternativen Energieträgern für Raumheizung und Stromerzeugung und verschiedenste Energiesparmaßnahmen wurden konsequent umgesetzt, ebenso Wärmedämmmaßnahmen in der Wohnbauförderung.

Sowohl bei der Zahl der Alternativenergieerzeugungsanlagen als auch bei der installierten Leistung liegt Niederösterreich unter allen neun Bundesländern in Österreich hier durchaus an der Spitze. Bei Biomassefernhelzwerken, generell bei Hackschnitzelheizungen oder wenn ich auch die Windkraftanlagen hernehmen darf, auch da ist Niederösterreich an der Spitze, sind heute in Niederösterreich bereits an die 140 Windkraftanlagen installiert worden.

Ich glaube, dass das Ganze entsprechend positiv greift zeigt die Zahl die ich schon eingangs genannt habe: Jährlich wird die Zahl der Klimabündnisgemeinden größer, wir haben bereits die Zahl 216 erreicht. Diese Idee wurde von Landesrat Mag. Sobotka initiiert, wird entsprechend gefördert und die Menschen nehmen das sehr, sehr gerne an.

Dass das Land Niederösterreich zu Recht den Titel Umweltbundesland Nummer 1 trägt soll auch die Tatsache untermauern, dass in Prozent der Landesfläche Niederösterreich die meisten National-, Naturparks-, Naturschutzgebiete und auch die mit einigen Geburtswehen installierten Natura 2000-Gebiete von ganz Österreich hier hat.

Unser Bundesland, glaube ich, kann daher beruhigt in der Umweltpolitik sagen, dass man Umweltbundesland Nummer 1 ist. Unsere Fraktion wird daher sehr gerne dem positiven Umweltbericht des Jahres 2002 die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Mein Vorredner hat ja eingangs bereits erwähnt, Jahresumweltbericht 2002, nicht unbedingt sehr aktuell, ein bisschen verspätet hat er auch gesagt, sehr umfangreich, 195 Seiten. Das alleine sagt natürlich noch nicht aus, nur weil 195 Seiten zusammengefasst wurden dass unbedingt alles in bester Ordnung ist.

Ich möchte dir aber Recht geben, dass sehr viele Aktivitäten auch in diesem Bereich sinnvoll, in Ordnung und richtig sind. Und zum Wohle und im Interesse der Bürger unseres Landes. Es hätte aktuell ausfallen können, dann hätten wir wahrscheinlich in verschiedenen Bereichen auch aktuell reagieren können. So sind zum Beispiel einige Dinge drinnen wenn ich nur an Forstbereich, ich komme dann noch näher darauf zu sprechen, wenig Schädlingsbefall und so. Und genau du weißt ja auch dass wir gerade jetzt seit dem letzten Dreivierteljahr hier mit extremen Problemen zu kämpfen haben. Aber das kann ich nicht beurteilen wieso dieser Bericht 2002 erst jetzt 2004 diskutiert wird. Das wirst du sicherlich besser wissen, weil das zuständige Regierungsmitglied deiner Fraktion angehört.

Inhaltlich möchte ich ein paar Dinge näher beleuchten. So zum Beispiel die Anti-Atomkoordination mit dem Brüssler Abkommen, das hier ja auch einige Seiten gewidmet bekommen hat. Hier ist schriftlich festgelegt das langfristige Ziel ist ein kernkraftwerkfreies Europa. Und der Eintritt für den europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie. Das lese ich gerne, das höre ich gerne und dafür trete ich auch gerne ein.

Ich möchte nur schon darauf hinweisen, nur weil es jetzt im Bericht so schön zitiert ist, sollte man nicht vergessen, dass verschiedene Aktivitäten speziell in Richtung Eurofraktion nicht immer gerade das auch dann so umgesetzt haben oder wirklich durchblicken haben lassen dass ihr das auch wirklich wollt. Ob es eine Abstimmung im EU-Parlament war, ihr wisst genau wo durch eure Stimmen dann genau wieder diese Atomlobby weiter finanziert worden ist oder ob es im Bereich der EVN, unserer Energieversorgung in Niederösterreich ist, wo wir das Problem des Atomstromimportes haben.

Und wenn wir schon aktuell sind, zwar nicht so aktuell wie es sein sollte beim Bericht, aber zumindest in der Frage der Energie, dann sollte man heute auch schon hier diese Diskussion zum Anlass nehmen und darüber diskutieren, wie schauts

aus mit den Strompreiserhöhungen die ins Haus stehen. Ist es wirklich notwendig hier die Bürger weiter zu belasten wenn man weiß dass die Wiener es nicht tun? Wienstrom, die Kelag in Kärnten es nicht in Erwägung ziehen. Sind in Niederösterreich wirklich die Aktionäre wichtiger als die Menschen? Und wann wird hier endlich, und bitte verzeiht mir dass ich schon wieder das Wort Landeshauptmann sage, wann wird hier endlich unser Landeshauptmann Erwin Pröll als Eigentümerversorger der EVN hier ein Machtwort sprechen, dass wichtiger wäre der Strompreis wird nicht erhöht und es sollten die Aktionäre bei der Ausschüttung der Dividende vielleicht etwas hinten anstehen.

Ich weiß das ist ein Auffassungsunterschied zwischen der politischen Art und Weise wie wir Freiheitliche dem gegenüber stehen und dem wie die ÖVP aber nach dem sehr viele, und ihr wisst ja wieviel es insgesamt waren, der Bürger euch gewählt haben, glaube ich, sollte man doch so ehrlich sein und nicht auf der Seite der Aktionäre stehen.

Wenn man sogar weiß dass die Begründung für diese Strompreiserhöhung ja momentan gar nicht in Ordnung ist, sie nicht stimmt. Die Argumentation heißt immer, die Großhandelspreise und die Energiekosten, die Zukaufenergie ist so teuer. Wenn man sich genau das anschaut und dafür interessiert weiß man, dass sehr viel dieser Energieträger über Dollar abgerechnet wird und auf Grund es momentanen Kurs zwischen Euro und Dollar hier sehr wohl es nicht gerechtfertigt ist hier auf Kosten unserer Bürger eine Strompreiserhöhung durchzuführen.

Die Abteilung Landwirtschaft ist auch erwähnt. Und als praktizierender Landwirt möchte ich auch hier ein paar Dinge erwähnen. Ich möchte es nicht versäumen, auch heuer beim Umweltbericht anzumerken, dass zum Beispiel im Bereich des Landschaftsfonds sehr viele gute Dinge durchgeführt werden. Für jedermann zugänglich ist und in allen Bereichen, wo die Landwirtschaft hier integriert ist auch aktiver Umweltschutz betrieben wird. Ich möchte nicht auf eine Diskussion kommen wo wir - schwarze Schafe gibt es überall - davon reden weil irgendwo etwas passiert ist. Ich bekenne mich dazu, dass unsere Landwirte aktive Umweltschützer sind.

Ich möchte im Bereich des Landschaftsfonds auch noch anbringen dass das deswegen für mich eine so gute Sache ist, weil hier wirklich jedermann mitmachen kann, verschiedenste Vereine, Dorferneuerungen, es, Gottseidank habe ich selbst erlebt, eine einfache Abwicklung gibt. Kleinste Lösungen bis zu größten Projekten gibt und die Mittelaufbrin-

gung – und das ist für mich auch immer wichtig, weil ich schau mir immer an wer zahlt was, ist es der Steuerzahler oder wer ist es – die Mittelaufbringung über die Landschaftsabgabe natürlich hier auch ein wesentlicher Vorteil ist, weil wir hier wissen dass das nicht etwas ist was alle Bürger dieses Bundeslandes bezahlen müssen.

Im Bereich des Forstes möchte ich schon darauf hinweisen, dass hier der Bericht mehr als wirklich unaktuell ist. Denn die Probleme, die momentan unsere Waldbesitzer haben mit denen sie zu kämpfen haben gehen aus diesem Bericht natürlich nicht hervor. Und ich glaube, dass es umso wichtiger ist dass wir eine zeitgerecht Forstbewirtschaftung vorantreiben um eben in Zukunft auch die Probleme des Käferbefalles, wie wir ihn jetzt haben, in den Griff zu bekommen. Denn wir wissen, dort wo am wenigsten getan wird in den Wäldern, wo wir Rückstände haben, ist hier dieses Problem auch insgesamt am stärksten aufgetreten.

Ein Kurzausflug in den Bereich der Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung. Als Obmann einer Dorferneuerung möchte ich auch hier einige Dinge erwähnen. Der verantwortungsvolle Umgang mit den Ressourcen soll gestärkt werden. Dieses Ziel sollte natürlich nicht nur für alle Dorferneuerungsvereine sein sondern für jeden Mitbürger in diesem Bundesland. Mich persönlich erfüllt es mit Stolz wenn ich mir die Liste der Projekte anschau, dass weit mehr als die Hälfte der aktiven Dorferneuerer aus dem Waldviertel kommen. Und ich glaube, dass das auch ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz ist.

Bereich Natur im Garten ist auch erwähnt in diesem Bericht. Nicht erwähnt ist, dass es sich in erster Linie um eine persönliche Werbung für den zuständigen Landesrat handelt. Verstehe ich aber wenn er den Bericht abgibt dass er das nicht hinein nimmt. Sollte man aber auch bei dieser Stelle nicht unerwähnt lassen.

Nicht unerwähnt lassen muss man natürlich auch wenn man den Bereich Abfallwirtschaftsverbände in diesem Bericht diskutiert. Wie schauts hier aus? Wir haben jetzt seit Beginn dieses Jahres die Müllverbrennung. Unsere Bürger klagen landauf, landab über stark erhöhte Müllgebühren. 30 Prozent und mehr in manchen Gebieten. Und da soll man schon darüber nachdenken, wie aktuell ist dieser Bericht dann auch hier in diesen Bereichen.

Wenn ich mir unter Punkt 5 Festsetzung, Vorschreibung der Müllgebühren dann das sogenannte Kleingedruckte anschau, wo dann drinnen steht, die Altwarenverbände sind verpflichtet die Müllge-

bühren kostendeckend zu kalkulieren und vorzuschreiben, da keine Möglichkeit besteht, Quersubventionen aus anderen Budgetteilen wie dies bei vielen Gemeinden in Vergangenheit der Fall war, vorzunehmen. Die Abfallverbände realisieren daher Kostenwahrheit.

Wir wissen aber, dass wir im Herbst ein Abfallwirtschaftsgesetz beschlossen haben, wir, der Landtag gegen die Stimmen der Freiheitlichen. Waren die einzigen die hier auf der Seite der Bürger waren. Wo eben das alles beseitigt worden ist, dass in Zukunft auch das Doppelte eingehoben werden darf von dem was es tatsächlich ausmacht. Und dass hier auch abgeschafft worden ist dass in Zukunft hier das kostendeckend die Rücklagen nur für das verwendet worden ist. Das alles hat hier dieser Landesgesetzgeber ohne die Stimmen der Freiheitlichen entfernt. Also das ist nicht nur nicht aktuell, dieser Bericht, sondern dieser Bericht würde zeigen was gut ist, was gut wäre. Aber das habt ihr, liebe Kollegen, ja zum Leid der Bevölkerung, weil das war ein Griff in die Taschen unserer Bürger, das ist Raubrittertum im modernsten Sinne, meine Damen und Herren, was ihr da gemacht habt, habt ihr hier beschlossen.

Und dann schauen wir uns diese Verbände einmal ganz genau an. Wie schauen diese Müllverbände aus? Passt ja alles hier heute zu dieser Diskussion. Müllverbände sind, obwohl der Müll alle Farben hat, Müllverbände sind durchwegs rot und schwarz und schwarz und rot und sonst nichts. Diese Müllverbände kontrollieren sich selbst. Da gibt's keinen Freiheitlichen oder einen Grünen drinnen. Eine Forderung wäre, dass bei den Müllverbänden in Zukunft eine Forderung wäre ... (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Horch zu! Dass in Zukunft bei den Müllverbänden ... Horch zu sonst weißt es dann wieder nicht. Eine Forderung wäre, dass in Zukunft sämtliche Bezirks-GVVs, Gemeindevertreterverbände, die in den Bezirken auch existieren zumindest mit Sitz und Stimme ... Da geht es schon wieder um die Stärke der Mitglieder. Ihr wollt euch nur selbst kontrollieren. Minderheitenrechte gibt's für euch nicht. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

In den dritten Staaten dieser Welt gibt's größere Minderheitsrechte wie dort wo ihr was zu sagen habt liebe Freunde! (*Beifall bei der FPÖ.*) Und das ist das Problem. Aber ich bin froh dass wir da nicht drinnen sind. Jetzt sehen die Bürger nämlich, wo ÖVP und SPÖ einheitlich Hand in Hand marschieren kommt es zu drastischen Erhöhungen für unsere Landsleute. Da seid ihr schuld, könnt ihr verantworten. Und es wird die Zeit kommen. Weil es wachsen keine roten und keine schwarzen

Bäume in den Himmel. Es wird auch für euch die Zeit kommen der Abrechnung, liebe Freunde. Und tut nicht den Tag vor dem Abend loben. Die Bürger werden es erfahren. Immer der Griff in die Tasche der anderen wird der Bürger auf die Dauer nicht belohnen.

Und dann sage ich abschließend zu diesem Thema ... (*Unruhe bei der ÖVP.*)
Ich kann euch nicht zuhören, ich habe keine Redezeit. Gebt mir etwas ab, dann diskutiere ich mit euch alles aus. Aber meine Zeit, liebe Freunde, ist knapp.

In diesem Land, meine Damen und Herren, ist die Müllvermeidung, ein Anreiz zur Müllvermeidung ist nicht gewollt. Ihr habt das alles noch nicht zugelassen. Denn die Müllvermeidung wäre das Wichtigste dass man das den Kindern in der Schule lernt und dann auch praktiziert. Weil der Müll, der vermieden wird braucht nicht verbrannt werden und braucht nicht entsorgt werden. Aber um wirklich den Vermeidungsgedanken auch dementsprechend in den Köpfen gedeihen zu lassen, müssten wir doch das Prinzip einmal kommen lassen, politisch zulassen, dass auch eine mengenmäßige Verrechnung dieses Müllaufkommens zugelassen wird. Und das wollt ihr nicht. Weil nur dann wäre es möglich, dass die Leute auch tatsächlich Müll vermeiden.

Und die kinderreichen Familien, das sage ich gleich dazu, die sollten wir hier auch dann tatsächlich unterstützen. Und dann würde Müll vermieden werden. Wenn jeder gleich viel zahlt, egal wieviel er hat. Das Mutterl mit 70 Jahren im großen Haus was eh im Winter in der Großstadt lebt und dort auch noch ein Haus hat zahlt genauso viel obwohl es nicht den Müll hat den andere Familien haben. Das ist nicht in Ordnung und hat nicht das Prinzip des Müllvermeidens, liebe Freunde. Da kommt noch viel Arbeit auf euch zu. Ich weiß dass ihr es nicht wollt, aber der Bürger möchte es. Und es wird die Zeit kommen, vielleicht wird euch der Bürger auch dazu zwingen dass ihr endlich einmal bürgernahe Politik macht. (*Abg. Grandl: Du bist unsozial!*)
Im Bereich der Abteilung Wasserwirtschaft, ... ich habe keine Zeit, du musst mir Redezeit geben dann geb ich dir auf alles Antwort.

Im Bereich der Abteilung Wasserwirtschaft möchte ich ganz kurz erwähnen, alle diese Vorhaben, diese Projekte sind selbstverständlich wichtig und sinnvoll. Denn wir brauchen unser Wasser und es ist wichtig, dass wir mit unserem Wasser sorgsam umgehen. Es ist daher auch wichtig, dass die Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers und zur Sicherheit der Trink- und Nutzwasserversor-

gung auch gesetzt werden. Und da stehe ich voll und ganz dahinter.

Im Bereich der Abteilung WA 4 - Siedlungswasserwirtschaft möchte ich abschließend einige Punkte anmerken. Es ist wichtig, dass wir auch in Zukunft und gerade deswegen in Zukunft die kleinen Einheiten von Genossenschaften nicht vergessen sondern stärker unterstützen, weil wir, wir wissen es ja, bereits um die 84 Prozent der Bevölkerung alles ordnungsgemäß entsorgt haben.

Und die Bereiche die wir noch haben, und du lieber Kollege aus dem Bezirk Zwettl du weißt das, jetzt sind die Kleinen dran. Und da sind kleine Lösungen gefragt. Wirtschaftliche Lösung. Weil du hast in der Gemeinde genauso wenig dein Geld wie wir im Bezirk Waidhofen. Und ich geh schon wieder weiter. Nicht nur weil in der Gemeinde das Geld nicht ist, weil es der Bürger ja bezahlen muss. Die Gemeinde tut es zwar vorfinanzieren, aber der Bürger muss neben den hohen Müllgebühren die sie ihm schon zulastet muss er das dann auch noch zahlen.

Und darum, liebe Freunde, schauen wir hier auf kleine Lösungen. Vergessen wir nicht, dass wir hier eine Gleichbehandlung von Gemeinden und Genossenschaften weiterhin zulassen. Mit der eingeforderten Bankgarantie im Genossenschaftsbereich wie das jetzt der Fall ist, passiert genau das Gegenteil, du weißt das, du nickst. Schauen wir, ich kann es nicht ändern, ist nicht mein zuständiger Landesrat. Ich bitte euch hier im Interesse aller Aktiven die hier eine sinnvolle Lösung wollen. Schaut dass das wieder weg kommt. Und schaut dass in Zukunft auch die Antragstellung eine einheitliche wird.

Es kann nicht so sein, dass ich, wenn ich vom Bund, vom ÖKK, von der Kommunalkredit, gibt's Fördervoraussetzungen. Da bekomme ich zwei Drittel und noch mehr der Förderungen. Und diese Fördervoraussetzungen reichen zwar für die ÖKK aus, und ich bekomme meine Förderungen und die gleichen Mittel und Unterschriften und Formulare gebe ich ans Land Niederösterreich das nur einen Bruchteil dessen an Geld hergibt, und das ein paar Jahre später weil sie es nicht haben, genau die wollen viel mehr und was anderes. Und jeder Antragsteller schüttelt den Kopf und sagt, das kann doch nicht sein dass sich das Land Niederösterreich und der Bund nicht koordinieren können. Und nachdem der Bund eh schon strenge Auflagen hat, bitte kann es doch vielleicht so sein dass das Land das auch einmal tut. Ich habe selber erlebt bei mir bei der Genossenschaft. Ich habe die Unterschriften, die der will oder die Abteilung will noch immer

nicht gebracht. Weil bei diesem was der will, die Abteilung, der Abteilungsleiter, muss ich selber bestätigen mit meiner Unterschrift dass das was ich geschrieben habe richtig ist. Und für so was hab ich nichts über. Kasperltheater habe ich zu wenig Zeit und darum tu ich da nicht mit.

Wirkt da bitte ein dass man das transparenter macht und auch dem Bürger so zugänglich dass was Gescheites herauskommt. Und alles was nicht in Ordnung ist räumt man aus und dann kann man auch in Zukunft hier in diesem Bereich der verbleibenden 16 Prozent eine gute Lösung finden.

Und die Probleme, die wir dann immer wieder haben, Kleinstlösungen oder Größtlösungen. Wichtig ist dass Steuergeld effizient eingesetzt wird und dass es hier nicht zu Streitereien auf Kosten der Bürger kommt.

Das Letzte in diesem Bericht widme ich der NÖ Umweltschutzanstalt, der NUA. Wir haben hier als Landesgesetzgeber beschlossen gegen die Stimmen der Freiheitlichen dass es hier neu geregelt wird. Diese neue Regelung war die Zerschlagung der NUA selbst. Neue Strukturen. Die letzte Strukturänderung ist zum Beispiel in einer Aufsichtsratsitzung beschlossen worden dass man die guten Standorte verscherbelt. Ich sage bewusst verscherbeln weil ich dagegen gestimmt habe. Die NUA Pöchlarn ist vielleicht ein Geschenk an den Bürgermeister, ich weiß nicht wer es ihm versprochen hat um das Geld. Ich habe nicht mitstimmen können. Letztendlich wird es das Ende der NUA-Muttergesellschaft bedeuten, liebe Freunde. Und dann tritt genau das ein was ich hier am Rednerpult vor zwei Jahren gesagt habe wie das beschlossen worden ist: Die Kosten der Altlasten bis zum St. Nimmerleinstag. Weil wir müssen diese Altdeponien, solange es Menschen auf dieser Erde gibt, müssen wir diese Altdeponien betreuen und müssen schauen dass nichts passiert.

Und so lange reicht diese eine Rücklage die wir jetzt eingenommen haben und wenn wir sie noch so gut anlegen, reicht nicht aus, weiß jeder. Und genau mit dieser Entscheidung hier im Landtag, die ihr mehrheitlich getroffen habt, habt ihr auch beschlossen, dass diese Muttergesellschaft irgendwann nicht mehr sein wird und dass das Land Niederösterreich all diese Kosten zu übernehmen hat. Und das was operativ etwas bringt hat man verkauft und gibt es den sogenannten Gemeindeverbänden. Das ist eine Politik die nicht in Ordnung ist. Aber im Großen und Ganzen werden wir trotzdem diesen Umweltbericht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist ja tatsächlich eine dicke Schwarte dieser Umweltbericht und es steht auch viel Interessantes drinnen. Allerdings wird ja mit diesem Umweltbericht ja nicht nur der Bericht selber, sondern auch die Umweltpolitik des Landes beurteilt. Und das ist etwas was nicht so rosig ist wie der Umfang dieses Umweltberichtes.

Zur Aktualität ist schon einiges gesprochen worden. Es ist eigentlich schon ein Witz, dass wir jetzt Ende Jänner 2004 über den Umweltbericht des Jahres 2002 diskutieren und ich werde es dann anhand einiger Beispiele auch aufzeigen.

Ich würde einmal insgesamt anregen dass wir uns ausmachen oder dass wir auch eventuell mit einem Antrag die Landesregierung verpflichten, ihre Berichte zumindest bis zum Halbjahr des Folgejahres des Berichtsjahres abzugeben. Das gilt natürlich auch für den Rechnungsabschluss. Kein Mensch auf der Welt würde verstehen wenn wir heute den Rechnungsabschluss 2002 diskutieren würden. Also so soll es auch beim Umweltbericht sein. Es zeigen ja die konkreten Beispiele wie unsinnig es ist jetzt über diese Dinge diskutieren zu wollen. Also wir denken, Ende Juni des Folgejahres müssten alle Berichte, die von der Regierung an den Landtag kommen auch tatsächlich abgegeben werden.

Ich beginne mit der Frage Klimabündnis. Der Kollege Honeder hat ja schon gesagt, wir haben 216 Klimabündnisgemeinden in Niederösterreich, das ist sehr, sehr viel, das ist ganz unbestritten. Interessant ist ja auch folgende Aussage: Das Klimabündnisziel wurde erreicht. Es wurde aber nicht in ganz Niederösterreich erreicht, sondern es wurde in einer einzigen Stadt Niederösterreichs erreicht. In einer einzigen Gemeinde Niederösterreichs wird das Klimabündnisziel erreicht, nämlich in Bruck a.d. Leitha, weil man dort eine Biogasanlage errichtet hat und damit wird der CO₂-Ausstoß um 50 Prozent reduziert. Und über das restliche Niederösterreich und über die CO₂-Emissionen im restlichen Niederösterreich da schweigt sich der Umweltbericht wie üblich aus. *(Abg. Hensler: Da sieht man wie weitblickend Bruck ist!)*

Großartig, ja. Aber das ist nicht der Umweltbericht von Bruck a.d. Leitha, sondern das ist der Umweltbericht des Landes Niederösterreich, Kollege

Hensler, auf das möchte ich dich schon aufmerksam machen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und jetzt überlegen wir uns einmal den Bericht der eigentlich vorliegen sollte, nämlich wie sieht es mit der CO₂-Emission in Niederösterreich aus. Und da erlauben Sie mir einen kleinen Vergleich zwischen zwei verwandten Herren ziehen zu dürfen. Nämlich zwischen dem Herrn Umweltminister Neffe und dem Herrn Landeshauptmann Onkel.

Es ist ja tatsächlich so, dass in Sachen CO₂-Emissionen der Umweltminister ausgewiesen hat, und das auch öffentlich gemacht hat, sehr mutig öffentlich gemacht hat, dass in Wirklichkeit die CO₂-Emissionen steigen statt sinken. Das heißt, wir entfernen uns in Wirklichkeit vom Klimabündnisziel. Jetzt gibt's in der ÖVP Kollegen, die sagen es ist „eh wurscht“, weil die Amerikaner blasen soviel hinaus, da brauchen wir unsere eigenen selbst-gesteckten Ziele nicht einhalten. Das heißt soviel wie irgendwo in der Welt gibt's Schwarzbauten und die Bürgermeister in Niederösterreich brauchen ihre Bauordnung nicht einhalten. Eine absurde Vorstellung. Daher rate ich dringend davon ab.

Aber Hauptverursacher in CO₂-Emissionen ist nach wie vor, und auch das weist Neffe Umweltminister aus, ist der motorisierte Individualverkehr. Und da ist mir aufgefallen im Landesverkehrskonzept, worüber der Umweltbericht auch ja referiert, dass völlig falsche Voraussetzungen existieren bzw. dass man einen Schreibfehler begeht im Landesverkehrskonzept. Da sagt man nämlich Verkehr vermeiden, Verkehr auf umweltverträgliche Verkehrsträger verlagern und den Verkehr verbessern und fördern. Und das ist falsch. Das geschieht nämlich nicht in Niederösterreich. In Niederösterreich wird nicht Verkehr vermieden, motorisierter Individualverkehr, sondern es wird motorisierter Individualverkehr erzeugt. Es werden Maßnahmen geschaffen damit die CO₂-Emissionen steigen statt sinken. Das ist die Umweltpolitik des Onkel Landeshauptmann Dr. Pröll. Wir glauben, dass hier sich der Onkel Herr Landeshauptmann eher in Richtung seines Neffen Herrn Umweltminister bewegen sollte.

Auch was mit Luftverschmutzung zu tun hat, die Frage der Ozonbelastung. Ist ja interessant gewesen diese Debatte heute was die Anfrage über Ozon betrifft, aber dazu komme ich noch. Man sieht an diesem Beispiel ganz besonders die Unaktualität dieses Umweltberichtes. Es wird hier die Ozonbilanz des Hochwasserjahres 2002 gezogen, die völlig unerheblich ist für unsere heutige Debatte. Das vergangene Jahr, das Jahr 2003 war das Ozonjahr mit den entsprechenden Problemen. Das

heißt wir diskutieren jetzt über Dinge die eigentlich mittlerweile längst überholt sind und leider, muss man sagen, zu einem sehr, sehr großen Problem geworden sind. Und wo ist da die Umweltpolitik des Landeshauptmannes? Niederösterreich ist seit 1996 Ozonsanierungsgebiet. Wo sind hier die Maßnahmen? Wo sind hier die Möglichkeiten die der Landeshauptmann hätte auszuschöpfen mit einem tatsächlichen Ozonpaket wo verbindliche Maßnahmen drinnen stehen? Wo sind die Gratistickets für öffentliche Verkehrsmittel wenn die Vorwarnstufe erreicht wird? Wo ist das Ausnützen, so wie es im Ozongesetz drinnen steht, das Ausnützen der öffentlichen Medien wenn es um Ozonbelastung geht? Wo ist die Ökosteuerreform statt der Kestsenkung? Wo ist die Verkehrserregerabgabe bei dem was der Herr Landeshauptmann Krebsgeschwüre nennt, nämlich die Einkaufszentren an den Stadträndern?

All das wollten wir vom Herrn Landeshauptmann wissen. Und die Antwort die uns der Herr Landeshauptmann gibt, da hat der Abgeordnete kein Fragerecht. Und der Kollege Dr. Michalitsch bezeichnet das als ausreichende Kontrollmöglichkeiten der Landtagsabgeordneten. Ich gratuliere zu dieser juristischen Einsicht, Kollege Dr. Michalitsch.

Aber es gibt natürlich einen anderen Verkehr. Es gibt auch noch den Personennahverkehr. Und da merken wir zunächst positiv an, dass in Niederösterreich im Berichtsjahr, also 2002, 55 Ortschaften mehr an das Kraftfahrliennetz angeschlossen wurden. Wir begrüßen das und verstehen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht warum die Bundesregierung jetzt plötzlich die Budgetmittel für die Bundesnahverkehrsförderung reduzieren will. Uns ist das aufgefallen. Und da wollen wir jetzt positiv erwähnen, da hat der Landeshauptmann reagiert.

Die Abfolge der Reaktion war allerdings interessant. Wir haben am 13. Jänner eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt, haben am 23. Jänner bereits in unserer Pressekonferenz darüber referiert, sind auch in der Presseagentur damit vorgekommen. Und einige Tage später meldet sich sowohl der Kollege Mag. Riedl zu Wort als auch der Herr Landeshauptmann. Der hat nämlich am 27. Jänner bei der Bundesregierung protestiert. Ist in Ordnung. Wir freuen uns dass unsere Anregung aufgegriffen wurde und wir erlauben uns auch in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Fasan und Mag. Riedl zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 112/B-15-2003

NÖ Umweltbericht 2002 betreffend Budgetkürzungen im ÖPNV.

Dem öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) kommt in ganz Niederösterreich, sowohl in den ländlichen Regionen, als auch in den Ballungsräumen eine besondere Bedeutung zu. Der NÖ – Umweltbericht des Jahres 2002 vermerkt eine Anbindung von zusätzlich 55 Ortschaften an das öffentliche Kraftfahriniennetz in Niederösterreich. Sowohl im Sinne der Glaubwürdigkeit der Verkehrspolitik gegenüber der Europäischen Union, als auch im Sinne der dringend nötigen CO₂-Reduktion, ist der Ausbau des ÖPNV in Niederösterreich eine zentrale verkehrspolitische Herausforderung der kommenden Jahre.

Kurz vor Weihnachten wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie angekündigt, die so genannte ‚Bundesnahverkehrsförderung‘ ab 2004 deutlich zu kürzen. Dabei soll es sich um eine Kürzung jener in den §§ 24 und 26 ÖPNRV-Gesetz vorgesehenen Mittel handeln, die nicht gesetzlich verpflichtend sind, sondern nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten eingesetzt werden. Der Anteil dieser ‚freiwilligen‘ Mittel lt. ÖPNRV-G beträgt mindestens 7 Mio. €.

Eine Kürzung in diesem Bereich im offenbar geplanten Ausmaß würde für alle Länder und Städte eine Reduzierung dieser Mittel aus §§ 24 und 26 ÖPNRV-G um mehr als die Hälfte bedeuten. Derartige Kürzungen im ÖPNV wären nicht nur verkehrspolitisch desaströs. Sie würden auch die notwendige Stärkung der Glaubwürdigkeit Österreichs in Fragen einer umweltgerechten Verkehrspolitik gegenüber der Europäischen Union untergraben. Den Finanzierungserfordernissen im Öffentlichen Verkehr ist auch deshalb besonderes Augenmerk zu schenken. In diesem Sinne hat Landeshauptmann Dr. Pröll mit Schreiben vom 27.1.2004 Vizekanzler Gorbach aufgefordert, seine Ankündigung zurück zu nehmen und die Kürzung der Nahverkehrsförderung rückgängig zu machen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert – im Sinne des Schreibens des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll vom 27.1.2004 – zusätzlich auf die Bundesregierung, insbesondere auf den Herrn Vizekanzler einzuwirken, damit der Mitfinanzierungsverantwortung des Bundes für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mindestens im bisherigen Ausmaß weiterhin nachgekommen und auf jegliche weitere Kürzungen in der Finanzierung

verzichtet wird. Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, die Mittel nach den §§ 24 und 26 des ÖPNRV-Gesetzes zumindest in unveränderter Höhe bereitzustellen.“

Wir meinen also, dass es das Mindeste ist das weiterzufinanzieren was es bisher gibt. Es wäre zu Lasten der NÖ Städte, aber auch natürlich des Landes selber, auch des ländlichen Raumes.

Und jetzt bin ich bei einem zweiten Thema was den öffentlichen Personennahverkehr betrifft, nämlich der Frage des Wettbewerbs. Das ist eine sehr heikle Frage. Aber wenn ich mir die Anfragebeantwortungen des Herrn Landeshauptmannes ansehe, wenn er sagt in Fragen Mariazellerbahn und Ybbstalbahn geht eigentlich nichts weiter weil die ÖBB ständig auf der Bremse steht, dann frage ich mich, warum muss unbedingt die ÖBB gemeinsam mit dem Land diese Linie betreiben. Warum kann nicht mit denselben Förderungen des Landes ein privater Betreiber das machen unter Aufsicht und nach einer Ausschreibung der öffentlichen Hand? Hat die ÖBB automatisch ein Monopol auf sämtliche Verkehrsdienstleistungen in diesem Land? Nein behaupte ich. Wettbewerb tut gut. Und dasselbe gilt auch für den Postbus. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ich weiß schon dass ihr Verstaatlicher seid. Das ist ja nichts Neues. Aber ihr werdet damit nicht weiter kommen.

Der Herr Landeshauptmann hat vor wenigen Wochen erst zusätzliche Geldmittel aufgetrieben und zur Verfügung gestellt für den Betrieb von Postbuslinien in Niederösterreich. Das sind aber keine zusätzlichen Postbuslinien für die das Geld finanziert wurde. Sondern das sind die bestehenden Linien für die der Postbus plötzlich 2,5 Millionen Euro mehr verlangt hat. In Ordnung, selbstverständlich muss der öffentliche Verkehr aufrecht erhalten werden. Ja, er soll ausgebaut werden. Aber wo steht, bitte, dass man das machen kann, ganz einfach das Geld vergibt ohne auch nur ein alternatives Angebot zu prüfen? Wo steht, dass die ÖBB, die ja mittlerweile unter kartellrechtlich meiner Ansicht nach äußerst fragwürdigen Bedingungen jetzt 90 % Marktanteil im Busverkehr hat, wo steht dass die ÖBB alle diese Linien betreiben muss? Wo steht dass es hier nicht auch zu Angeboten oder zu Ausschreibungen für andere kommen soll? Wo steht dass nicht ein anderer, ein privater Betreiber das um dieselben Förderungen besser machen kann? Vielleicht könnte man mit diesem Geld dann zusätzliche Linien betreiben und könnte im Umweltbericht wieder vermerken wir haben weitere Ortschaften an das Kraftfahriniennetz angeschlossen.

Daher sagen wir, in diesen Fragen des Nahverkehrs ... (*Unruhe bei Abg. Dworak und Abg. Kautz.*)

Du brauchst nur nach Deutschland schauen, dort siehst du das Land auf, landab siehst du regionale Verkehrsverbände die in Fragen des Wettbewerbs ... (*Abg. Kautz: Aber die Verkehrsverbände sind auch die öffentliche Hand!*)

Ja, das sind Verkehrsverbände. Ich sage ja nichts gegen die öffentlichen ... Wisst ihr, Sozialdemokraten seid wirklich großartig. (*Beifall bei Abg. Weninger. – Unruhe bei Abg. Kautz.*)

Ihr wechselt Wettbewerb mit Verstaatlichung. Für euch bedeutet Einführung des Wettbewerbs automatisch Entstaatlichung. Verstaatlichung heißt soviel wie kein Wettbewerb. Und das sollte man nicht vergleichen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Dann kannst du alles verstaatlichen. Da kannst in Wirklichkeit die ganze Wirtschaft verstaatlichen. Dann zieht euch die Maske vom Gesicht und verstaatlicht meinetwegen übermorgen die ganze Landwirtschaft und am nächsten verstaatlichen wir, ich weiß es nicht.

Dennoch: Es ist eine absurde Vorstellung, dass es im Personennahverkehr nicht auch die Möglichkeit geben soll nach entsprechenden Entscheidungskriterien, ganz stinknormale Vergabekriterien wie es gibt bei der Errichtung des Landhauses zum Beispiel. Du kannst ja nicht die ganze Bauwirtschaft verstaatlichen. Warum also die ganze Nahverkehrswirtschaft? Ist überhaupt nicht einzusehen. Zu den selben Bedingungen wie die ÖBB fährt soll es auch Möglichkeiten geben, nach Ausschreibungen, nach entsprechenden Wettbewerbskriterien für private Verkehrsträger Linien zu betreiben. In Deutschland hat man große Erfolge damit. Es werden die Staatsmonopolunternehmen unter Druck gesetzt zugunsten des Fahrgastes, zugunsten der Kunden und zugunsten des öffentlichen Verkehrs. Und so soll es auch in Niederösterreich sein. (*Beifall bei den Grünen. – Abg. Kautz: Märchenstunde!*)

Das ist keine Märchenstunde, das ist Realität. Da musst halt einmal über den niederösterreichischen Rand hinausschauen. Schau zu deinen Freunden nach Deutschland. Seid froh dass wir ein positives Beispiel deutscher Politik bringen. Aber ihr seid wahrscheinlich so unter Kuratel der ÖVP in Niederösterreich dass ihr euch nicht einmal das traut. Vielleicht seid ihr für das nicht im Stand weil die ÖVP Niederösterreich kann das ja recht gut auf Deutschland schimpfen.

Nächstes Thema die Frage des Wassers. Wasser in der NÖ Landesverfassung haben wir unlängst erst beschlossen. Kein Wort davon findet sich im NÖ Umweltbericht. Ich mach' es jetzt sehr,

sehr kurz. Das einzige was der NÖ Umweltpolitik einfällt sind diese Nitratinformationsdienste. Es wird ein Nitratinformationsdienst eingerichtet obwohl wir seit zehn Jahren wissen dass das Grundwasser durch Nitrate überlastet ist. Also wenn es nicht mehr gibt an Erfolgen in Niederösterreich, dann muss ich sagen, dann braucht man dringend große Konsequenzen und eine der wichtigsten Konsequenzen ist meiner Ansicht nach dass man versucht das Landwirtschaftsressort vom Wasserressort und von der Wasserwirtschaft zu trennen.

Letztens die Frage Naturschutz, internationaler Naturschutz. Wir werden das dann beim Rechnungshof noch diskutieren. Es hat der Rechnungshofbericht darauf hingewiesen, dass in Wirklichkeit die Errichtung der Marchfeldschnellstraße internationalen Schutzbedingungen, Feuchtgebietsschutzbedingungen widerspricht. Wir meinen das auch. Aber interessant ist was der Rechnungshof noch alles festgestellt hat. Nämlich die Marchauen sind, was die Artenvielfalt betrifft eigentlich noch wertvoller als der Nationalpark Donauauen. Es besteht aber nur teilweise Schutz. Ich kann dir das an den Brutvogelarten vorrechnen. Ich weiß dass du mit Vogelarten nicht soviel am Hut hast. Aber du musst verstehen, bei mir ist nomen est omen, bin ich in dieser Hinsicht natürlich interessiert. Und Gottseidank ist auch der Rechnungshof daran interessiert, Gottseidank gibt's eine unabhängige Institution die das auch aufzeigt.

Was mich allerdings bedenklich stimmt in dem Zusammenhang ist, dass der Landesregierung nicht einmal die Eigentumsverhältnisse der geschützten Gebiete bekannt sind und die Flächenwidmung überhaupt nicht bekannt ist. Das halte ich für bedenklich. Dass die beispielsweise naturtypischen Wiesenflächen um bis zu 80 Prozent reduziert werden. Dass es einen Verlust an Naturräumen gibt, der äußerst bedenklich ist.

Und wenn man dann auf diesen Rechnungshofbericht antwortet, ich weiß nicht die Marchauen sind ja nicht naturhistorisches Museum und das sind Dinge um die sich nicht der Rechnungshof, sondern der Umweltanwalt kümmern muss, dann muss ich schon sagen, also ich weiß es nicht, welchen Pressesprecher der Herr Landeshauptmann hat, der ja hoffentlich wohl in seinem Namen diese Äußerungen macht. Aber ich würde mir da überlegen, was ich äußere über die Unabhängigkeit des Rechnungshofes. Auch das gehört zur Kontrolle in Niederösterreich.

Zum Schluss: Die Umweltberatung und Natur im Garten nimmt einen wesentlichen Bestandteil dieses Umweltberichtes ein. Wir schätzen die Um-

weltberatung sehr und wir unterstützen die Aktivitäten sehr. Und wir unterstützen auch die Aktion Natur im Garten. Ich hatte leider nicht die Möglichkeit der erste mit einer Gartenplakette zu sein. Das Recht war den Eltern vom Herrn Landesrat vorbehalten. Diese Verwandtschaftsverhältnisse habe ich nicht, aber die zweite habe ich erstanden. Wir schätzen das. Aber im Vergleich zu großen, wichtigen Umweltproblemen denke ich mir schon sollte man das Verhältnis wahren. Es ist umfassend im Bericht aber es ist auch sehr viel Show dabei. Und die substanziellen Erfolge sind wenig.

Wenn wir also diesen Umweltbericht nicht zur Kenntnis nehmen dann nicht deswegen weil der Umweltbericht vom Bericht her schlecht ist, sondern weil die Umweltpolitik des Landes verbesserungswürdig ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Der Herr Pressesprecher des Landeshauptmannes kann hier keine tatsächliche Berichtigung verlangen. Ich mach das im Sinne der Objektivität. Er hat im Zusammenhang mit den Marchauen nicht den Begriff Naturhistorisches Museum verwendet. Hat sich, weil ich das weiß, deswegen auch beim ORF damals beschwert sozusagen dass ihm das zugeordnet wurde. Das war die tatsächliche Berichtigung. *(Zwischenrufe bei Abg. Mag. Fasan.)*

Sie haben das ausgesagt, er kann aber nichts sagen dazu. Eine tatsächliche Berichtigung kann jeder bringen der von den Tatsachen was versteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Höhen Landtages!

Ich darf zunächst einmal feststellen, dass man aus den Äußerungen von Herrn Präsidenten immer wiederum auch was Neues lernen kann. Ich darf ebenfalls zum Umweltbericht Stellung nehmen. Erstens stellt dieser Umweltbericht, wie schon mehrfach festgestellt wurde, eine äußerst umfangreiche Aufzählung von verschiedenen Aktivitäten im Umweltbereich dar. Wie aber auch schon heute bemängelt wurde sind diese Aktivitäten aus dem Jahre 2002 und wir alle wissen, dass wir derzeit eben Jänner 2004 schreiben. Daher ist in diesem Umweltbericht der Bezug auf die Aktualität bestimmter Maßnahmen und Aktionen natürlich in vielen Bereichen nicht mehr gegeben.

Es ist daher die Überlegung die von Kollegen Mag. Fasan vor mir angestellt wurde eine voll-

kommen richtige. Ich habe sie für mich und für unseren Klub ebenfalls hier vorbereitet, nämlich dieser Umweltbericht ist zumindest in der ersten Hälfte des Jahres, das dem Berichtszeitraum folgt vorzulegen und zu diskutieren. Nur dann meine ich, ist eine sinnvolle Diskussion möglich und auch eine kritische Auseinandersetzung, die natürlich auch mit jedem Bericht gewünscht wird.

Zweitens darf ich feststellen, und dabei bleibe ich, auch wenn der Kollege Honeder das bemängelt hat. Ich nehme an, dass seine Kritik sich auf meine Äußerungen bezogen hat. Im Wesentlichen stellt dieser Bericht nur eine Aufzählung von verschiedenen Aktivitäten dar. Manchesmal auch konkrete Maßnahmen aus den verschiedenen Abteilungen und Organisationen. Was mir aber besonders fehlt, das ist brauchbares, konkretes Daten- und Zahlenmaterial. Man geht nicht darauf ein, was sind die wesentlichen Entwicklungstendenzen, welche Hinweise auf Veränderungen, Verbesserungen bzw. Verschlechterungen unserer Umweltsituation gibt es und vor allem geht man nicht darauf ein, was sind denn eigentlich die erwünschten und geplanten Entwicklungsstrategien.

In diesem Zusammenhang würde ich einen Umweltbericht sehen, nicht nur in einer Aufzählung von reinen Maßnahmen, weil ich ja Information über den tatsächlichen Stand, den Iststand unserer Umwelt und unserer Natur haben möchte. Dass dies nicht vorhanden ist, beweist ja auch die Diskussion meiner Vorredner, wo jeder sozusagen sich irgendein besonderes Stückchen aus diesem Umweltbericht herausgenommen hat und das diskutiert, weil es auch in dieser kurzen Zeit natürlich nicht anders möglich ist, das ist schon klar. Aber wir auf Grund fehlender Daten zur gesamten Situation sehr wenig sagen können.

Ich denke mir, wenn Niederösterreich als Lebensraum weiterhin attraktiv bleiben möchte, und das ist im Zeichen der wachsenden Globalisierung sehr, sehr bedeutsam, weil ja das Bundesland Niederösterreich dann als Region im Herzen eines viel größeren Europas liegen wird, dann ist es ganz besonders wichtig, gerade im Umweltbereich Impulse zu geben und Konzepte anzubieten.

Niederösterreich könnte sich hier als Motor, als eine treibende Kraft im Bereich von dringend zur Lösung anstehenden Umweltfragen etablieren und genau das ist aber nicht der Fall. Das ist es, was ich kritisiere! Bedenken wir, oder nehmen wir nur her wie schon meine Vorredner von allen Fraktionen ja auch festgestellt haben, nehmen wir her die Frage des Klimaschutzes, der Energiebereitstellung. Nehmen wir die Frage des Verkehrs her. Hier

ist von einem Motor in Umweltfragen in Niederösterreich nichts spürbar.

Viertens: Umweltverschmutzung, meine Damen und Herren, wird vielfach lokal verursacht. Aber in der Folge, wissen wir alle, global wirksam. Und daher müssen wir, um Lösungskapazität zu beweisen auch global denken und lokal handeln. Meine Damen und Herren! Jeder möchte die Welt verändern und jeder könnte es auch wenn er nur bei sich selbst anfinge. Das gilt in vielen Bereichen unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, besonders aber auch im komplexen Bereich des Umweltschutzes.

Uns ist allen klar, dass wir neben den staatlichen und zwischenstaatlichen Kontrollapparaten besonders als Einzelne gefordert sind und wir unsere ganz persönliche Verantwortung gegenüber Natur und Umwelt wahrzunehmen haben. Um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, brauchen wir Umweltbewusstsein, brauchen wir Wissen im Umweltbereich. Und ich darf daher ausdrücklich die Aktivitäten, die im Bereich Umweltpädagogik, im Bereich Umweltbildung, in diesem Bereich wo die Umweltberatung tätig ist usw. begrüßen und darf feststellen, dass hier hervorragende Arbeit geleistet wurde.

Fünfter Punkt. Ich darf mich zum Thema Nachhaltigkeit äußern. Nachhaltigkeit ist heute ein Schlagwort geworden. Wir als verantwortungsvolle Politiker denke ich sollten Nachhaltigkeit - im Zusammenhang mit Umwelt - verwenden als eine Entwicklungsstrategie. Als eine Entwicklungsstrategie, die Tendenzen die unsere Zukunft belasten und gefährden könnten, sozusagen ausschließt.

Gelingt es uns nicht in einer angemessenen Zeit diesen Tendenzen entgegen zu steuern, dann werden viele dieser Tendenzen irreversibel werden. Und das würde, so meine ich, weitreichende ökologische ökonomische und vor allem auch soziale Folgen haben und die Lebensqualität und die Sicherheit künftiger Generationen bedrohen. Und, was auch ganz, ganz wichtig ist, die Kosten für die Gesellschaft drastisch ansteigen lassen.

Sechster Punkt: Die Umweltpolitik der letzten Jahrzehnte hat in Österreich und in Niederösterreich zu einer Reduktion mancher Schadstoffe, zu einer verbesserten Luft- und Wasserqualität geführt, zu einem sorgsameren Umgang mit schützenswerten Lebensräumen, zu mehr Umweltbewusstsein. Trotzdem aber, meine Damen und Herren, sind wir nach wie vor konfrontiert mit einer riesigen Vergeudung an wertvollen und nicht erneuerbaren Ressourcen. Wir sind konfrontiert mit

einer nach wie vor zunehmenden Zersiedelung und Versiegelung von Grünflächen mit einem dramatischen Verlust an der Biodiversität, einem Klimawandel welcher rasch und schmerzhaft spürbar ist. Gerade Probleme wie etwa der Klimawandel oder die steigende Verkehrsbelastung bedrohen den Lebensraum künftiger Generationen.

Fragen, meine Damen und Herren, die im Umweltbericht ebenfalls nicht beantwortet bzw. nur gestreift worden sind, wie schaut es aus mit den Fließgewässern, mit der Qualität der Fließgewässer in Niederösterreich? Wo sind Revitalisierungsprogramme, Verbesserungen im ökologischen Zustand erreicht worden? Wie schaut es aus mit unseren Böden, mit der Schwermetallbelastung, mit der Entsorgung von Altlasten, mit einer Bilanz bezüglich Bodenverbrauch? Was passiert gegen die steigende Ozonbelastung, die heute schon angesprochen wurde? Wie schaut's aus mit der Beschaffenheit unseres Trinkwassers, unserer Trinkwasserreserven? Viele, viele Fragen. Auch das Thema der Müllvermeidung das heute angeschnitten wurde, ist natürlich eines, das gerade im Zusammenhang mit der Müllverbrennung oder mit der thermischen Verwertung neue Aktualität bekommen hat. Ich darf aber nur in diesem Zusammenhang feststellen, dass die Behauptung, die vom Kollegen Waldhäusl aufgestellt wurde, dass die Verbände rot, schwarz zusammengesetzt sind, vollkommen falsch ist.

Die Verbände sind zusammengesetzt nach dem Ergebnis der Gemeinderatswahlen. Und es ist natürlich für euch sehr bedauerlich, dass ihr bei diesen Gemeinderatswahlen so schlecht abgeschnitten habt, so dass ihr bei den Müllverbänden natürlich nirgends drinnen seid. Das ist euer Kaffee. Nur die Abrechnung die du gesagt hast die erfolgen wird, die uns dann einmal treffen wird, diese Abrechnung hat der Bürger mit euch nämlich bereits vorgenommen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht möglich im Rahmen dieser Debatte, wie ich schon gesagt habe, auf alles einzugehen, was uns im Bereich des Umweltschutzes bewegt. Aber ich möchte einige Schlüsselfragen der Zukunft doch ein bisschen eingehender beleuchten. Und eine der Schlüsselfragen ist sicherlich die Energiefrage und im Zusammenhang mit der Energiefrage die Frage des Klimaschutzes.

Wir wissen alle, im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat sich die EU verpflichtet, die Treibhausgasemissionen um 8 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Österreichs Anteil im Rahmen des europäischen Lastenausgleichs ist dabei 13 Prozent. Und

es ist heute auch schon festgestellt worden, wir sollten reduzieren. Wenn man aber die CO₂-Belastung, die CO₂-Emission anschaut, dann ist sie nicht reduziert worden, sondern sie ist nach wie vor gestiegen. Und die Ursache dieser Steigerung liegt sicherlich nach wie vor in der sehr, sehr starken Verwendung von fossilen Energieträgern im Bereich der Wärmeerzeugung, des Verkehrs, der Stromerzeugung etc., etc., wir kennen das alles.

Sollten daher die Schritte zum Ausbau eines nachhaltigen Energiesystems nicht wesentlich beschleunigt werden, meine Damen und Herren, so riskiert Österreich eine gewaltige Überschreitung des Kyoto-Ziels, nämlich eine Überschreitung um zirka 30 Prozent. Wie halbherzig damit - mit dieser Frage - umgegangen wird, sehen wir auch am Beispiel der Energieerzeugung. Durch das Ökostromgesetz wurde ein neuer Rahmen geschaffen. Bis 2010 sollen 78,1 Prozent des Stroms aus erneuerbarer Energie kommen. Davon 4 Prozent aus alternativer Energien wie Biomasse, Windenergie etc., 9 Prozent aus Kleinwasserkraft.

Der Haken dabei ist, diese 78,1 Prozent beziehen sich nicht auf den Verbrauch den wir in etwa 2010 haben werden, sondern diese 78,1 Prozent bezieht sich auf den Verbrauch vom Jahre 1997. Und daher wird der Anteil den wir durch diesen Ökostromzuwachs wett machen nur den Zuwachs an Stromverbrauch von in etwa zwei Jahren kompensieren. Der steigende Stromverbrauch muss daher durch andere Energieträger entsprechend bereitgestellt werden. Und das werden in einem vermehrten Ausmaß kalorische Kraftwerke sein, das wird auch in einem vermehrten Ausmaß ein weiterer Atomstromimport sein.

Und, meine Damen und Herren, das kann nicht in unserem Interesse liegen. Diese kalorischen Kraftwerke bringen zusätzlich Erderwärmung und Atomstromimport wollen wir ebenfalls nicht. Wir sind auch gegen die Errichtung neuer Atomkraftwerke in Europa. Sondern wir wollen ja genau das Gegenteil. Wir wollen langfristig und mittelfristig gesehen den Gesamtausstieg aus der Atomenergie.

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Und es ist daher die grundsätzliche Forderung einer grundsätzlichen Energiewende zu stellen. Einer Energiewende die besteht natürlich in den Faktoren Energiesparen, in der Verbesserung der Energieeffizienz und auch in einem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Es besteht diese Energiewende auch dadurch dass wir

uns dazu bekennen, tatsächlich dazu bekennen und zwar nicht nur verbal sondern durch unsere Handlungen, die Treibhausgase stark zu reduzieren um die notwendige Erderwärmung zu verlangsamen. Und dazu möchte ich feststellen gehört auch, dass wir uns dazu bekennen, die Reduktion in Österreich, in Niederösterreich zu erreichen und nicht durch Zukauf von Emissionszertifikaten, um sozusagen diese Reduktion dann rechtfertigen zu können.

Dritter wesentlicher Punkt der meiner Meinung nach dazu gehört bei dieser Energiewende: Diese Reduktion der Treibhausgase muss schwerpunktmäßig in jenen Bereichen erfolgen, wo das ohne Gefährdung des Wirtschaftsstandortes erfolgt und ohne Verlust von Arbeitsplätzen. Das heißt, diese Reduktion muss im Wesentlichen erfolgen bei der Raumwärme, beim Verkehr, bei der Stromerzeugung. In diesen Bereichen ist hier diese Energiewende zu forcieren.

In Niederösterreich, meine Damen und Herren, gibt es viele Einzelmaßnahmen. Die möchte ich nicht leugnen. Viele, viele sinnvolle Einzelmaßnahmen. Aber kein, so behaupte ich, kein wirklich effektives Gesamtkonzept. Wir haben aber keine Zeit mehr, meine Damen und Herren. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Es liegt seit einigen Monaten ein Entwurf eines Klimaschutzprogrammes 2004 bis 2008 vor. Dieser Entwurf beinhaltet ein breites Bündel an Maßnahmen. Die aber auch, und das möchte ich auch bekritteln, keiner Bewertung unterzogen worden sind, keine Berechnung der Reduktionspotenziale enthalten. *(Abg. Dr. Prober: Das geschieht zur Zeit!)*

Ja, aber in dem Entwurf ist es nicht drinnen. Wo keine eigentliche Schwerpunktsetzung erkennbar ist. Und was ganz wesentlich ist, auch wenn zur Zeit etwas geschieht, ich hoffe es, denn seit Monaten ruht er. Doch wir brauchen diesen Entwurf dringend. Und ich stelle daher die Forderung, es muss zu einer schnellen Überarbeitung des Reduktionsszenarios kommen. Es muss eine Festlegung geben, welche Maßnahmen sind in Bezug auf die Reduktion von CO₂ am effizientesten und in welchem Zeitraum sind sie verwirklichtbar. Und wie ist dieses Reduktionspotenzial erreichbar und finanzierbar. Wir brauchen das dringend, ohne diese Punkte wird es keine sinnvolle und nachhaltige Energiewende geben. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Ein zweiter wesentlicher Schwerpunkt für die Umweltpolitik ist bitte für mich sicherlich der Verkehrssektor. Auch der wurde heute schon ein paar mal angesprochen. Gerade auch im Bereich des Verkehrs sind wesentliche Einsparungspotenziale

im Hinblick auf Klimaschutz vorhanden. Aus einer Studie, die vom VCÖ erstellt wurde ist ersichtlich, dass sich das Transportaufkommen mit den neuen Mitgliedstaaten im Straßenverkehr bis 2015 verdreifachen wird. Ich meine, es wird nicht sehr deutlich sichtbar sein, bitte, (*zeigt Tabelle*) wir sehen ein gewaltiges Anwachsen in Richtung Slowakei, Tschechien, Ungarn, gewaltige Balken die da sind und hier ist dringender Handlungsbedarf bitte gegeben. Und zwar in eine ganz bestimmten Richtung. Ich sage das ganz bewusst. Auf der Straße wird sich das nach den Prognosen verdreifachen. Das heißt, wir haben dringenden Handlungsbedarf im Bereich des Schienenverkehrs. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich komm' schon darauf. Es geht darum, bitte, eine umweltgerechte Verkehrspolitik zu betreiben. und da hat sich die SPÖ schon immer dazu bekannt. (*Abg. Dr. Krismer: Nein!*)

Das werdet ihr uns nicht nachweisen können.

... dass es zu einer Verlagerung von der Straße auf die Schiene kommen muss. Dazu muss es bestimmte Maßnahmen geben. Ob diese Maßnahme unbedingt darin bestehen muss eine Privatisierung zu betreiben, das möchte ich jetzt grundsätzlich einmal dahingestellt sein lassen. (*Abg. Mag. Fasan: Wettbewerb!*)

Ja, ich sage ja, einen Wettbewerb soll es geben, okay. Aber viel wichtiger als die Privatisierung, die hier gefordert wird, ist es doch, dass wir schauen, dass wir die notwendige Schieneninfrastruktur bereit stellen. Ist es doch dass wir schauen, dass wir Terminals für den Güterumschlag errichten und bauen. Und ist es doch, dass wir auch eine Verbesserung des sekundären Straßen- und Schienennetzes haben. Und dass wir nicht dem Motto folgen Schließen, sondern dass wir dem Motto folgen Ausbauen und Modernisieren! (*Beifall bei der SPÖ und den Grünen.*)

Meine Damen und Herren! Es ließe sich noch vieles hier anbringen zur Umweltpolitik. Ich möchte aber abschließend eines noch kurz feststellen, weil der Herr Landesrat auch jetzt da ist passt das sehr gut. Er hört eh alles.

Es hat eine Aussendung vom 15. Jänner 2004 von der NÖ Landeskorespondenz gegeben. Da hat man Stellung genommen zur Frage: Wie schätzt der Bürger Niederösterreichs die Umweltsituation ein? Ich finde es ja für das Ego von Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka natürlich schön dass das Ergebnis der Befragung ist, dass die Bevölkerung mit der Umweltsituation in Niederösterreich zufrieden ist. Aber ich behaupte heute, dass es nicht der Tatsache entspricht. Die Zufriedenheit ist

schon da. Aber die Umweltsituation in Niederösterreich ist nicht so gut, wie die Zufriedenheit der Bürger ist. Zufriedenheit bedeutet sehr leicht Untätigkeit und das wäre für Niederösterreich fatal. Ich unterstelle nicht, dass hier Untätigkeit vorliegt. Aber ich sage nur, bedeutet sehr oft. Und daher ist es notwendig, eben hier gerade auf diesem Sektor sehr, sehr engagiert weiter zu tun. Umweltschutz wird festgestellt in dieser Aussendung, wird als vernetztes Thema gesehen.

Ich halte diese Vernetzung für besonders wichtig und glaube, dass auch gerade hier noch sehr viel mehr Verbesserungspotenzial liegt. Natürlich sind Aktionen, die dem Einzelnen die Möglichkeit geben sich aktiv zu beteiligen sehr, sehr wichtig. Es ist heute schon erwähnt worden die Aktion Natur im Garten. Oder der Kater Murli und Schnurli usw. Sie haben ihre Bedeutung. Aber, auch das möchte ich, auch wenn es auch schon erwähnt worden ist, noch hinzufügen, diese Aktionen dienen doch auch immer ein bisschen, das Image von Herrn Landesrat Mag. Sobotka im Bereich des Umweltschutzes aufzupolieren.

Dass Mülltrennung und Müllvermeidung von 35 Prozent als wichtige Aufgabe im Umweltbereich erkannt wird ist zwar schön. Aber ich denke, nach 10 Jahren Aufklärungsarbeit, nach 10 Jahren Aufklärungsarbeit ist das keine berauschende Erfolgsquote. Wenn man 10 Jahre Aufklärung betreibt in diese Richtung dann würde ich sagen, dann müssten, wenn nicht 100 Prozent, zumindest 80 oder 90 Prozent der Niederösterreicher überzeugt werden oder überzeugt sein, dass das ein wichtiges Thema ist. Die Bevölkerung ist zufrieden steht drinnen, und wir haben das Potenzial, die Situation noch zu verbessern. Herr Landesrat, machen Sie sich an die Arbeit. Nutzen Sie das vorhandene Potenzial zum Wohle unserer Umwelt!

Meine Damen und Herren! Wir werden den Umweltbericht zur Kenntnis nehmen obwohl wir mit der Umweltpolitik in Niederösterreich nicht in allen Facetten einverstanden sind.

Und zum Antrag der Grünen zusammen mit der ÖVP darf ich feststellen, dass wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden. Ich darf aber auch festhalten, dass wir einen Antrag der noch weiter hinausgehend ist mit einer sehr ähnlichen Thematik sich beschäftigt, bereits seit einigen Wochen hier eingereicht haben, er aber bisher noch keiner Behandlung zugeführt wurde. Wir würden uns freuen, wenn das auch in der nächsten Zeit geschehen würde. Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Heuras zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Grünen und vor allem die SPÖ, Mag. Leichtfried und Mag. Fasan haben den Bericht sehr stark kritisiert. (*Abg. Mag. Leichtfried: Nicht den Bericht!*)

Die Grünen stimmen ihm nicht zu und du hast die Umweltpolitik des Landes kritisiert, okay, nicht den Bericht, die Umweltpolitik des Landes. Es ist aber schon ein bisschen eigenartig, Kollege Mag. Leichtfried, hier zu sagen, 60, 70, 80 Prozent der Niederösterreicher sind mit der Umweltpolitik zufrieden, sehr zufrieden bis gut zufrieden, und dann zu behaupten, die irren. Weil du sagst, eigentlich liegen sie falsch, weil sie die Umweltpolitik besser beurteilen als sie ist. Aber man kann doch die Menschen nicht für dumm verkaufen. Wenn 60, 70 Prozent sagen die Umweltpolitik ist gut, dann sollten wir das schon zur Kenntnis nehmen und die Leute ernst nehmen. Das möchte ich dir also schon sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Grünen lehnen diesen Bericht ab und sagen, sie stimmen ihm nicht zu. (*Abg. Mag. Leichtfried: Wenn du geschaut hast was die unter Umweltpolitik verstehen. Das wird hauptsächlich auf Abfall bezogen und ist aber sehr unterschiedlich in den Prozentsätzen!*)

Nein, das ist aufgelistet. Ich habe es mir gerade noch kurz angeschaut. Das ist aufgelistet von der Natur im Garten bis zum Abfall, vom Wasser bis zum Wohnen. Da gibt's sehr detaillierte Abfragen und die sind, glaube ich, schon in Ordnung.

Was die Grünen betrifft, sie stimmen diesem Bericht nicht zu und der wird vollkommen ignoriert offensichtlich. Und ich frage mich schon, entweder wird er wirklich ignoriert oder man hat ihn nicht gelesen. Denn eines fällt mir schon auf: Immer die niederösterreichische Politik schlecht zu machen und damit natürlich auch das Bundesland Niederösterreich ist nicht dazu angetan den Menschen Mut zu machen. Ich sehe meine Aufgabe als politischer Mandatar auch darin, den Menschen zu helfen, ihnen Mut zu geben und Mut zu machen bei der Bewältigung unserer Zukunft. Und wer pausenlos derartig verunsichert wie ihr das macht, und mit dieser Verunsicherung pausenlos auch Ängste erzeugt ... (*Unruhe bei den Grünen.*)

Also das passiert hier schon. Und vor allem auch gerade von dir. Da brauchen wir ja gar nicht reden.

Wer pausenlos diese Ängste erzeugt, der untergräbt in Wahrheit die Lebensqualität. Und wir, und vor allem unser Landesrat für Umwelt Mag. Sobotka, wir stehen dafür den Menschen mehr Lebensqualität zu geben. Sie ihnen nicht zu nehmen indem wir ihren Mut untergraben, sondern die Lebensqualität zu stärken durch Maßnahmen im Umweltbereich die unter einer Prämisse stehen. Und das zieht sich wie ein roter Faden durch den Umweltbericht. Diese Prämisse heißt Nachhaltigkeit. Und ich sage Ihnen jetzt in einigen Beispielen diese Prämisse Nachhaltigkeit wo man sie im Umweltbericht findet. Eine Nachhaltigkeit im Sinne eines vernünftigen Umgangs mit unseren Ressourcen und eine Nachhaltigkeit im Sinne der nächsten Generation. Und ich sage ein paar Beispiele dazu.

Im Wirtschaftsbereich: Inzwischen sind 74 Betriebe EMAS-zertifiziert. Das ist eine hohe und gute Zahl. Wohnen. Die neue ökologische Wohnbauförderung, und sie ist heute noch kaum angesprochen worden, zählt zu den Musterbeispielen einer ökologischen Wohnbauförderung. Ganz Europa blickt auf dieses Vorreitermodell des niederösterreichischen Fördermodells und wir liegen damit im Spitzenfeld. Was Dämmung betrifft, was Energieressourcen betrifft, was die Fördermaßnahmen betrifft und vor allem was die Energiekennzahl dieses neuen Modells anlangt.

Ganz zu schweigen von der Solarförderung. Inzwischen gibt es 10.600 in fünf Jahren. 10.600 geförderte Solaranlagen, 2.150 Hackschnitzelanlagen, 1.400 Pelletsheizungen die gefördert wurden und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, auch bei diesen ganzen alternativen Heizungsmöglichkeiten und Energiemöglichkeiten.

Zu dem großen Vorwurf übrigens, dass der Umweltbericht im Jänner 2004 für das Jahr 2002 vorgelegt wird, das gebe ich schon zu, das erscheint wirklich sehr spät zu sein. Ich sage „erscheint“, ganz bewusst. Eines sollte man dabei schon auch wissen. Dass normalerweise dieser Umweltbericht im Halbjahr danach fertig ist und dass man die Aufgabe zu erfüllen hat 50 Abteilungen zu koordinieren, 50 Layouts zusammen zu führen, zu vereinheitlichen und aus 50 Berichten einen zu machen. Und ich sage noch einmal, normalerweise ... (*Abg. Mag. Fasan: Das ist im EDV-Zeitalter ein großes Problem!*)

Lass mich ausreden! Normalerweise liegt er ein halbes Jahr später vor. Diesmal, und das ist dir vielleicht neu, und das ist vielleicht neu auch für dich, diesmal hat man versucht, sogar auf Bezirksebene herunter zu brechen, alle Bezirksergebnisse hineinzuverpacken in diesen Umweltbericht. Und da muss ich dir ganz ehrlich sagen, das ist eine

Arbeit, die ganz einfach länger dauert, aber wesentlich mehr Transparenz bringt, wesentlich mehr Bürgerfreundlichkeit bringt und vor allem auch den Menschen in den Bezirken zeigt wie der Bezirk in diesem Bericht liegt. Und so gesehen muss ich ganz offen sagen ist natürlich eine längere Zeit unausweichlich.

Und eine zweite Bemerkung dazu, und das ist ja auch bekannt, dass ein großer Umweltbericht einmal in der Legislaturperiode vorgelegt wird und der ist gerade in Ausarbeitung weil er für das Jahr 2003, dieser große Umweltbericht, erstellt wird. Und der wird dann erstens früher und zweitens diesen großen einheitlichen Bericht dieser Legislaturperiode darstellen. Soviel nur zu der Kritik weil du sagst dass das Ganze nicht aktuell gewesen sei.

Ich darf kurz fortsetzen und komme zum Verkehr. Du hast gesagt 55 neue Orte wurden angeschlossen an den öffentlichen Verkehr und an das öffentliche Verkehrsnetz. Das stimmt. Das ist eine beachtliche und stattliche Zahl. Und der Präsident des GVV der ÖVP in Niederösterreich, Präsident Mag. Riedl hat sich mit aller Vehemenz dafür eingesetzt, dass diese Linien bestehen bleiben können und nicht durch Rücknahme von Geldern des Bundes in Gefahr kommen. Daher dieser Resolutionsantrag, der ja auch von euch hier offensichtlich eingebracht wurde und unterstützt wird und daher auch unsere Forderung. Im Sinne des Nahverkehrs der ländlichen Gemeinden - genau die brauchen diese Aktion, genau dort kann ich es nicht gewinnbringend machen - im Sinne dieser Gemeinden den Bund aufzufordern, von den 50 Prozent Förderung nicht abzuweichen und abzugehen.

Zum Wasser noch einen Satz. Es wird kritisiert, dass im Umweltbericht 2002 das Wasser oder das Jahr des Wassers nicht zur Sprache kommt. Also das verstehe ich nicht. Wenn das Jahr des Wassers 2003 stattfindet und dieser Bericht zum Jahr 2002 ausgerichtet ist, dann geht das hinten und vorne nicht. Also ich glaube, diese Kritik ist für mich nicht nachvollziehbar.

Und gleichzeitig zu sagen, lieber Kollege Mag. Fasan, Umweltshow oder Politshow des Landeshauptmannes daraus zu machen aus dem Jahr des Wassers würde ich mir auch nicht trauen. Weil ich an deiner Stelle schon zuerst abgewartet hätte was denn in diesem Umweltbericht 2003 drinnen steht, der auch das Jahr des Wassers beinhaltet.

Und zum Ozon vielleicht noch einen Satz. Es ist dir aber schon bekannt, weil du gesagt hast 2003 hohe Ozonbelastung durch den heißen Sommer. Also eines ist schon erfasst statistisch: Die

Ozonbelastung war 2003 durch den heißen Sommer nicht nennenswert größer. Eines war allerdings: Durch die Erhöhung der Werte der wahren Werte und der Schwellwerte seit 1. Jänner 2003 wurde ganz einfach öfter die Vorwarnstufe ausgelöst und die Informationsschiene ganz anders dem Bürger dargelegt. Es hat aber nichts damit zu tun dass die Ozonbelastung an sich größer ... (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Nein. Also das ist nachlesbar und nachweisbar und kann daher auch korrigiert werden.

Was mich besonders nachdenklich stimmt, Kollege Mag. Fasan, ist deine Kritik an den Klimabündnisgemeinden. Ich sage dir ganz ehrlich, dort arbeiten Gemeinderäte, Freiwillige, Umweltschützer, die sich Sorgen machen in ihrer Gemeinde unentgeltlich in vielen, vielen Stunden um das Umweltprogramm ihrer Gemeinden zu verbessern. Mit ihrem Ziel den CO₂-Ausstoß herunterzuführen. Mit vernünftigen Maßnahmen des Dämmens, des Verkehrs, der Bewusstseinsbildung ganz wesentlich. Und sich herzustellen und zu sagen, das greift alles nicht, also ich würde mir das als einer der dort als Aktivist teilnimmt und die Klimabündnisgemeinde ernst nimmt nicht so sagen lassen. Hut ab vor diesen Menschen die sich hier engagieren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und eine Zahl noch: 900.000 niederösterreichische Bürger leben in Klimabündnisgemeinden. Das sind 58 Prozent der niederösterreichischen Bevölkerung. 58 Prozent der Niederösterreicher sagen, wir bekennen uns dazu, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren durch Dämmmaßnahmen, Verkehrsmaßnahmen, Maßnahmen in den Schulen usw. Das ist die Mehrheit der niederösterreichischen Bevölkerung die uns an diesem Ziel unterstützt, den CO₂-Ausstoß ganz bewusst durch konkrete Maßnahmen zurückzuführen. Die Liste ließe sich verlängern.

Natur im Garten. Eine hervorragende Aktion, die andere Bevölkerungsgruppen trifft um breit das Umweltthema in der niederösterreichischen Bevölkerung zu erfassen. die „NÖLI“-Aktion, eine mehr als gelungene Aktion.

Und die Kritik, Kollege Waldhäusl, an den Müllverbänden. Ich gebe dir einen guten Rat. In einem guten Jahr ist Gemeinderatswahl. Da kannst du dafür sorgen, dass in Zukunft auch die Freiheitlichen wieder in den Müllverbänden sind. Ich habe nur die Angst das funktioniert nicht. Du hast uns gewarnt vor irgend einer fernen Zukunft wo wir uns noch anschauen werden, die Schwarzen und die Roten. Wir werden uns vor diesem Abstieg noch anschauen hast du gesagt. Ich weiß, du sprichst

aus Erfahrung. Ihr habt das schon hinter euch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir bemühen uns die Stimmen der Bürger zu finden. In diesem Sinne wollte ich nur einige Punkte aus dem Umweltbericht herausnehmen um zu zeigen, wie breit die niederösterreichische Umweltpolitik vor uns liegt, welche Bereiche sie erfasst und wie engagiert unter der Federführung unseres Landesrates hier die NÖ Bevölkerung im Sinne der Nachhaltigkeit in die Zukunft geführt wird durch ein Bündel von hervorragenden Maßnahmen. Und daher werden wir selbstverständlich gerne diesem Bericht 2002 unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Die nächste Wortmeldung liegt von Herrn Mag. Fasan vor. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Mag. Heuras, wir sollten es uns nicht zur Angewohnheit machen einen Vorredner völlig falsch, ich behaupte sogar bewusst misszuinterpretieren. Das widerspricht den guten Sitten des Hohen Hauses. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich lass mir nicht unterstellen, dass ich die Klimabündnisse ... *(Unruhe bei der ÖVP.)*
Ihr wisst noch gar nicht was ich sage. Mir zu unterstellen, ich hätte die Klimabündnisgemeinden kritisiert, das ist wirklich falsch. Ich bitte das Wortprotokoll am besten möglichst gleich dem Kollegen Mag. Heuras zukommen zu lassen dass er die Stelle heraussucht. Im Gegenteil! Ich habe das Klimabündnis positiv bewertet, ich habe die Bemühungen sehr hoch geschätzt. Ich komm' immer wieder mit dem Herrn Landesrat zusammen wenn er ein Klimabündnis bei Gemeinden unterstützt. Ich arbeite mit Klimabündnismenschen zusammen, mit Leuten die hier tätig sind. Ich leide gemeinsam mit Ihnen weil nicht mehr weiter geht und weil wir die Klimabündnisziele nicht erreichen. Und ich leide mit Ihnen gemeinsam weil wir das Klima nicht einmal im Trend, in der Tendenz die Ziele des Klimabündnisses erreichen. Wir entfernen uns mehr vom Klimabündnisziel als dass wir es erreichen. Und das misszuinterpretieren und zu sagen, ich wäre gegen diese gutwilligen Gemeinden, das ist, also ich würde einmal sagen sehr, sehr perfide.

Das einzige was ich mich im Zusammenhang mit dieser Debatte, was ich für noch bedenklicher halte ist die Vorgangsweise eines AHS-Lehrers, eines Mittelschulprofessors, der Landtagspräsident ist und der die eigene Geschäftsordnung offensichtlich nicht kennt.

Sie sind jetzt nicht, Herr Mag. Freibauer, Sie sind jetzt nicht am Präsidentenpult, ich darf Ihnen schon die Geschäftsordnung zur Kenntnis bringen dieses Hauses. § 59 tatsächliche Berichtigung. Da steht: Wenn sich im Laufe einer Debatte ein Abgeordneter zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort meldet, hat ihm der Präsident in der Regel sofort, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners spätestens aber vor dem Schlusswort des Berichterstatters das Wort zu erteilen. Absatz 2: Eine tatsächliche Berichtigung darf die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten. 3. Eine Erwiderung auf eine tatsächliche Berichtigung ist nur dann zulässig wenn es sich um eine persönliche Angelegenheit des sich meldenden Abgeordneten handelt. Auch sie darf 5 Minuten nicht unterschreiten. 4. Ausnahmsweise kann der Präsident nach eigenem Ermessen einem Redner auf dessen Ersuchen die für eine tatsächliche Berichtigung oder Erwiderung darauf eingeräumte Redezeit erstrecken. Und dann kommt die Erläuterung.

In Niederösterreich kann jeder tatsächlich berichtigen der von der Materie etwas versteht wie ihre wörtliche Aussage war, Herr Kollege Mag. Freibauer. Also das ist wirklich eines Präsidenten, ich sage das nicht in Ordnung für einen Präsidenten. Und ich werde mir gut überlegen wie die Geschäfte dieses Hauses und die Präsidentschaft dieses Hauses zu führen ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Ich frage ob der Berichterstatter ein Schlusswort wünscht.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Geschätzte Damen und Herren! Ich darf eine sachliche Berichtigung anbringen. Entgegen der Aussage des Herrn Abgeordneten Mag. Fasan, es würden im Umweltbericht keinerlei nichts über das Wasser drinnen stehen, lediglich über die Nitratinformationsdienste. Es ist nicht der Fall. Auf fünf Seiten sind in 23 Punkten Berichte der Abteilung Wasserwirtschaft angeführt. Angefangen vom Trinkwasserkonzept mit Rat, Informationsdienst, Rahmenplan Kleinwasserkraftnutzung, Freiland-schweine, Wasserwirtschaftliche Auswirkung, Überprüfung der Gewässeraufsicht usw. Dies zur Berichtigung.

Zweiter Präsident Sacher: Damit kommen wir nun zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Umwelt-Ausschusses, Ltg. 112/B-15:)* Das ist die Stimmenmehrheit. Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen!

Ich komme zum eingebrachten Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Fasan und Mag. Riedl betreffend Budgetkürzungen im öffentlichen Personennahverkehr. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Einstimmigkeit. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Es liegt eine Wortmeldung des Herrn Klubobmannes Mag. Schneeberger zur Geschäftsordnung vor. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich auf die Wortmeldung eines Landtagsabgeordneten in der Aktuellen Stunde und meine, dass sie dieses Hauses unwürdig war und beantrage die Unterbrechung der heutigen Sitzung für eine Abhaltung der Präsidiale.

Zweiter Präsident Sacher: Dieser Antrag steht zur Abstimmung. Es ist ein Antrag des Klubobmannes und ich folge diesem Antrag. *(Nach Abstimmung:)* Das ist die Mehrheit. Die Sitzung ist bis auf weiteres unterbrochen. *(Unterbrechung der Sitzung von 15.28 Uhr bis 15.49 Uhr.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich ersuche alle Abgeordneten wieder ihre Plätze einzunehmen. Nach dieser Sitzungsunterbrechung hat Mag. Ram um die Erteilung des Wortes gebeten. Ich erteile ihm das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Da wir ja beim Tagesordnungspunkt 1 ein bisschen eine Diskussion gehabt haben was dann zu einer Präsidiale geführt hat, möchte ich hier klar und eindeutig feststellen, dass für die Fraktion der Freiheitlichen im NÖ Landtag selbstverständlich Niederösterreich eine Demokratie ist und unser Herr Landeshauptmann dementsprechend auch demokratisch gewählt und daher auch legitimiert ist.

Zweiter Präsident Sacher: Damit können wir mit der Tagesordnung weiter gehen. Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 165/B-1 und Ltg. 164/B-2 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher Herrn Abgeordneten Grandl zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 165/B-1 und danach zu Ltg. 164/B-2 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Grandl (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzter Landtag! Ich darf Ihnen zum Landtagsgeschäftsstück 165/B-1 folgendes berichten. Es handelt sich dabei um den Sammelantrag des Rechnungshof-Ausschusses über die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes. Dieser Bericht beinhaltet das Abfallwirtschaftsgesetz, die Kassengebarung des Landes Niederösterreich, die Aus- und Weiterbildung von NÖ Landesbediensteten, das Regionale Innovationszentrum der NÖ Holding GesmbH, die Zistersdorfer Landesberufsschule und den Verein Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Ich darf diesbezüglich den Herrn Präsidenten um die Einleitung der Debatte und der Abstimmung bitten.

Und zum zweiten Punkt, Ltg. 164/B-2/2, berichte ich über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes welcher folgende Themen beinhaltet: Land- und forstwirtschaftliche Förderung, Gemeindeaufsicht, Donau-Universität Krems, Energieförderungsmaßnahmen, Austria Ferngas GmbH Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft, RAMSAR-Konvention, Mödling-Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Auch diesbezüglich darf ich den Antrag stellen des Rechnungshof-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung des Landes Niederösterreich; Mödling – Stadtplanung und Stadtentwicklung *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung des Landes Niederösterreich; Mödling – Stadtplanung und Stadtentwicklung wird zur Kenntnis genommen.“

Auch diesbezüglich darf ich den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Danke für die Berichterstattung zu diesen beiden Punkten und eröffne gemeinsam zu diesen beiden Punkten die Debatte. Zuerst ist Herr Abgeordneter Erber zu Wort gemeldet.

Abg. Erber (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem schon beim Tagesordnungspunkt 1 über Kontrolle gesprochen worden ist, kommen wir jetzt zu den Prüfberichten des Landesrechnungshofes und des Rechnungshofes. Ich möchte hier, weil schon über die Qualität der Kontrolle auch gesprochen wurde, auch als Mitglied des Rechnungshof-Ausschusses bemerken, dass ich glaube, dass es eine hervorragende Arbeit ist die hier in diesem Rechnungshof passiert. Ich glaube, dass es auch sehr effizient passiert mit dem Einsatz von durchaus nicht übertriebenen Mitteln und trotzdem in einem Umfang und in einer Qualität die sich sehen lassen kann sodass sie auch verständlich widergegeben wird und dass es tatsächlich eine Grundlage ist um hier die Kontrolle stattfinden zu lassen.

Vielleicht zum Ersten, zur Landesberufsschule in Zistersdorf. In diesem Bericht wurde im großen und ganzen keine Stellungnahme nicht zur Kenntnis genommen. Es wurden Anfügungen gemacht. Die Landesregierung hat zugesagt, die Kritiken einzubauen in der Zukunft. Was vielleicht hervorhebenswert ist ist die hohe Schüleranzahl mit 918, wobei 847 auch im Heim untergebracht waren, bezogen auf das Schuljahr 2002/2003.

Ich möchte besonders erwähnen die Zusammenarbeit mit Handwerk und Industrie, weil gerade Private Public Partnership ein sehr geflügeltes Wort ist das in der Vergangenheit große Bedeutung erlangt hat. Ich glaube es gibt kaum eine Schule die das so pflegt wie die Landesberufsschule in Zistersdorf und deshalb möchte ich das besonders erwähnen.

Zum Zweiten, und ich glaube auch das ist zukunftsweisend die Zusammenarbeit mit den künftigen EU-Beitrittsländern. Dort konnten bereits jetzt Kontakte aufgebaut werden, die auch nach der Erweiterung Gültigkeit haben und die vielleicht die ersten Voraussetzungen sind für ein künftig gemeinsames Werken und vielleicht auch für eine künftig gemeinsame Wirtschaft.

Ich glaube, dass es hier einer Bildungseinrichtung, einer Landesberufsschule gelungen ist, wirklich als Vorbild voranzugehen. Dadurch sicher auch entstanden ist ein tatsächliches Kompetenzzent-

rum, ein zukunftsweisendes Kompetenzzentrum in Bereichen Sanitär-, Heizungs- und Lüftungstechnik.

Wenn ich schon Europa angesprochen habe möchte ich hier auch die Sinnhaftigkeit bei den Finanzen ansprechen. So wurde bei der Geräteanschaffung eine EFRE-Förderung in Höhe von Euro 750.000 erreicht. Ich glaube auch das unterstreicht die gesamteuropäische Bedeutung dieser Landesberufsschule.

Zum Nächsten möchte ich ansprechen den Verein Niederösterreich und Wien, gemeinsame Erholungsräume. Gegründet 1974 zur Koordination der Bundesländer Niederösterreich und Wien. Ich denke gerade wenn es um Erholungsräume geht ist es sehr zukunftsweisend hier auch mit den Erholungssuchenden aus Wien eine Kooperation zu bilden. Verstärkt wurde die Vereinsarbeit 1987 durch die Wienerwald-Deklaration zum Schutz des Wienerwaldes wo auch umfangreiche Projekte bereits stattgefunden haben oder auch derzeit noch in Planung sind.

Die Finanzierung passiert hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge der Länder. Es wurde hier angesprochen auf Pünktlichkeit Rücksicht zu nehmen. Dies wurde auch zugesagt. Zusätzlich wurden die Förderungen zeitlich befristet bzw. die Förderzusagen. Das heißt, wenn eine Förderzusage passiert und dieses Projekt nicht binnen zwei Jahren tatsächlich auch umgesetzt wird, dass die Förderzusage erlischt und ein neuer Förderantrag erstellt wird. Im Großen und Ganzen auch dies ein Bericht der eigentlich von der guten Organisation durch die NÖ und Wiener Landesregierung Zeugnis legt.

Zum Dritten: Das Abfallwirtschaftsgesetz, und zwar die Nachkontrolle von 1998. Die Ergebnisse die 1998 vorgelegen sind wurden hier nachkontrolliert. Dabei hat sich ergeben, und auch das ist immer wieder eine Diskussion im Rechnungshof-Ausschuss dass nachkontrolliert werden soll und dass nicht dieselben Anmerkungen dann in den folgenden Berichten wieder angemerkt werden.

Dabei hat sich herausgestellt, dass sehr vieles von den Ergebnissen die 1998 eingebracht wurden erfüllt bzw. umgesetzt wurde. Einiges ist noch zum Umsetzen. Aber auch hier wurde von den zuständigen Stellen die Berücksichtigung zugesagt.

Interessant ist hier auch durchaus die Entwicklung der Altstoffmengen. Und zwar ist sie gestiegen von der Nachkontrolle um 32,3 Prozent. Wenn man sich das anschaut, das ist doch eine eklatante Steigerung, verglichen mit dem Beobachtungszeitraum von 1994 bis 1996. Es ist aber

auch interessant die Abfallmenge die gestiegen ist um 18,7 Prozent, das heißt das Gesamtaufkommen ist ebenso vermehrt gestiegen.

Interessant ist auch die vermehrte Eigenkompostierung und das wird auch angemerkt durch die Öffentlichkeitsarbeit. Ich bemerke das deswegen weil ich glaube, dass man damit eines unterlegen kann: Dass es sehr wohl Sinn macht auch Kampagnen zu starten, wie kann man Abfall vermeiden, wie kann man selbst kompostieren und wie kann man als Einzelner dazu beitragen Abfall zu vermeiden bzw. sinnvoll selbst zu entsorgen wie es bei der Eigenkompostierung gegeben ist. Und ich glaube, ein jeder kennt die Aktionen, die insbesondere auch Landesrat Mag. Sobotka als Umweltlandesrat hier eingebracht hat um tatsächlich Natur im Garten anzusprechen, um tatsächlich auch ökologisch mit den Abfällen umzugehen und einen Eigenbeitrag dazu zu leisten.

Vielleicht auch interessant bei den Fördervolumen. Die wurden auf 100.000 Euro gesteigert. Und zwar bedeutet das immerhin auch eine Steigerung um 30 Prozent. Auch hier ist es so, dass die Förderrichtlinien zeitlich befristet wurden.

Damit zum Aus- und Weiterbildungsbericht der Landesbediensteten. Ich glaube, dass es ein sehr spannender Bericht ist und ich glaube, dass es auch eines ausdrückt und das auch sehr klar angesprochen wird. Und zwar dass es in einer Verwaltung sehr wichtig ist, da man mit Menschen zu tun hat, den Landesbediensteten auf der einen Seite mit den Landesbürgern auf der anderen Seite.

Hier wurde auch als Ziel sehr klar angesprochen, dass Aus- und Weiterbildung einen sehr wichtigen, wenn nicht vielleicht sogar einen der wichtigsten Stellenwerte der Arbeit im Land Niederösterreich haben sollte. Und ich glaube, dass es tatsächlich so ist, dass natürlich hier jede Initiative sehr zu unterstützen ist. Weil mit der Zeit von 12,73 Stunden pro Mitarbeiter kann natürlich die Grenze noch nicht erreicht sein. Also ich glaube, dass das schon noch einiges mehr möglich wäre.

Ich möchte hier aber auch die tolle Zusammenwirkung oder die tolle Unterstützung der NÖ Landesakademie ansprechen, wobei hier in diesem Bericht auch angemerkt wurde wie sinnvoll es wäre, der Landesakademie eine Monopolstellung im Weiterbildungsbereich zuzusprechen. Wobei man dazu sagen muss, dass man von dem aber nicht letztlich überzeugt wurde und dies auch sehr klar von der Stellungnahme der Landesregierung zum Ausdruck gebracht wurde.

Ebenso wurde nicht bewertet die externe Arbeit bzw. die externen Seminare die Mitarbeiter des Landes Niederösterreich erbringen. Ich denke schon, dass das durchaus auch sehr sinnvoll wäre eine Bewertung einer externen Bildung stattfinden zu lassen und das irgendwo zu erheben um auch zu evaluieren, welche Bildung findet statt außerhalb des Landes oder außerhalb der Landesinstitutionen von Niederösterreich.

Ich möchte zum Schluss noch eines ansprechen, und zwar weil ich glaube, dass es sehr zukunftssträchtig ist, den Bereich E-Learning. Ich habe jetzt insbesondere beim Bildungs- und Heimatwerk einen Ansatz gefunden wo ich glaube dass der sehr zukunftsweisend ist. Und zwar das Anbieten einer Berufsreifeprüfung ausschließlich über das Internet. Ich glaube, für Niederösterreich hat E-Learning deswegen eine besondere Bedeutung, da wir auch sehr dünn besiedelte Gebiete haben. Und es ist oft sehr schwierig für die Bewohner des eher dünn besiedelten Raumes tatsächlich zu den Bildungseinrichtungen zu den angegebenen Zeiten hinzukommen. Deswegen sollten wir besonders hier auf diese hochmoderne Technologie setzen und tatsächlich auch das Internet nützen. Und ich glaube gerade dann wenn Breitband sich durchgesetzt hat oder flächendeckend angeboten wird, wird es möglich sein, dies noch effizienter zu tun.

Deswegen glaube ich, dass wir verstärkt uns dieses Themas E-Learning annehmen sollten weil es sicher eine Form der Zukunft ist, die Bildung für viele ermöglicht die heute vielleicht noch nicht darauf zugreifen können, weil sie zum einen vielleicht auch Betreuungspflichten haben neben der von mir bereits erwähnten schweren Erreichbarkeit der Bildungszentren, die sehr oft in eher städtischen Gebieten gegeben sind.

Alles in allem sind die von mir angesprochenen Berichte ein Zeugnis für eine sehr effiziente, für eine sehr gute Arbeit der Landesregierung. Und ich glaube auch ein Zeugnis dessen, das ja gut kontrolliert wurde und für die Zukunft Verbesserungen, und auch das sollte ein Grund des Landesrechnungshofes sein, dass eine Grundlage für künftige Verbesserungen geschaffen wurde. In diesem Sinne danke ich nochmal herzlich für die hervorragenden Berichte und wünsche in weiterer Folge dass wir noch ähnlich positive Berichte lesen können. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Mitglieder des NÖ Landtages!

Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen mich bei den Beamten des Landesrechnungshofes dafür zu bedanken dass die Berichte wieder sehr ausführlich sind. Und mein Vorredner hat gesagt ein guter Bericht. Ich würde sagen, wichtig ist dass kontrolliert wird, und das tun sie. Was jetzt wirklich gut und schlecht ist, ich würde es nicht so sagen. Weil ist der Bericht nur dann gut wenn etwas Negatives herauskommt oder nichts. Ich würde sagen, diese Berichte dieses Mal sind für uns Abgeordnete relativ leicht zu diskutieren, weil wirklich nicht sehr viele Kritikpunkte im Inhaltlichen hervorkommen.

Im Bereich der Landesberufsschule Zistersdorf kann man eigentlich wirklich überhaupt nichts Negatives feststellen. Beim Verein Niederösterreich-Wien gemeinsame Erholungsräume auch so. Beim Bericht Aus- und Weiterbildung vom NÖ Landesbediensteten, er hat die Stellung der Landesakademie, könnte man diskutieren, hat mein Vorredner auch aufgezeigt. Ein Bereich ist die Frage der Abwicklung der Honorare. Wie weit ist mit internen Referenten das wirklich in Ordnung und bei der Durchsicht dieser Stellenbeschreibung eben hat sich dann herausgestellt, dass die Abhaltung von Seminaren auf diesen Sachgebieten dann vielleicht doch Inhalt des Arbeitsprogrammes wäre und wie weit hier Referaten Gelder ausbezahlt werden sollten. Ich glaube, dass es gut ist, dass der Rechnungshof das auch aufzeigt und dass es hier in Zukunft zu einer Regelung kommt die sehr transparent ist und auch im Sinne der Beamten die auch hier Seminare ausführen, dann auch nachvollziehbar ist und dass es hier zu keinen negativen Meldungen kommen kann.

Beim Bericht der Kassengebarung des Landes Niederösterreich würde ich auch sagen, ein äußerst ordentlicher Bericht. Kleiner Kritikpunkt der mir aufgefallen ist, ist der Bereich bei den Bezirkshauptmannschaften, beim Vergabeverfahren über den Bereich der Finanzdienstleistung. Hier wurde nicht wirklich ordnungsgemäß dem Vergabeverfahren entsprechend entschieden. Und es erfolgte danach der Beschluss der NÖ Landesregierung, hat aber wahrscheinlich auf die Abwicklung in den Bezirkshauptmannschaften keinen negativen Einfluss genommen. Hat aber der Rechnungshof natürlich richtigerweise erkannt dass es hier formell falsch war und grundsätzlich auf eine formal korrekte Abwicklung von Vergabeverfahren zu achten ist.

Beim Bericht der Abfallwirtschaft-Nachkontrolle ist aufgefallen, dass hier speziell bei der Prüfung von einzelnen Förderungsfällen es zu Ungereimtheiten gekommen ist welche aufgeklärt wurden. Dass Gemeinden hier eine Förderung in Anspruch genommen haben die letztendlich nicht den Förderrichtlinien exakt entsprochen hat. Und dass ein Gewerbebetrieb eine Förderung zugesprochen bekommen hat die er laut Förderrichtlinie nicht in Anspruch nehmen hätte dürfen, da er bereits sein Fördervolumen der letzten Jahre ausgeschöpft hatte. Ich bedanke mich bei dieser Stelle auch bei Herrn Präsidenten Direktor Dr. Schoiber weil er mir blitzartig, mich hat interessiert um welchen Betrieb es sich hier handelt, auch zukommen hat lassen. Und ich daher feststelle, dass hier in diesem Rechnungshof bei diesen Berichten die wir hier vorliegen haben wirklich ordentlich gearbeitet wird und man auch jede Frage beantwortet bekommt. Das ist in anderen Dingen in der politischen Kontrolle leider nicht der Fall. Aber über das haben wir heute ja schon ausführlich diskutiert und hat zu kleineren Reibereien geführt über die ich natürlich heute nicht mehr sprechen möchte.

Nächster Bericht sind die regionalen Innovationszentren in Niederösterreich. Hier wurde das RIZ Nord, RIZ Niederösterreich Ost, Süd und West untersucht, wurde geprüft. Es wurde festgestellt, dass bei den Jahresabschlüssen der Regionalgesellschaften ohne einer vorherigen Abschlussprüfung die Generalversammlung zur Beschlussfassung aufgerufen wurde. Das ist natürlich ein Grund zur Kritik, denn ich würde sagen, das wird in jedem Sportverein ordentlicher gehandhabt und daher hat der Rechnungshof das auch richtigerweise aufgezeigt und wird auch in Zukunft nicht mehr der Fall sein.

Ebenso aufgezeigt wurde hier von der Abteilung dass, wenn in einem Gesellschaftsvertrag die Funktionsdauer von Aufsichtsräten mit 4. Februar 2000 endet, dass man das selbstverständlich das fristgerecht und zeitrecht auch nachholen müsste oder zeitgerecht die Sitzung dann so anberaumen sollte dass es hier zu einem ordnungsgemäß bestellten Aufsichtsrat kommen sollte. Es ist im Nachhinein dann geschehen, aber es war grundsätzlich nicht richtig.

Und die Empfehlung des Landesrechnungshofes betreffend dem RIZ Bucklige Welt-Ransdorf über die sinnvolle und wirtschaftliche Führung dieser Gesellschaft ist sicher kritisch. Aber ich glaube auch im Interesse der niederösterreichischen Steu-

erzähler wichtig, dass auch der Landesrechnungshof hier darauf hinweist, dass man die Steuergelder wirklich so sinnvoll und sparsam einsetzen soll wie es der Bürger von uns erwartet.

Im Wahrnehmungsbericht des Bundes wurden einige Dinge aufgezeigt. Auch hier nur ein kurzer Ausschnitt daraus. Es hat im Bereich der Gemeindeaufsicht auch hier der Rechnungshof festgestellt, und das freut mich persönlich gerade heute an einem Tag wo so viel über Kontrolle gesprochen wurde und Kontrolle ja immer wichtiger wird und auch die Bürger eine ordentliche Kontrolle wollen, hat auch der Bundesrechnungshof im Bereich der Gemeindeaufsicht festgestellt, dass es hier mit der Kontrolle, speziell bei Aufsichtsbeschwerden, also bei den Dingen wo sich Bürger, wo sich Gemeinderäte über die Vorgangsweise eines Bürgermeisters beschwerten, nicht wirklich das große Kontrollinstrument vorhanden ist.

Und er zitiert hier: Für vorsätzliche oder grobfahrlässige Verstöße von Bürgermeistern gegen ihre gesetzlichen Befugnisse sah die NÖ Gemeindeordnung keine eigenen Sanktionen vor. Und die Aufsichtsbehörde legte ihre Kontrollbefugnisse weiters eng aus. So wurden ihr gemeldete, aber mittlerweile jedoch sanierte Rechtsverstöße von ihr nicht weiter behandelt. Das heißt, es ist genau das wo wir auch immer kritisch aufzeigen wir Freiheitlichen, wenn was nicht in Ordnung ist dann muss man es sagen dürfen. Wenn der Bürgermeister was Ungesetzliches tut dann ist es wichtig dass wir das aufzeigen. Oder andere Kollegen auch. Und wenn er dann aber diesen Unrechtsbestand dann erledigt, weil wir eben aktiv werden, dann sagt die Aufsichtsbehörde, na gut, dann braucht man nichts mehr tun. Ich würde sagen, dass hier die Aufsichtsbehörde sehr wohl noch im Nachhinein einschreiten müsste damit das nicht wieder passiert. Weil sonst weiß der Bürgermeister ja ganz genau, ich kann das sowieso immer wieder machen. Weil geht's gut ist es in Ordnung, regt sich wer auf, passiert mir auch nichts, dann tu ich es wieder gut.

Warum diese Aufsichtsbehörde das wirklich so wahrnimmt, kann ich nur interpretieren aus meiner Sicht und ich würde halt sagen, weil die Aufsichtsbehörde halt ihren Bürgermeistern nicht weh tun möchte. Aber da sind wir wieder bei der Diskussion, wie weit ist in diesem Hause alles von ÖVP und SPÖ eingenommen und das möchte ich heute nicht mehr diskutieren wie weit die Aufsichtsbehörde hier eingenommen ist. Aber ich glaube, jeder der mitgedacht hat weiß sehr wohl was ich meine. Und der wird auch wissen, dass ich hier auch leider wieder Recht habe.

Bei der Donau-Universität Krems ist kurz angeführt, dass ein unabhängiges Controlling einzuführen wäre und das auch mit entsprechenden Rechten ausgestattet. Also auch das bestärkt mich wieder. Wir, die ständig Kontrolle fordern und für Kontrolle eintreten sind jetzt auch bestätigt schon ein paar Mal vom Bundesrechnungshof, weil auch dieser Rechnungshof sagt im Bereich der Gemeindeaufsicht oder auch hier im Bereich der Donau-Universität, Kontrolle ist wichtig.

Und daher bin ich nicht wirklich traurig darüber dass unsere Forderungen nach Kontrolle von euch nicht so wahrgenommen werden oder begrüßt werden, das verstehe ich schon. Aber wenn zumindest der Bundesrechnungshof diese Forderungen unterstützt, dann weiß ich mich in absolut guter Gesellschaft.

Im Bereich Energieförderungsmaßnahmen ist für mich wichtig der Punkt 5 der Schlussbemerkungen, weil es sich hier um finanzielle Auswirkungen handelt, dass zur Entlastung des Landeshaushaltes es gut wäre die gewerbliche Umweltförderung ehestmöglich in das Landesprogramm für die EU-Kofinanzierung aufzunehmen. Wir würden hier eine Kostenentlastung unseres Budgets erreichen und es ist eigentlich würde ich schon jetzt einmal so salopp sagen traurig dass der Bundesrechnungshof uns darauf aufmerksam machen muss dass wir hier Geld selber ausgeben dass wir von Brüssel bekommen könnten. Aber es ist halt so. Die, die relativ schnell ohne Wenn und Aber nach Brüssel wollen haben wissen dann nicht wie man das Geld abholt. Aber das möchte ich auch nicht weiter kommentieren.

Zum Abschluss: Die Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft, auch ein Formalfehler wie er immer wieder festgestellt wird. Aber ich kann da nicht darüber hinweg und möchte es noch abschließend festhalten, wenn bei Vorstandssitzungen nicht einmal Beschlussfassungsprotokolle gemacht werden. Da muss ich wieder sagen, bei jedem Briefmarkensammelverein, bei jedem Sportverein, bei jeder Freiwilligen Feuerwehr gibt es das. Und da haben wir eine Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft wo honorige Leute drinnen sitzen und der Bundesrechnungshof muss feststellen dass da nicht einmal Protokolle geführt werden, dann finde ich ist das wirklich traurig. Aber letztendlich sind alle Berichte eine Bestätigung für unsere Forderung von Kontrolle. Für unsere verstärkte Forderung von Kontrolle. Und wir werden auch heute hier diesbezüglich noch etwas darüber hören. Es wird der Kollege Mag. Fasan wird einen gemeinsamen Antrag einbringen den wir selbstverständlich unterstützen, wo

auch in schriftlicher Form unsere Forderung für diese Kontrolle gestellt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Wichtigste hat der Herr Präsident gerade gesagt, die Wortmeldungen bleiben sowieso in Neunkirchen, alles andere ist sekundär würde Abgeordneter Kautz jetzt sagen. Wie auch immer.

Ich darf zunächst auch feststellen, dass die Tätigkeit des Rechnungshofes, nämlich des Landesrechnungshofes, zunächst einmal für das Land äußerst gewinnbringend und äußerst sinnvoll ist. Und es sind immer wieder sehr, sehr interessante Berichte. Aber auch natürlich Berichte die schon aufzeigen wie groß die Bedeutung der Kontrolle in diesem Land, ich möchte sagen in jeder Verwaltungsbehörde, in jeder Verwaltungseinheit ist. Es ist ganz klar: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Misstrauen wäre eigentlich schlecht. Und ich behaupte ja in Wirklichkeit, dass gute Kontrolle eigentlich sehr vieles was hinterher als Misstrauen hervorkommen könnte verhindern kann. Insofern müssten eigentlich alle interessiert sein, dass die Kontrollinstanzen sehr gut funktionieren. Nun meine ich, dass der Landesrechnungshof als Kontrollinstanz der Verwaltung sehr, sehr gut funktioniert. Aber es ist schon richtig, dass die politische Kontrolle in diesem Land einige Defizite hat. Und wir werden hoffentlich gemeinsam daran arbeiten, den Landtagen auch diese Bedeutung in ihrer Kontrollfunktion zukommen zu lassen die sie verdienen und die sie in anderen Bundesländern auch haben.

Ich darf ganz kurz einen Streifzug durch einige Rechnungshofberichte machen. Zunächst einmal die Kassengebarung. Wir schließen uns natürlich den Empfehlungen des Rechnungshofes an. Und auch hier ist natürlich von Kontrolldefiziten die Rede. Und auch da sieht man wieder dass das eben ein Thema ist. Im Zusammenhang mit dem Abfallwirtschaftsgesetz meinen wir, wenn der Rechnungshof Mängel bei der Richtlinieneinhaltung, nämlich bei der Einhaltung der Richtlinien für die Förderungsgewährung feststellt, so ist das selbstverständlich in Ordnung. Selbst wenn man unterstellen kann, dass da vielleicht auch der gute Wille im Spiel war eben diesen Betrieb, es hat sich um eine Kompostieranlage gehandelt, möglicherweise sogar Klärschlamm. Es muss ja nicht jeder Klärschlamm so kompostieren wie ein ehemaliger

Umweltlandesrat dieses Hauses oder die Söhne. Es gibt ja auch positive Klärschlammkompostierung wenn sie fachgerecht gemacht wird. Und wenn man so einen Betrieb fördert ist dagegen nichts zu sagen. Und wenn da der gute Wille ein bisschen mitspielt und man halt dann die Richtlinien nicht ganz genau einhält, dann ist es zumindest weniger tragisch als wenn nämlich die Verrechnungsvorschriften nicht eingehalten werden. Denn da meinen wir schon das sollte eigentlich bekannt sein und das kann kein so großes Mirakel sein da vorschrittskonform vorzugehen.

Was die Aus- und Weiterbildung der Landesbediensteten betrifft, da meinen wir schon, das ist ein ganz wichtiger Bericht in Wirklichkeit. Weil es geht ja hier auch um die Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer. Es geht auch um die Möglichkeiten, und es geht letztlich auch um die Möglichkeiten, wie das Personal dieses Landes sich weiterbilden, sich schulen kann zum Wohl dieses Landes.

Und wenn man hier sieht, dass diese Situation unbefriedigend ist und teilweise vorschrittswidrig dargestellt wird in dem Bericht und ich zweifle nicht an diesem Bericht, dann meinen wir gibt's hier Defizite und wir ersuchen schon den Herrn Personalreferenten, den Herrn Landeshauptmann, sich diesen Dingen zu widmen. Denn letztendlich ist auch das etwas, ich sage es jetzt einmal mit den Worten des Herrn Landeshauptmannes, was man als Dienst an der Familie Niederösterreich bezeichnen könnte. Und da hat vielleicht der Familienpapa die eine oder andere Situation in der Nachholbedarf besteht.

Was ich anmerken möchte oder zu- und anregen möchte dazu das ist neben der Weiterbildung auch etwas was mir immer wieder auffällt in manchen harten Berufen, beispielsweise in Sozialberufen wo ich glaube, dass die Bediensteten des Landes im Zusammenhang mit der Jugendwohlfahrt etwa oder auch im Zusammenhang mit anderen Bereichen der Sozialarbeiter hervorragende Arbeit leisten. Ich würde mich sogar zur Behauptung versteigen dass so etwas wie neuerlich in Salzburg passiert ist in Niederösterreich nicht passieren könnte. Weil es hier nämlich eine funktionierende Jugendwohlfahrt gibt mit ausgezeichnet geschultem Personal. Aber ich rege an, diese Leute brauchen Supervision, diese Leute brauchen Unterstützung. Das ist keine Kleinigkeit wenn man drauf kommt dass sich eine Mutter umgebracht hat weil beispielsweise das Kind vom Gericht durch Beschluss dem Vater zugesprochen wurde. Und das ganze Konzept das sie gemeinsam mit den Bediensteten der Jugendwohlfahrtsabteilung erstellt und erarbeitet hat nicht aufgegangen ist. Solche Fälle gibt

es. Und das muss man als Sozialarbeiterin einmal durchstehen. Und hier meine ich, dass das Land dringend gefordert wäre, seine Supervisionsangebote an das Personal im Zusammenhang mit der Jugendwohlfahrt zu verbessern.

Was die RIZ-Holding betrifft habe ich schon eine zynische Bemerkung. Meine Damen und Herren! Die Regional-Innovationszentren sind doch so etwas wie das Flaggschiff oder die Flaggschiffe der Regionalpolitik in Niederösterreich. Und wenn diese Flaggschiffe ins Trudeln kommen, dann ist das schon bedenklich. Es stellt der Rechnungshof fest es gibt keine Synergien zwischen ECO-PLUS und RIZ-Holding. Es stellt der Rechnungshof fest, das Land schadet sich in gewisser Hinsicht selbst wenn es das gesamte Stammkapital aufbringt aber nur 55 Prozent davon inne hat und, und das scheint mir eigentlich das Bedenklichste zu sein, dass es keine Strategie für die UnternehmerInnenförderungen gibt. Und das halte ich schon für bedenklich. Weil dann fragt man sich nach welcher Strategie geht das Land hier vor. Und jetzt sehe ich vor meinem geistigen Auge den Herrn Landeshauptmann wie er so einen Betrieb eröffnet oder wie er eine neue Anlage eröffnet oder wie er ein Band durchschneidet wenn ein neuer Industriebetrieb eröffnet wird. Ein Stehsatz des Landeshauptmannes ist in dem Zusammenhang Klarheit schafft Sicherheit. Nein, er sagt Klarheit durch Mehrheit schafft Sicherheit. Und das ist offensichtlich die Standortpolitik in Niederösterreich. Ist das das Unternehmenskonzept von Niederösterreich? Die ÖVP hat bei uns eine absolute Mehrheit und deshalb ist es gut für alle Unternehmer wenn sie sich hier ansiedeln. Ist das das Förderungskonzept der Wirtschaftspolitik der Landesregierung? Genügt das als Klarheit oder ist es nicht für junge Unternehmerinnen und Unternehmer auch besser tatsächlich wirtschaftliche Kriterien zu erarbeiten nach denen vorgegangen wird, nach denen sich die Leute richten können. Ich halte das für viel, viel wesentlicher als dass man bei jeder Betriebseröffnung oder bei jeder Standorteröffnung seine absolute Mehrheit hinausposaunt. *(Beifall bei den Grünen. - Zwischenruf: Das ist eine Missinterpretation!)*

Das kann schon sein dass das eine Missinterpretation ist, aber, das mag schon sein dass das eine Missinterpretation ist. Aber wenn es so ist, dann frage ich mich wo ist das Unternehmenskonzept, wo ist das Wirtschaftskonzept, wo ist das Förderungskonzept für Unternehmerinnen und Unternehmer wenn der Rechnungshof feststellt es fehlt. Wo ist es dann? Hörst halt einmal dem Herrn Landeshauptmann zu wenn er so redet. Man kommt nämlich drauf dass er immer dasselbe sagt. Und daher sage ich, möglich, das ist in Ordnung, nichts

dagegen zu sagen. Ich bin der Letzte der dem Herrn Landeshauptmann seine Reden vorschreibt. Aber ich meine, man sollte wenn diese Strategie tatsächlich fehlt wie der Rechnungshof feststellt, dann sollte man zumindest darüber reden. Dann sollte man zumindest darüber reden was dann die Kriterien sind nach denen das Land hier vorgeht. Was dann die wirtschaftliche Klarheit vorschreibt oder feststellt. Das sollte man schon bedenken. Sind das die Signale an Jungunternehmer? Ist das alles? Also da, glaube ich, fehlt etwas. *(Abg. Hinterholzer: Warum hat Niederösterreich dann die meisten Jungunternehmer?)*

Nun, meine Damen und Herren, kommen wir zum Bundesrechnungshof, kommen wir zum Bundesrechnungshof. Ja, Kollegin Hinterholzer, das mag schon sein dass wir da großartig unterwegs sind. Umso wichtiger ist es. Weil nämlich die Strategien dafür fehlen, dann sind umso mehr Unternehmen davon betroffen. Und das wäre ja schlimm. Wenn es keine gäbe wären keine davon betroffen dass es da kein Konzept gibt. Daher orte ich hier Nachholbedarf und bin durchaus eins mit dem Rechnungshof dass man hier ... Wie auch immer.

Ich komme jetzt zum Bericht des Bundesrechnungshofes und meine, dass auch der Bundesrechnungshof mit seinen Berichten eine ganz, ganz wichtige Ergänzung für die Kontrolle in Niederösterreich ist, weil hier auch wieder von einem anderen Standpunkt ausgegangen wird, weil oft hier Ländervergleiche angestellt werden die ich für sehr wichtig halte. Ich wiederhole meine Anregung, die ich schon im Ausschuss gemacht habe, dass es sinnvoll wäre wenn der Rechnungshof-Ausschuss wie andere Ausschüsse der Landesrechnungshöfe in anderen Bundesländern auch den Bundesrechnungshofpräsidenten auch nach Niederösterreich einlädt. Man braucht sich nicht scheuen vor Kontrolle in Niederösterreich, das ist in anderen Bundesländern schon geschehen, nur in Niederösterreich nicht. Ich rege das neuerlich an und komme jetzt zum Bericht über die Organisation und Abwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Förderungen in Niederösterreich.

Und da denke ich mir, also meine Damen und Herren, das sind schon interessante Aussagen die hier getroffen werden. Eine aussagefähige Kostenrechnung war weder beim Bundesministerium noch bei den Ländern vorhanden. Und der Rechnungshof muss sich Vergleichszahlen aus dem Ausland holen weil es in Niederösterreich keine gibt oder in der Republik keine gibt. Also das, meine Damen und Herren, das wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die Landwirtschaftspolitik in der Republik.

Wenn man bedenkt, dass aber da fast das halbe EU-Budget hineingeht, dann glaube ich, gibt es auch hier einen erheblichen Kontrollbedarf. Es ist kein anderer Wirtschaftszweig so hoch subventioniert wie dieser. Und es gibt viele andere Wirtschaftszweige in denen es mehr Beschäftigte gibt und mehr Wertschöpfung gibt. Ohne die Landwirtschaft und den ganzen Bereich der Landwirtschaft irgendwie schmälern zu wollen. Ich vergleiche nur, ich vergleiche unterschiedliche Branchen.

Und es ist sozusagen auch nicht zulässig, die Schuld bei den Bauern selbst zu suchen. Im Gegenteil! Die Bauern sind natürlich und die Landwirte gerade auch in Niederösterreich sind einem stärker werdenden Konkurrenzdruck ausgesetzt. Keine Frage. Aber dennoch wäre es ganz, ganz wesentlich, Reformen tiefgreifend anzugehen. Auch Reformen wie sie der Landwirtschaftskommissär der Europäischen Union vorschlägt.

Und es ist auch interessant, dass die politischen Debatten üblicherweise da sehr, sehr heikel sind und meistens mit großen Unmutsäußerungen einiger Fraktionen, meistens der Mehrheitsfraktionen, gepaart sind.

Zur Gemeindeaufsicht möchte ich beim Kollegen Waldhäusl anschließen. Ja das ist schon so dass hier die Aufsicht, die Gemeindeaufsicht also sehr, sehr nach den Buchstaben des Gesetzes möchte ich einmal sagen vorgeht. Zwei Zitate: Insgesamt reicht das bestehende Instrumentarium der Aufsichtsbehörde nicht aus, unerwünschte Auswirkungen von Rechtsgeschäften auf das Vermögen und die Verschuldung von Gemeinden wirksam zu verhindern. Und zweitens: Die Aufsichtsbehörde legt ihre Kontrollbefugnisse zusätzlich zu gesetzlichen, zu sehr, sehr engen gesetzlichen Vorgaben des Landes, noch dazu sehr, sehr eng aus. Das kommt mir vor wie ein Slalomfahrer der sich bei jeder Torstange an den Torstangen anhält damit er irgendwo die Richtung nicht verliert um nur ja keinen Fehler zu machen. Und um nur ja keinem Bürgermeister zu schaden der vielleicht gleichzeitig Landtagsabgeordneter sein könnte. Das kommt vor in Niederösterreich.

Zum Detail. Ein Beispiel: (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es ist schon so, wir können zählen, es sind schon viel. Ich weiß nicht ob es die Mehrheit ist im Landtag, aber wir können einmal zählen. Ob die Bürgermeister in diesem Landtag die Mehrheit haben. Ich möchte es nur einmal feststellen. Ist schon viel. Und die Feststellung ...

Kompetenz kann nicht schaden. Aber es ist schon interessant dass der Rechnungshof feststellt,

dass komischerweise das Landesgesetz ein sehr enges Korsett in der Möglichkeit der Kontrolle vorgibt. Und wer beschließt das Landesgesetz? Der Landtag. Und wer sitzt im Landtag? Mehrheitlich Bürgermeister. Ist schon ein bisschen auffällig. (*Abg. Gartner: Das ist eine Unterstellung, Herr Kollege!*)

Das ist keine Unterstellung. Schauen wir es uns an, zählen wir es durch. Ihr wisst es besser wie ich. Was heißt das ist eine Unterstellung? Erstens zitiere ich den Rechnungshofbericht und unterstelle ich nicht und zweitens stelle ich fest, wer die Mandatäre dieses Hauses sind. Das kann gar keine Unterstellung sein. Das ist einfach Faktum. Was kann denn da ich dafür? Ich habe euch ja nicht gewählt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Also, ich darf es an zwei Beispielen ein bisschen deutlich machen, meine Damen und Herren. In einer niederösterreichischen Gemeinde tritt ein Vizebürgermeister zurück nach einer Gebarungseinschau, weil die Gebarungseinschau extreme Unregelmäßigkeiten festgestellt haben soll. Und es gibt eine Anfrage an das zuständige Regierungsmitglied und die Anfrage wird nicht einmal erwähnt, sie wird nicht einmal beantwortet. Es gibt eine Anfrage ob der Rücktritt mit dieser Gebarungseinschau zu tun hat und es wird nicht einmal darauf geantwortet. Statt dessen wird die ganze Gebarungseinschau die sowieso bekannt ist noch einmal in die Anfragebeantwortung hineingeschrieben. Konsequenzen keine, kritische Prüfung durch die Aufsichtsbehörde auch nicht. Das ist ein Beispiel. (*Abg. Moser: Du musst den Vizebürgermeister fragen warum er zurückgetreten ist!*)

Es gibt eine Gemeindeaufsicht und über die diskutieren wir weil die hat der Rechnungshof geprüft. Es gibt einen Rechnungshof, Herr Gemeindebundvizepräsident. Es gibt einen Rechnungshof und er hat das geprüft und aus diesem Grunde stelle ich das fest. Ich kann nicht den Vizebürgermeister fragen. Das ist klar was mir der Vizebürgermeister sagen wird, weil er ist zurückgetreten. Ich will wissen was die Aufsichtsbehörde dazu sagt. Das ist die Aufgabe. Weil die Aufsichtsbehörde Landesbehörde ist. Und weil es da ein Regierungsmitglied gibt. Und du wirst es nicht glauben, ich will die Arbeit der Landesregierung hinterfragen. Das ist meine Aufgabe als Abgeordneter. Da sind wir wieder genau bei diesem Thema. (*Abg. Moser: Die brauchen nicht die persönlichen Überlegungen eines Vizebürgermeisters beeinflussen!*)

Das hat mit persönlichen Überlegungen nichts zu tun, das sind politische Überlegungen. Aber für dich ist alles was ein anderer von einer anderen Partei sagt eine persönliche Überlegung. Nur deine

Überlegungen sind politische Überlegungen. Aber das kann nicht ganz sein. *(Abg. Weninger: Aber wenn er keine eigenen Überlegungen hat kann man ihm das nicht vorwerfen!)*

Was heißt seine Überlegungen? Abgesehen davon finde ich es interessant dass das ausgerechnet dich betrifft. Ich frage mich was mit deinem „Schluss mit dem Kuschelkurs“ ist. Es war eine Diskussion zwischen dem Kollegen Moser und mir wo es um meine persönlichen und seine politischen Überlegungen gegangen ist. Ich weiß ja nicht wenn du das für unfair empfindest. Ich wundere mich sowieso schon die ganze Zeit was von eurer Schluss mit dem Kuschelkursansage noch übrig ist. Ihr seid die professionellsten Verteidiger der ÖVP die es überhaupt gibt in diesem Land. Besser wie es die ÖVP selber könnte. Aber bitte sehr. Wenn deine politische Qualifikation oder dein politisches Ziel das Verteidigen der ÖVP ist, mir soll es Recht sein. Da tut sich ein großes, weites Feld auf.

Also: In absolut unlauteren Vergabepraktiken vergibt ein Bürgermeister gemeinsam mit seinem Gemeindevorstand an einen Architekten ohne entsprechendes Vergabeverfahren eine große Bauleistung in einer NÖ Gemeinde, andere übergangene Architekten klagen, der Unabhängige Verwaltungssenat – dessen Bericht wir demnächst hoffentlich diskutieren werden – gibt dem klagenden Architekten Recht. Die Gemeinde, der Bürgermeister führt dagegen Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof, die Beschwerde wird abgewiesen. Der klagende Architekt der übergangen worden ist durch Willkür des Bürgermeisters bekommt in allen Instanzen Recht. Wer schweigt? Die Aufsichtsbehörde, die Gemeindeaufsichtsbehörde schweigt. Wer gibt dem Bürgermeister einen Persilschein? Die Aufsichtsbehörde des Landes Niederösterreich!

Es sind mittlerweile Schadenersatzklagen anhängig und ich bin gespannt, wie groß der Schaden für die Gemeinde sein wird durch dieses unlautere Vorgehen. *(Zwischenruf bei Abg. Gartner.)*

Das hat mit Verzögerung nichts zu tun. Das hat mit Vorgangsweise des Bürgermeisters zu tun. Das hat nur mit der Vorgangsweise des Bürgermeisters zu tun. Daher begrüßen wir sehr insgesamt wenn der Rechnungshof zur Empfehlung kommt, dass die Aufgabenteilung neu, nämlich insgesamt in der Neuordnung des Finanzausgleichs neu zu überdenken ist und dass man hier eine Entflechtung vornehmen soll um grundsätzlich die finanziellen Verflechtungen zwischen Land und Gemeinde zu lösen und besser zu gestalten. Und wenn man zumindest halbwegs die Aufsichtsbehörde oder die Gemeindeaufsicht mit Kontrollrechten ausstattet die diesen Namen auch verdienen.

Über den Bericht der RAMSAR-Konvention haben wir schon gesprochen. Ich hoffe nur, dass der Herr Präsident Mag. Freibauer auch die Geschäftsordnung des NÖ Landtages mittlerweile sich zu Gemüte führt. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich kann ja nichts dafür. Ich habe ja die Geschäftsordnung des Landtages nicht falsch zitiert. Das hat er schon selber gemacht.

Also ganz kurz noch was den Rechnungshofbericht betreffend der Stadt Mödling betrifft. Einen Interessenskonflikt ortet der Rechnungshof, nämlich in dem ein Geschäftsführer einer großen Wohnbaugesellschaft oder gleichzeitig Obmann oder stellvertretender Obmann einer Wohnbaugenossenschaft ist, und gleichzeitig ist er Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses. Es handelt sich halt um einen ÖVP-Stadtrat. Und gleichzeitig ist in einer anderen Wohnbaugenossenschaft der Klubobmann der SPÖ ebenfalls der stellvertretende Obmann. Und so wird dort gewirtschaftet. Das bemängelt der Rechnungshof. Nicht wir. Wir sagen nur dazu, dass es schon einen wesentlichen Interessenskonflikt gegeben hat, weil nämlich gleichzeitig Grundstücksverkaufsverhandlungen stattgefunden haben und die Herren mit sich selber verhandelt haben. Einmal als der Obmann der Genossenschaft und einmal als der Obmann des Stadtausschusses. Das ist Demokratie. Das ist Niederösterreich. Also ich empfehle dem Kollegen Hintner sehr, dass er hier versucht Ordnung zu machen. *(Unruhe bei Abg. Weninger.)*

Du kannst gern dazu etwas sagen wenn du weißt wie das ist. Vielleicht kennst du diese Verflechtungen alle sehr genau. Vielleicht hast du ihnen auch zugestimmt, weiß ich ja nicht. *(Abg. Weninger: Wenn du sagst zwei haben verhandelt wie kann ich dann dabei gewesen sein?)* Die beiden haben mit sich selber verhandelt, einmal in der einen Funktion und einmal in der anderen Funktion. Von einer Tasche in die andere.

Also die Flächenwidmung, um einen anderen Punkt in Mödling zu nennen, die Flächenwidmung. Eine Umwidmung erfolgte um einzelnen Personen Vorteile zu verschaffen. Sicherlich nicht das was das Raumordnungsprogramm gerne vorschreibt. Oder ein Radweg ist angelegt worden mit erheblichem finanziellen Nachteil und als eine klassische Fehlplanung.

Oder die Fußgängerzone, wieder das typische Übergehen sämtlicher Vergaberichtlinien, ein Gestaltungswettbewerb wäre zweckmäßig gewesen. Man hat in einem sogenannten freien Vergabeverfahren einen Architekten herangezogen und der hat das halt geplant. Und auch da hat die Gemeindeaufsicht überhaupt keinen Grund gesehen auch nur

in irgend einer Weise einzugreifen. Also wir glauben es ist durchaus wesentlich wenn man hier die Kontrollrechte auch des Landtages und die Möglichkeiten der Kontrolle für den Landtag erweitert.

Und daher darf ich Ihnen abschließend einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Weiderbauer, Waldhäusl und Ram zur Kenntnis bringen weil ich glaube, dass es nicht nur um die Kontrolle durch den Rechnungshof geht, sondern auch dass es um politische Kontrolle geht, dass die Berichte des Rechnungshofes richtig bewertet werden und dass der Landtag auch mit Instrumentarien ausgestattet wird die das rechtfertigen, die das überhaupt erst ermöglichen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Weiderbauer, Waldhäusl und Ram zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 165/B-1 – Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 3 betreffend Kontrollrechte für den NÖ Landtag.

Es gehört zum Wesen einer repräsentativen Demokratie, die Mehrheit mit Entscheidungsmacht, gleichzeitig aber im Sinne einer ausgewogenen Machtverteilung die Minderheit mit Kontrollinstrumenten auszustatten. Entscheidend ist dabei aber nicht nur die Trennung von Mehrheit und Minderheit, sondern vor allem auch die faktische Machtverteilung von Regierung und Opposition. Aufgrund des niederösterreichischen Proporzsystemes wird das demokratiepolitisch notwendige System von (Regierungs-)Macht und Kontrolle jedoch völlig ad absurdum geführt: in Niederösterreich werden nicht nur die Sitze in der Landesregierung proporzmassig auf ÖVP und SPÖ aufgeteilt, sondern auch alle Kontrollinstrumente:

- Prüfaufträge an den Landesrechnungshof können mit Mehrheitsbeschluss oder auf Verlangen eines Drittels der Abgeordneten erfolgen: dieses Prüfinstrument steht daher nur Parteien zu, die in der Landesregierung vertreten sind.
- Im Rechnungshofausschuss sind nur Abgeordnete der Regierungsparteien als Mitglieder vertreten; Anträge können demnach nur von diesen gestellt werden.
- Die 3 Vorsitzenden des Rechnungshofausschusses werden ebenfalls ausschließlich von den in der Landesregierung vertretenen Parteien gestellt.

- Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen bedarf der Mehrheit des Landtages, kann also nur mit Zustimmung der Regierungsmehrheit erfolgen.
- Es besteht für Oppositionsparteien keine Möglichkeit, in die Beschlussprotokolle der Landesregierung oder damit zusammenhängende Akten Einsicht zu nehmen.
- Selbst das einzige der Opposition verbleibende Kontrollrecht, das Fragerecht, wird seitens der Landesregierung ausgehöhlt, indem Fragen nicht oder nur unzureichend beantwortet werden.

Vor 25 Jahren war Niederösterreich mit der damals beschlossenen Landesverfassung in einigen Bereichen Vorreiter und beispielgebend. Seit damals haben im Hinblick auf Kontrollrechte alle anderen Bundesländer Niederösterreich bei weitem übertroffen. Es ist daher höchst an der Zeit, auch in Niederösterreich die demokratiepolitischen Mindeststandards umzusetzen, die im restlichen Österreich längst eine Selbstverständlichkeit sind.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle der Landesverfassung vorzulegen, die im Bereich der Kontrollrechte folgende Regelungen vorsieht:

- Jede Fraktion soll jährlich einen Prüfauftrag an den Landesrechnungshof erteilen können
- Jede Fraktion soll mit Sitz und Stimme im Rechnungshofausschuss vertreten sein
- Der Vorsitz im Rechnungshofausschuss soll einer Fraktion zukommen, die nicht in der Landesregierung vertreten ist
- Untersuchungsausschüsse sollen von 1/3 der Abgeordneten des Landtages oder von allen Abgeordneten zweier Fraktionen eingesetzt werden können
- Es soll in der Landesverfassung unmissverständlich klargestellt werden, dass das Anfragerecht auch jene Bereiche umfasst, in denen Landesorgane funktionell im Bereich der mittelbaren Bundesvollziehung tätig werden.
- Jede/r Abgeordnete soll das Recht auf Einsicht in die Beschlussprotokolle der Landesregierung haben; darüber hinaus soll

jede/r Abgeordnete das Recht auf Akteneinsicht in allen Angelegenheiten haben, die Gegenstand eines Beschlusses der Landesregierung waren

- □ Ein Drittel der Abgeordneten des Landtages soll gemäß Art 127 Abs. 7 B-VG dem Bundesrechnungshof einen Prüfauftrag erteilen können.“

Das ist Standard in der Kontrolle anderer Bundesländer. Das ist nichts was wir uns aus den Fingern gezogen haben, sondern das machen Ihre Kollegen in anderen Bundesländern, Ihre Parteikolleginnen und –kollegen in anderen Bundesländern auch. Und ich ersuche Sie sehr, im Sinne der Sinnhaftigkeit dieses Landtages diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Nunmehr darf ich Herrn Abgeordneten Kautz das Wort erteilen.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn man heute so die Sitzung verfolgt, so glaube ich haben manche die Vorstellung, dass wir alle das Orchester sind und zwei, drei Dirigent spielen. Ich glaube, das wäre natürlich wünschenswert für die zwei, drei oder für die zwei oder für die vier ... *(Zwischenruf: Wo gibt's ein Orchester mit zwei Dirigenten?)*

Genau das wollte ich ja fragen. Es gibt einen Dirigenten und ein gemeinsames Orchester. Und ich frage jetzt gleich, da die Rechte rechts außen von meiner Seite gesehen, wenn ich schon Kontrolle haben will, warum ist denn eure Fraktionsvorsitzende fast nie in diesem Hohen Haus? Da sich herzustellen und reden über Kontrolle, über politische Kontrolle, und fast nie anwesend zu sein, ich glaube damit hat sie sich qualifiziert dass sie nichts wissen will. Nur heraußen über die Geschäftsordnung oder über andere Sachen zu reden, aber Kontrolle will sie keine. *(Beifall bei der SPÖ und Teile der ÖVP.)*

Das vielleicht dazu. Und Herr Kollege Mag. Fasan, an deiner Stelle oder an Stelle der Grünen würde ich momentan nicht so den Mund vollnehmen. Ein paar Kilometer westlich davon haben manche gepackelt und haben sich mit der ÖVP ins Bett gelegt. Nämlich in Linz ein gewisser Anschöber. Der hat sich mit der ÖVP ins Bett gelegt. Uns wirfst du vor, bitte, lieber Freund, wir sind die Verteidiger der ÖVP und der Kollege Anschöber liegt mit der ÖVP in Linz im selben Bett.

Und ich frage mich hier nur, wollt ihr in Niederösterreich das gleich haben dass das Proporzsystem aufgelöst wird und wenn die ÖVP vielleicht einen Partner braucht, dass man sich anbieten kann, anbieten kann? *(Abg. Mag. Fasan: Ist es verboten eine Koalition mit der ÖVP zu machen? – Abg. Weiderbauer: Darf das nur die SPÖ machen?)* Wir haben eine gewisse Stärke und eine gewisse Wählerschaft in Niederösterreich zu vertreten. Und bei euch ist es ein bisschen was anderes. Ich weiß schon, das tut momentan weh. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur, wenn ich im Glashaus sitze, sollten die Steine mit denen man wirft relativ klein sein. Deine waren ein bisschen zu groß.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich noch einen Grundsatz der ÖVP ins Stammbuch schreiben. Ich habe schon zweimal oder dreimal gehört wenn von unserer Seite Kritik gekommen ist, wir sind die Nestbeschmutzer. Wir beschmutzen etwas, Schlechtmacherei. Und das hat heute der Kollege Mag. Heuras auch gesagt. Liebe Freunde, Kritik kann keine Schlechtmacherei sein! Unter Schlechtmacherei verstehe ich etwas ganz anderes, aber sicher nicht eine gute Kritik. Denn eine dementsprechend gute Kritik ist die Fortentwicklung der Demokratie. Und wir wollen uns ja fortentwickeln. Die Fortentwicklung der Demokratie, nicht eine Rückentwicklung.

Nun meine Damen und Herren von der ÖVP, noch ein Satz dazu. Wir haben immer wieder in den Landesrechnungshofberichten Anregungen drinnen. Und gestatten Sie mir, 23 Jahre kenne ich schon, damals war es noch der Finanzkontrollausschuss, und es zieht sich wirklich wie ein schwarzer Faden durch. Dass bei der Landesregierung, bei der Stellungnahme gefragt wird, wird geändert, wird zur Kenntnis genommen. Zur Kenntnis wird es genommen. Nur geändert wird es 10, 15, 20 Jahre nicht. Und das sollte man auch einmal tun. Nicht nur sagen wir ändern es, sondern wir sollten es auch ändern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, normalerweise sollte man darum eigentlich den Mantel des Schweigens hüllen. Aber irgendwann muss es gesagt werden. Die blaue Fraktion sieht in den Bürgermeistern ein Feindbild. Nur, man muss auch der blauen Fraktion einmal sagen, die Bürgermeister sind vom Volk, von ihren sogenannten Bürgern gewählt worden. Mit einer so großen Mehrheit ausgestattet dass für die Blauen keine Stimmen mehr übrig geblieben sind. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja, können wir schon haben. Aber glaubt ja nicht ...

(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)

Abwarten und Tee trinken. Euer Tee wird aber auch noch kalt.

Die Grundsatzfrage: Man kann nicht nur davon reden, die Bürgermeister, sie schaffen sich Monumente. Der Bürgermeister arbeitet für seine Bürger in der Gemeinde und dafür wird er wieder gewählt. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Krismer.)* Und Bürgerinnen selbstverständlich. Aber so wie es die Blauen sehen, dass der Bürgermeister ein Feindbild ist, das, glaube ich, kann man nicht stehen lassen.

Und wenn heute wieder der Herr Kollege Waldhäusl geglaubt hat er muss die Kommunalpolitik verkriminalisieren, ich darf ihn nur einige Namen nennen. Trenk sitzt momentan in Gerasdorf, Rosenstingl ist haftuntauglich, Gratzner hat seine Strafe schon abgebüßt. All das sind weder Mandatäre der Grünen, der ÖVP noch der SPÖ gewesen. Und wenn ich so tief nur vom Kriminalisieren rede, dann sollte ich vor der eigenen Tür vorher einmal kehren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun meine sehr geschätzten Damen und Herren darf ich mich einigen Punkten der Rechnungshofberichte zuwenden. Ich beginne beim RIZ. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Schaffung der RIZ waren eine gute Idee, sie haben positive Auswirkungen. Und man soll sie auch weiter führen. Nur glaube ich, in Schlampereien sollte das nicht enden. Ich meine dabei, dass man vergisst die Aufsichtsräte zu bestellen. Ich will niemand was Böses unterstellen, das ist Schlamperei. Das erste. Und die zweite Schlamperei ist, dass ich in ganz Niederösterreich RIZ habe und hineingeschrieben habe ich in die Statuten, der Sitz des RIZ dort wo die Generalversammlungen abgehalten werden. Das tut keinem Menschen weh wenn ich die Sitzverlegung zur Generalversammlung auf ganz Niederösterreich ausdehne. Das ist eine Schlamperei, aber dort beginnt es dass man irgendwo was übersieht und das jahrelang übersieht.

Nun, meine Damen und Herren, habe ich eine andere Einstellung zur Wirtschaftlichkeit. Es wird kritisiert, dass die RIZ teilweise nicht wirtschaftlich, sprich kostendeckend geführt werden. Grundsätzlich sollen sie kostendeckend geführt werden. Aber in manchen Ausnahmefällen, wenn ich Jungunternehmer dementsprechend unterstütze, kann es passieren dass die Kostendeckung nicht da ist. Und da muss man es zur Kenntnis nehmen und danach trachten dass das nächste wieder besser wird. Ich nehme den Kritikpunkt zur Kenntnis. Aber bitte nicht nur sagen, aha, da müssen alle kostendeckend sein, da muss man Gewinne machen. Denn

sie sind nicht da um Gewinne zu machen. Die sind da um Jungunternehmer zu unterstützen und dementsprechend auch Arbeitsplätze zu schaffen, Frau Kollegin.

Für mich gilt ein alter Satz. Ich bin schon ein bisschen älter. Damals hat es geheißenen Wissen ist Macht. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Frances Bacon!)* Ja. Nur das dürfte sich bis in die hohe Landespolitik nicht durchgesprochen haben, weil sonst hätte das Land Niederösterreich ein Konzept zur Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter. Denn der Mitarbeiter wird auf die Bürger „losgelassen“. Und wenn er dort von einer Abteilung in die andere wechselt und, und, und nicht sein Wissen mitbringt, so ist dem Bürger nicht geholfen und der Frust bei den Mitarbeitern wird immer größer. Daher glaube ich ist es notwendig und müsste an erster Stelle stehen, dass die Ausbildung und Weiterbildung nach einem Konzept passiert und nicht wie es halt momentan passiert nach dem Zufallsystem, wer gerade will und wer gerade Zeit hat. Das, liebe Freunde, sollte so nicht der Fall sein.

Nun darf ich schon zu zwei anderen Problemkreisen kommen. Es wurde immer das RAMSAR-Abkommen, die RAMSAR-Konvention zitiert. Ich darf einmal klarstellen wovon wir reden und wo es hingehet. Niederösterreich hat 28 Landschaftsschutzgebiete, das sind 22,4 Prozent der Landesfläche. Wir haben 49 Naturschutzgebiete, das sind 0,42 Prozent der Landesfläche. Wir haben 22 Naturparke, 1,99 Prozent der Landesfläche, und zwei Nationalparks. Das haben wir. Bitte zeigen Sie mir grundsätzlich einmal ein anderes Bundesland das so viel unter Schutz gestellte Flächen hat. Und noch dazu dürfte der Bundesrechnungshof ein bisschen die Jahre verwechselt haben. Denn die Kritik, die er in diesem Bericht anbringt, war nämlich vorher, vor der RAMSAR-Konvention, vor diesem Abkommen. Das heißt, ich kann mich nicht auf etwas stützen was nachher gekommen ist wenn ich vorher eine andere Planung gehabt habe.

Daher glaube ich müsste hier einmal grundsätzlich darüber nachgedacht werden was ich in den Bericht hineinschreibe, ob es noch aktuell ist oder ob es von gestern ist.

Über die Landesberufsschule Mistelbach wurde schon dementsprechend gesprochen. Das Positive und alle anderen schon erwähnten Sachen möchte ich nicht mehr nachreden.

Wien-Niederösterreich, gemeinsame Erholungsräume, hier ist so ein Fall. So ein roter, schwarzer Faden der sich durchzieht. Ich glaube schon gute zehn Jahre haben wir das Problem mit

den angefangenen Investitionen, mit den Zuschüssen zugesagt, nicht durchgeführt. Das geht. Wir lesen es alle Jahre wieder beim Bericht, alle zwei Jahre, alle zwei bis drei Jahre wird es kontrolliert. Wird zur Kenntnis genommen, wird abgestellt. Glaubt es mir, ich glaube 11 Jahre ist es schon her, ist es nicht abgestellt worden. Vielleicht könnte sich einmal der zuständige Landesrat dazu entschließen das auch wirklich abzustellen, nicht immer nur versprechen.

Denn ich glaube, dass das, was niedergeschrieben ist nicht nur Handschlagqualität haben soll, sondern wenn es hier zur Kenntnis genommen wird, dann sollte es auch umgesetzt werden, nicht wieder hinten angestellt.

Nun ein letztes, Uni Krems, wurde ja auch angesprochen, nein, das Vorletzte. Und da glaube ich schon, dass irgendwo die Alarmglocken läuten müssten. Der Ansturm auf die Universitäten heuer war in allen oder fast allen Unis dementsprechend groß. Nur 24,4 Prozent weniger als 2002 in Krems. Da glaube ich muss man auch nachdenken wo der Hase im Pfeffer liegt oder wo man etwas verbessern muss. Denn das, glaube ich, kann nicht das Problem sein.

Nun zum Abschluss: Ich bin nicht Anwalt des Kollegen Hintner, aber nachdem er heute krank ist, erlaube ich mir auch zu seiner Problematik Mödling etwas dazu zu sagen. Und zitiere vorläufig einmal aus einem Zeitungsartikel. Da steht: Generell beurteilt der Rechnungshof die Vorgangsweise als zufriedenstellend. Naja, generell und dann gehen wir in die Details. Und ich kenne zufällig oder leidgeprüft einen der Prüfer der dort geprüft hat. Der wollte bei uns in Neunkirchen Baudirektor werden. Und hat alles daran angesetzt dass er es wird. Wir haben ihn Gottseidank abwehren können. Und genauso schaut sein Bericht aus. Weil wie die Stadtgemeinde Mödling ihre Fußgängerzone gestaltet, das, glaube ich, muss man der Stadtgemeinde Mödling überlassen und nicht irgend einem der dann hinkommt prüfen. Und das könnte ich alle die Kritikpunkte betreffend den Bau. Und wenn ich weiß wer der Prüfer war, so darf ich damit schließen, ich weiß wer geprüft hat und damit hat für mich diese Aussage weniger Wert. Selbstverständlich werden wir den Prüfberichten ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Der nächste Redner in der Liste ist Herr Abgeordneter Moser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf ebenfalls zu den Rechnungshofberichten Stellung nehmen.

Zunächst einmal zum Bereich des Berichtes des Bundesrechnungshofes. Ich glaube, eines ist vielleicht bezeichnend in der heutigen Diskussion. Begonnen von der Aktuellen Stunde bis jetzt hat sich vor allem bei den GFs, bei den G- und F-Gruppen sozusagen ein wesentlicher Wandel vollzogen. Zunächst einmal die harte Kritik, es gäbe kaum Kontrolle und ähnliches und alles muss gefordert werden. Und dann, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, wenn nicht nur polemisch darüber diskutiert wird, dann kamen auch beide zur Erkenntnis, dass es eigentlich eine gute Kontrolle in diesem Lande gibt. Sowohl über den Bundesrechnungshof als auch über den Rechnungshof des Landes Niederösterreich. Ich danke dafür dass es auch so gesehen wird.

Denn ich meine, wir sollten alle die Auffassung vertreten dass es wichtig ist in unserem Lande eine gute Kontrolle zu haben, dass es wichtig ist die Fakten die anstehen klar aufzuzeigen und dass es unsere Aufgabe ist ganz einfach daraus auch Konsequenzen zu ziehen.

Und Herr Kollege Kautz, wenn du gemeint hast zunächst einmal gute Kritik mit Nestbeschmutzer und ähnliches verglichen, ich meine, wir stehen zu einer guten Kritik. Das ist notwendig und dass eine gute Kritik auch dazu führen kann ganz einfach Schlüsse zu ziehen. Aber du hast dir in einem selbst widersprochen. Nämlich du hast am Anfang gemeint, es müsste politisch mehr Konsequenz aus dem Rechnungshofbericht gezogen werden und andererseits hast du gesagt, man muss aufpassen, wenn man den Prüfer kennt im speziellen Fall wie du das gemeint hast, dass man die Dinge durchaus auch anders sehen könnte als der Prüfer selber. Da ist für mich ein großer Widerspruch drinnen.

Ich kenne keinen der Prüfer, aber ich muss festhalten, wir haben unabhängig davon die Aufgabe, diese Prüfberichte zu analysieren, nicht eins zu eins zu übernehmen, sondern durchaus dann wo notwendig und sinnvoll politisch Überlegungen daraus abzuleiten. Und das ist durchaus in der Vergangenheit der Fall gewesen und das wird auch ganz sicherlich in Zukunft der Fall sein.

Zum angesprochenen Punkt, Herr Kollege Mag. Fasan, weil du gemeint hast die persönliche

Einstellung, die politische Einstellung. Ich brauche persönlich dazu überhaupt keinen Vormund und schon gar nicht einen wie du einer bist. Vor allem möchte ich hier festhalten, dass auch ganz klar ich keine Bevormundung brauche wo es darum geht meine persönliche Meinung zu politischen Themen hier zu formulieren.

Wichtig ist aber glaube ich eines, dass wir im Zusammenhang vor allem mit der Gemeindeaufsicht und den Kontrollorganen hier feststellen dürfen, dass hier die intensive Kontrolle für die Gemeinden wirklich funktioniert. Und ich glaube wir können darauf stolz sein, dass wir in unserem Lande autonome Gemeinden haben. Autonome Selbstverwaltungskörper haben, die mit ihren Organen ganz einfach die Beschlüsse bestmöglich im Sinne der Zukunftsorientierung der jeweiligen Gemeinden fassen.

Und es ist zweifelsohne hier auch festzustellen, dass das Verantwortungsfeld eines Bürgermeisters ein sehr großes ist, ein sehr umfangreiches ist. Es gar nicht immer ganz leicht ist die Dinge, nämlich die Wünsche der Bürger auf der einen Seite mit all den legislativen Rahmenbedingungen in denen sich eine Gemeinde zu bewegen hat wirklich in Einklang zu bringen. Und ich meine daher, dass vor allem die Kontrollfunktion der Gemeinde oder in der Gemeinde gegenüber den Bürgermeistern und gegenüber den Gremien, sprich Gemeindevorstand und dem Gemeinderat durchaus zunächst einmal in der ersten Instanz in den Kontrollgremien innerhalb des Gemeinderates ist und dann darüber hinaus natürlich entsprechend gegeben sind.

Zum Finanziellen, glaube ich, ist hier festzuhalten und das geht auch aus dem Prüfbericht hervor, dass das komplexe Bild der Finanzströme durchaus ein schlüssiges ist. Und wir auch hier festhalten dürfen, dass die Gemeinden mit ihrer Finanzgebarung insgesamt einen positiven Beitrag zu den Maastricht-Kriterien österreichweit leisten. Und ich glaube, es ist hier besonders hervorzuheben, dass dennoch, obwohl von den Gemeinden ein positiver Beitrag geleistet wird, die Gemeinden die größten öffentlichen Auftraggeber ganz einfach sind.

Und ich meine, dass diese Aufgabenstellung der Gemeinden durchaus auch immer wieder hinterfragt werde, dass die Gemeinden veranlasst sind, nicht nur durch die Aufsichtsbehörde, sondern ganz einfach von sich aus immer wieder Effizienzanalysen vorzunehmen um wirklich das Geld möglichst wirkungsvoll für die Bürgerinnen und Bürger

auch einzusetzen und dass es hier darum geht, ganz einfach dass das Geld das in den Gemeinden investiert wird ganz einfach in der Nähe des Bürgers investiert wird, dem Bürger unmittelbar zugute kommt. Und dadurch bin ich der Auffassung und der Überzeugung, dass es auch bestmöglich für den Bürger hier eingesetzt wird.

Der weitere Bereich der angesprochen wurde in den Wahrnehmungen des Rechnungshofberichtes Land- und Forstwirtschaftsförderung. Es ist hier positiv zu betonen, dass vor allem der Verwaltungsaufwand sehr gering gehalten werden konnte. Auch das zeigt, dass sowohl die Säule der Marktordnung als auch der ländlichen Entwicklung in ihrem Verwaltungsbereich hier möglichst kostensparend in der Verwaltung für den Bürger gestaltet wird. Das heißt, das Geld auch möglichst beim Bürger ankommt.

Zur Donau-Universität Krems wurde einiges bereits ausgeführt. Ich glaube, es ist schon hier positiv festzuhalten, dass sich alleine im Zeitraum 1997 bis 2002 die Zahlen der Studenten von 287 auf 2441 erhöht haben. Es ist schon möglich, dass im heurigen Jahr ein kleiner Einbruch erfolgte. Aber ich sehe das nicht als Einbruch, sondern auch als Frage der Kapazität insgesamt.

Positiv vermerken dürfen wir dass im Energieförderungsbericht diese Förderungsmaßnahmen auch geprüft wurden. Ich meine, hier geht das Land Niederösterreich einen sehr klaren Weg. Nämlich vor allem dem Kyoto-Ziel Rechnung zu tragen, dass auch die nachwachsenden Rohstoffe entsprechend gefördert werden. Biomasse, Fernwärme, Windenergie. All das ist hier in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Und darüber hinaus werden Maßnahmen gesetzt, ich spreche hier vor allem die Wohnbauförderung an die vor allem durch die Ökologisierung der Wohnbauförderung ganz einfach mit Zusatzangeboten diesem Bereich auch entsprechend Rechnung trägt.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Bei dem angeführten Bereich der Prüfung der Austria Ferngas GmbH ist auch festzuhalten, dass es, glaube ich, wichtig ist, dass vor allem die Notversorgung auch künftig sichergestellt werden kann. Dass eine entsprechend Ersatzregelung getroffen wird und dass es bei der gesamten Frage der Liberalisierung vor allem darum geht, auch die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der angeschlossenen Familien ganz einfach auch hier zukünftig zu gewährleisten.

Erfreulich, dass bei der Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft hier wirklich qualifizierte Mitarbeiter am Werk sind, dass ein gutes, modernes Management vorhanden ist und dass eine gute Organisationsstruktur auch eine erfolgreiche Führung dieses Betriebes ermöglicht.

Zur RAMSAR-Konvention wurde von den Vordnern schon ausgeführt. Ich glaube, es ist hier festzuhalten, dass vor allem eines, wenn Niederösterreich hier weitgehendst die größten Flächen in Schutzgebiete mit einbezogen hat, dass hier vor allem im Zusammenhang mit den Grundstückseigentümern immer wieder auch Regelungen getroffen werden die entsprechende Entschädigungen für Belastungen oder für Bewirtschaftungsbehinderungen nach sich ziehen. Und ich meine, dass diese Entschädigungsregelung sowohl bei den Naturschutzgebieten, bei den RAMSAR-Gebieten als auch bei Natura 2000 im Zusammenhang mit den Managementplänen hier zu erstellen ist.

Zur Stadtentwicklung Mödling darf festgehalten werden, ich bin überzeugt, dass Herr Bürgermeister Hintner in seinem Aufgabenbereich mit seinen Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates das wirklich so gestalten wird, die Gehsteige, wie es den Bürgern gefällt und wie es auch finanziell möglich ist. Und dass diese Stadt auch weiterhin attraktiv ist.

Zu den Berichten des Rechnungshofes im Bereich Landesrechnungshof darf ich zwei Dinge anführen. Kassengebarung des Landes Niederösterreich, wo doch ein Umsatz von 31,7 Milliarden Euro der abgewickelt wird. Weitgehend bargeldlos und dass hier keine Mängel festgestellt wurden.

Erfreulich ist, dass die regionalen Innovationszentren und da kann man immer was nachjustieren bei den Satzungen überhaupt keine Frage. Das ist, glaube ich, nicht eine Vernachlässigung, sondern eine Einschätzung der jeweiligen Verantwortungsträger wo hier die Generalversammlung stattfindet. Das ist ein Detail. Aber wesentlich ist, dass mit dem Regionalen Innovationszentrum, glaube ich, wirklich das Land Niederösterreich hier durch die ECO-PLUS und gemeinsam mit der ECO-PLUS sehr viele Möglichkeiten geschaffen hat, dass jugendliche Unternehmerinnen und Unternehmer motiviert werden, Unternehmen zu gründen und dass wir letztendlich damit mit dieser Unternehmergründerwelle auch viele Arbeitsplätze geschaffen haben. Und dass hier auch immer wieder auch alternative Nutzungsmöglichkeiten, bis hin zu Technologiezentren und ähnlichen vorgeschrieben werden. Und dass natürlich die Frage der Wirtschaftlichkeit, vor allem bei jenem Bereich wo es um Neugründungen

geht, wo es um neue Innovationszentren geht, natürlich am Anfang keine Kostendeckung vorhanden sein kann in manchen Bereichen. Ich glaube, auch dafür sollten wir Verständnis haben, weil es hier um eine Einleitung, eine Entwicklung geht die hier zum Vorteil dieser Region und zum Vorteil der jungen Selbständigen und damit auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen geht.

Abschließend darf ich festhalten, dass unsere Fraktion dem Resolutionsantrag in dieser Form nicht die Zustimmung gibt. Er hebt sich ja insofern selbst auf als auch von den Grünen zunächst einmal die Kontrolle kritisiert wurde, aber sowohl bei den Ausführungen dann hier zum jetzigen Tagesordnungspunkt auch klar festgestellt wurde, dass wir eine sehr gute Kontrolle sowohl durch den Bundesrechnungshof als auch durch den Landesrechnungshof haben und diesen positiven Bemerkungen darf ich mich hier anschließen. Ich glaube, wir tun gut daran dass wir die Kontrollinstanzen unabhängig von parteipolitischen Überlegungen arbeiten lassen und dass wir politisch daraus aus den Ergebnissen die entsprechenden Schlüsse ziehen. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Grandl (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 165/B-1:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinheitlichkeit.

Ich darf dazu weiters mitteilen, dass dazu ein Resolutionsantrag vorliegt, der nach unserer Geschäftsordnung nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem zur Debatte stehenden Tagesordnungspunkt steht und lasse daher darüber nicht abstimmen.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Mag. Fasan gemeldet.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn es hier einen Antrag gibt, der in seinen ersten drei Punkten ursächlich mit dem Rechnungshof und mit dem Ausschuss und mit der politischen Abwicklung der Ergebnisse des Rech-

nungshofes zu tun hat, also mit genau dem was wir hier tun, nämlich über Rechnungshofberichte zu diskutieren, dann meinen wir, dass dieser Antrag es durchaus verdient im Landtag abgestimmt zu werden. Es steht ja jeder Fraktion, wie der Kollege Moser schon ausgeführt hat, frei, darüber abzustimmen wie er oder sie gerne möchte und daher ersuche ich sehr höflich diesen Antrag abstimmen zu lassen. Und darf Ihnen versichern, es hat keinen Sinn so einen Antrag vom Präsidenten abzureden, er kommt wieder, das können wir Ihnen garantieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich darf auf § 60 unserer Geschäftsordnung hinweisen. Und wiederhole, dass ich diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringe. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 164/B-2/2:)* ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Findeis die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 152/H-11/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 152/H-11/4 betreffend Zentralklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt, 1. Bauetappe, Funktions- und Bettentrakt für Herzchirurgie, Kardiologie und Neurochirurgie, Neu-, Zu- und Umbau, 2. Medizinische Abteilung, Neubau, medizinische Großgeräte, Erhöhung der Gesamtkosten.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Aufstockung der Gesamtherstellungskosten – resultierend aus
 - der Errichtung eines zweiten Herzkatheters mit Gesamtinvestitionskosten von € 400.000,- exklusive Gerätekosten (Preisbasis 1. August 2001) ohne Ust sowie
 - der Beschaffung von medizinischen Großgeräten für die Funktionsstellen der Bauetappe 1 mit Gesamtkosten von € 10,820.000,- (Preisbasis 1. August 2001) ohne Ust und
 - für die 2. Medizinische Abteilung mit Gesamtkosten von € 28,500.000,- (Preisbasis 1. August 2001) ohne Ust

für das Investitionsvorhaben ‚Zentralklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 1. Bauetappe, Funktions- und Bettentrakt für Herzchirurgie, Kardiologie und Neurochirurgie, Neu-, Zu- und Umbau, 2. Medizinische Abteilung, Neubau, medizinische Großgeräte‘ mit geschätzten Gesamtkosten von € 99,520.000,- (Preisbasis 1. August 2001) ohne Ust wird grundsätzlich genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60 %-igen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs.4 NÖ KAG, LGBl. 9440-20.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich, auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes durch die Kreditfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 4,84 % der Gesamtinvestitionskosten. Diese errechneten Zahlungsleistungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von erfolgten Valorierungen, tatsächlichen Leistungen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der Zinsentwicklung.“

Herr Präsident! Ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich danke für die Berichterstattung und erteile Herrn Abgeordneten Grandl das Wort.

Abg. Grandl (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder des NÖ Landtages!

Wie Sie aus dem Antrag schon gehört haben, handelt es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um ein äußerst umfangreiches Projekt. Die neuen Gesamtkosten belaufen sich auf 99,5 Millionen Euro. Grundsätzlich soll das Zentralklinikum St. Pölten als Pavillonsystem aufgelassen werden. Wir wissen ja, St. Pölten besteht aus den verschiedensten Häusern und das ist heute nicht mehr zeitgemäß.

Die Herzabteilung wird vom Pavillon ausgesiedelt und im neuen Zentralhaus das im Rahmen dieses Bauabschnittes errichtet wird untergebracht. Der Pavillon wird geschliffen und für die zur Verfügung stehenden Flächen ist ein weiteres Projekt

geplant. Diesbezüglich gibt es allerdings noch keine Entscheidung. Dieses geplante Projekt ist derzeit noch nicht im Ausbauplan des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds enthalten.

Der zweite Herzkatheder für das Zentralklinikum St. Pölten ist im österreichischen Krankenanstaltenplan vorgesehen und daher sollen die entsprechenden baulichen und haustechnischen Maßnahmen für diese Herzkathederanlage erfolgen.

Hinsichtlich der Großgeräte kann man feststellen, dass mit dieser Anschaffung man sich an der obersten Grenze der technischen Möglichkeiten befindet, somit können wir ruhigen Gewissens sagen wir sind nach dieser Verwirklichung sehr, sehr gut ausgestattet in Niederösterreich. Somit ist ein technischer Vorsprung nicht nur für St. Pölten selbst, sondern für das gesamte Bundesland Niederösterreich gegeben.

Die zweite Medizinische Abteilung des Krankenhauses ist derzeit im Pavillon 4, einem Bauwerk aus dem Jahr 1941 untergebracht. Aus hygienischen und baulichen Gründen war ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Was ja selbstverständlich schon auf Grund des Alters dieses Bauwerkes notwendig ist, ergibt sich hier von selbst. Denn die hygienischen Anforderungen zu dieser Zeit können mit der heutigen auf keinen Fall verglichen werden.

Die bauliche Substanz des Gebäudes zeigt ein sanierungsbedürftiges Erscheinungsbild, kaputte Fenster und Rollläden, einen nicht den zeitgemäßen bauphysikalischen Anforderungen entsprechende Wärmedämmung, hochwertig medizinische Geräte der Nuklearmedizin sind in den Arbeitsräumen des Kellers untergebracht deren Mauern durchfeuchtet sind. Daher sehen wir, dass diese Investition für die Zukunft sicherlich gerechtfertigt ist.

Hygienische Missstände wie das Fehlen von sanitären Einrichtungen in den Patientenzimmern, die sanitäre Ausstattung dieser Zimmer besteht zur Zeit lediglich aus einem Waschbecken, das ohne Sichtschutz im Anschluss an die Patientenbetten installiert ist. Ein Stationsbad zur Körperpflege das von 30 Patienten benutzt wird, Toiletteanlagen am Gang, keine behindertengerechten Sanitäreinrichtungen sind auf der 2. Medizinischen Abteilung anzutreffen.

Beengte Platzverhältnisse, Nuklearmedizin ist im Keller untergebracht, Untersuchungsräume sind zum Teil Durchgangsräume, Strahlenschutzvorschriften können zum Teil nicht mehr eingehalten werden. Keine Wartezonen für die Patienten, be-

engte Zweibettzimmer sowie funktionelle Missstände. Die Struktur des gesamten Gebäudes entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Führen folglich zu erhöhten Energie- und Betriebskosten, zu mangelhafter Versorgungsqualität, zu fehlenden räumlichen Ressourcen, die für einen optimalen Betriebsablauf notwendig sind. Und es gibt keine Möglichkeit die Untersuchungsfrequenz derzeit zu erhöhen.

Das ist auch vorwiegend die Kritik der Patienten mit dem derzeitigen Stand. Daher ist die Frage, was erwarten wir aus diesem neuen Projekt mit diesen Kosten? Wir erwarten uns die Erfüllung des Versorgungsauftrages in spitzenmedizinischen Leistungen. Wir erwarten uns weiters eine funktionelle Verbesserung und wir erwarten uns eine Optimierung der Betriebsabläufe sowie eine Reduktion der Betriebskosten.

Es werden nämlich mit dieser neuen Investition 24 Intensivbetten errichtet und 150 Betten für die Neuro-, Herzchirurgie und Kieferchirurgie sowie für die Innere Medizin. Und die Fertigstellung soll 2008 erfolgen. Wir hoffen natürlich, dass der Bauzeitplan auch hält damit auch die Kosten halten werden.

Mit 99,5 Millionen Euro wird der Standort St. Pölten als Krankenversorgungszentrum für das ganze Land da sein, nicht nur für die Landeshauptstadt. Und das Land Niederösterreich wird, wie schon erwähnt wurde, mit 60 Prozent sich an diesen Kosten beteiligen und damit für unsere Bevölkerung das Gesundheitswesen enorm verbessern. Und ich glaube, unsere Bevölkerung hat es verdient, mit öffentlichen Geldern solche Investitionen zu tätigen. Denn auch wir in der politischen Szene sind verantwortlich dafür wie die Versorgungsaufträge oder wie die Versorgung überhaupt auf medizinischem Gebiet erfolgt. Und daher darf ich den Landtag bitten um die Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mein Vorredner hat sehr umfangreich und umfassend die Vorteile dieses Beschlusses, den wir jetzt zu fällen haben, vorgelegt. Er hat hier eindeutige Worte gefunden. Es ist wirklich eine positive Entscheidung für Niederösterreich, eine positive Entscheidung für St. Pölten. Und da wir uns ja zum Ausbau des Gesundheitswesens in Niederösterreich bekennen, hier auch dementsprechend unterstützend tätig sind, werden wir selbstverständ-

lich diesem Tagesordnungspunkt unsere Zustimmung geben.

Wenn wir heute auf der Tagesordnung eine Diskussion haben bzw. den Tagesordnungspunkt Zentralklinikum St. Pölten, drängt sich für mich natürlich eine andere Diskussion auf, die im Moment aktuell ist, das ist die Spitalsdiskussion Land-St. Pölten über die Übernahme des Krankenhauses St. Pölten durch das Land Niederösterreich. Ich darf aber hier bewusst nicht auf diese Diskussion länger eingehen. Ganz einfach weil wir in den letzten Landtagssitzungen uns schon darüber unterhalten haben, weil es einen Antrag von uns im Juni 2003 gegeben hat und dieser Antrag auch mehrheitlich angenommen wurde. Und zwar war dieser Antrag der Antrag auf eine einheitliche Trägerschaft. Ich glaube, dass wir alle versuchen sollten, dass dieser Antrag dementsprechend umgesetzt wird, dass es nicht leere Worte waren die damals gesprochen waren weil im Interesse der Patienten, im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher es ganz egal ist ob eine Gemeinde oder das Land ein Krankenhaus hat, die Verfügung über ein Krankenhaus über hat. Ob das ein Gemeindekrankenhaus ist oder ein Landeskrankenhaus. Wichtig ist nur, dass für den Patienten im Endeffekt das Beste herauskommt, dass die Patienten am Besten behandelt werden. In diesem Sinne, glaube ich, dass es wichtig ist, auch bei diesem Tagesordnungspunkt darauf hinzuweisen, dass die Parteipolitik im Krankenwesen nichts verloren hat und dass wir uns für eine umfassende Gesundheitsversorgung in Niederösterreich einsetzen und daher stimmen wir gerne diesem Antrag zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Mag. Ram nicht ganz anschließen. Du hast gemeint, es sei auch eine gute Entscheidung für die Landeshauptstadt St. Pölten. Ich sehe das nicht so. Kollege Dr. Nasko wird das, vermute ich, das ähnlich sehen wenn ich mir die Tagesordnung für den 26. Jänner ansehe, so hatten sie auf der Tagesordnung in St. Pölten den Bericht über den Einsatz von den Derivatgeschäften für die Schuldenbewirtschaftung im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember letzten Jahres. Weiters die Aufnahme eines Darlehens für die Finanzierung von Projekten des außerordentlichen Haushaltes 2003 bei der Kommunalkredit Austria AG. Weiters eine Aufstockung des Überzugsrahmens zum Geschäftskonto des Zent-

ralklinikums St. Pölten bei der Sparkasse Niederösterreich-Mitte West AG, dann noch eine Aufnahme des NÖGUS Kassenkredites vom 21. Mai 2002 in den Schuldenstand und dann noch letztens die Bewilligung von Nachtragskrediten für das Jahr 2003. Also ich würde meinen, in St. Pölten brennt der Hut ganz anständig.

Und deshalb sollten wir uns auch heute wieder einmal die Zeit im Landtag nehmen, und das sehe ich auch nicht so wie der Kollege Mag. Ram, sehr wohl über St. Pölten, St. Pölten in dem großen Konnex Gesundheitscluster in Niederösterreich wieder einmal zu sprechen.

Meines Wissens muss die Stadt St. Pölten in etwa 35 Millionen pro Jahr in das Zentralklinikum hinein stecken, 17 Millionen musste es jetzt noch irgendwie zur Verfügung stellen können für das Jahr 2003. Also St. Pölten ist, und das, glaube ich, kann man sagen, finanziell am Ende, es liegt wirklich am Boden. Erfreulich ist natürlich, dass sich die SPÖ in letzter Zeit ein wenig bewegt hat, aber man gewinnt doch so den Eindruck als geht es noch immer um einen Machterhalt. Der Machterhalt ist wichtiger als hier in die Zukunft zu blicken.

Mich wundert es eigentlich dass Kollege Dr. Nasko heute nicht am Rednerpult steht. Und ich glaube ich war fast die Einzige, sie hatten mir bei diesem medialen Hin und Her fast ein bisschen leid getan. Ich habe das so gesehen, dass ein relativ sanfter Vorstoß medial der da aus St. Pölten kommt, man könnte auch sagen, der eine oder die andere hat sich so das eine oder andere dazu gedacht. Also wenn ich Sie so betrachte, Kollege Dr. Nasko, ohne Ihnen nahe zu treten, der große Revoluzzer sind Sie ja nicht. Also man hat Ihnen da die Worte schon in den Mund gelegt und einiges daraus gemacht.

Aber eines kommt ganz deutlich hervor wenn wir uns die anderen Städte im Lande ansehen. Überall dort wo wir Mehrheiten haben, sei es ÖVP-Mehrheiten im Land oder SPÖ-Mehrheiten. In diesen Städten ist die Demokratie noch einige Jahrzehnte weit hinten. Wir haben das ja heute betreffend den Souverän des Landes besprochen. Es ist so, ich komm aus einer Stadt wo eine ÖVP-Mehrheit regiert und ich weiß wovon ich rede. Und es braucht sehr, sehr lange bis eine Mehrheit Ideen der Grünen vor allem aufschnappt und auch Instrumente der Kontrolle einsetzt und das auch als Mehrwert in der Demokratie erachtet.

St. Pölten haben wir jetzt im Grunde schon besprochen. Ich hoffe, dass das bald gelöst werden kann. Eine zweite rote Bezirkshauptstadt

Amstetten, heute Abend wird voraussichtlich im Gemeinderat ein Verhandlungsteam eingesetzt. Also ich kann mich noch gut erinnern als vor zwei Jahren unsere Grünen in Amstetten fast der Stadt verwiesen wurden als sie gemeint hatten, naja, das ist doch eine kluge Idee wenn wir mit dem Land in Verhandlung treten, wenn wir uns etwas sparen können und die Versorgung dennoch gewährleistet wird.

Es ist sogar noch vor einigen Monaten so gewesen, wurde mir berichtet. Auch jetzt sichtlich kann sich der Bürgermeister Katzengruber hat er sich überreden lassen weil ihm das Wasser wirklich schon bis zum Hals steht dass er etwas tun muss. Die Einsicht kommt, es dauert nur ein bisschen. Man hätte der Stadt Amstetten sowie der Stadt St. Pölten sehr viel Geld geholfen zu sparen und das für andere Projekte zu verwenden. Das haben die SP-Mehrheiten dort nicht gemacht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Punkt. Wr. Neustadt, leider ist jetzt der Kollege Mag. Schneeberger nicht im Saal. Ich habe letztlich noch mit ihm gesprochen was da mit der ÖVP in Wr. Neustadt los sei. Denn die einzigen die derzeit in Wr. Neustadt auf Kursübergabe der Trägerschaft an das Land an dem Projekt arbeiten sind vor Ort die Grünen. Aber anscheinend hat er ausnahmsweise doch einmal einen Tipp der Grünen angenommen. Denn diese Woche, und zwar gestern, hat die ÖVP einen Dringlichkeitsantrag in Wr. Neustadt eingebracht und der Dringlichkeitsantrag ist natürlich an der Mehrheit der SPÖ gescheitert. Aber alle Oppositionsparteien sind schon dafür. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Nein, es ist klug und da geht's nicht um Kunst. Die Politik ist zwar eine hohe Kunst, und ich glaube nicht dass hier die größten Künstlerinnen sitzen. Aber es ist so, dass ... Die ÖVP hat ja lange nichts machen können. Das ist ja so ähnlich wie hier im Land mit der schwarzen Mehrheit wo Sie mit in der Proporzregierung sitzen. So ist es ja so in Wr. Neustadt dass die ÖVP als kleinere in der Statutarstadt in dieser Regierung drinnen sitzt. Und das ist halt ein bisschen schwierig. Dennoch konnte sich die ÖVP nach langem durchdringen.

Es kommt immer klar hervor, und zu dem stehen wir jetzt schon seit geraumer Zeit als die Einzigen, dass eine einheitliche Trägerschaft nicht nur zu begrüßen ist, sondern wirklich alles daran gesetzt werden muss. Aber es stehen einfach sehr, sehr viele Fragen im Raum. Leider ist der zuständige, er ist glaube ich wieder aus dem Saal hinaus, Landesrat Mag. Sobotka ist im Saal, aber leider ist auch der Kollege Schabl nicht da, denn ein biss-

chen etwas hätte mich von ihm ausnahmsweise auch einmal interessiert und nicht immer nur von Landesrat Mag. Sobotka. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Da wir in keinem Gremium drinnen sitzen, das ist halt so in Niederösterreich, ich muss das ja leider zur Kenntnis nehmen, entstehen halt sehr, sehr viele Fragen. Aber es ist ja schön. Vielleicht können Sie Platz nehmen und wir plaudern ein bisschen und können eine Debatte entfachen. Es gibt natürlich einige Fragen die geklärt werden müssen. Sie haben jetzt wieder letztens oder zumindest ist das den Medien zu entnehmen von einer Gesundheitsagentur gesprochen. Meine Informationen sind die dass das Projekt nicht so ganz ausgereift ist. Da ist einiges unklar, mehr als unklar. Sie sprechen sich aus, das sollte gemacht werden. Mir ist auch bekannt, Sie haben eine Vorstudie im NÖGUS in Auftrag gegeben die mir leider nicht zur Verfügung steht.

Natürlich würde mich interessieren wie sind Ihre Zielvorstellungen genau. Wo sehen Sie dass man effizienter werden kann oder produktiver werden kann in Niederösterreich. Und eines habe ich schon als Badenerin gesehen, als das Personal sozusagen in Landeshoheit gekommen ist. Also wie man in Zukunft mit diesem Personalzuwachs umgeht im Land, ich glaube, über das sollte man auch einmal reden. Ich sehe das zuständige Amt mittlerweile leicht überfordert wenn, wie man so schön sagt, das alles aufgeht was Sie jetzt da so vorhaben in nächster Zeit. Dann wäre auch interessant wie das gemanagt wird im Land.

Irgendwann hätte ich auch gerne gewusst, ich gehe zwar sozusagen mit Ihnen diesen Weg dass wir ein großes Ganzes im Land Niederösterreich haben wollen, aber ich höre nie von Ihnen wie das große Ganze dann endgültig ausschauen soll. Wollen wir so etwas wie eine Holding? Wollen wir was weiß ich so wie in der Steiermark oder was wollen wir ganz einfach. Also das höre ich auch nie von Ihnen, da geben Sie sich sehr, sehr bedeckt.

Und das Interessanteste ist natürlich, wie wir die Finanzierung in Zukunft machen werden. Ich glaube, wir sind uns mittlerweile schon etwas einig dass eine Ungerechtigkeit in der Finanzierung in Niederösterreich besteht. Dieser krasse Unterschied zwischen Gemeinden die Spitalserhalterinnen sind und jenen die nur davon profitieren. Natürlich ist mir klar, dass mit dem Finanzausgleich nicht nur die kleinen Gemeinden sondern eben auch unsere Trägerinnengemeinden noch mehr, ich sage es jetzt ganz plump, geschröpft werden. Und da stellt sich die Frage, wie soll das finanziert werden. Und natürlich haben wir vom Land, wenn mehrere

Spitäler in Landeshand kommen irgendwann auch von Landesseite her betrachtet einnahmenseitige Verluste die kompensiert bzw. abgedeckt werden müssten. Und genau solche Fragen möchte ich hier einmal aufwerfen.

Eines, und das ist richtig und ein moderner Zugang, es muss uns irgendwie, und das ist ja nicht nur ein niederösterreichisches Problem, sondern ein Problem ein bundesweites Problem. Wie gelingt es den extramuralen mit dem muralen Bereich einmal zu verschränken um eben effizienter zu werden und – und das spürt ja auch der Patient und die Patientin – wie Prozesse einfacher für sie werden und wie sie auch besser gesteuert werden können.

Ja, abschließend meine Damen und Herren, leider sind die Grünen nirgends vertreten. So kämpfen sie halt wacker weiter in der Regierung, schwarz gegen rot, rote Stadt gegen schwarzes Land, Angst um das Personal, Angst um die Macht. Ob das dem Land langfristig gut tut weiß ich nicht. Das hinterfrage ich schon. Wenn Sie mich aber fragen ob ich eine Therapie habe dann sage ich Ihnen ja, ich hätte da schon eine Therapie die wahrscheinlich etwas bringen würde. Ein bisschen mehr Kontrollrechte für die Oppositionsparteien und vielleicht ab und zu ein paar Tipps und Ideen der Opposition auch aufgreifen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich darf Frau Abgeordnete Dr. Krismer in Erinnerung rufen dass Präsident Mag. Freibauer zu Beginn der Sitzung Herrn Landesrat Schabl für die heutige Sitzung ab 16.00 Uhr entschuldigt hat.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Klubobmann Weninger zu Wort gemeldet.

Abg. Weninger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Dass eine Tagesordnung die am Beginn sehr sachlich geklungen hat, heute Ausmaße der Diskussion annimmt die einen Sitzungsverlauf mit sich bringen den wir uns nicht erwartet haben bedrückt mich. Die grüne Fraktion fordert ständig mehr Demokratie, ist aber nicht willens und in der Lage demokratische Wahlergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb weise ich ihre Aussage, dass überall dort, wo sozialdemokratische Bürgermeister regieren die Demokratie um 10 Jahre zurück ist, auf das Schärfste zurück. Ich finde diese Aussage präpotent. Man kann sie so nicht im Raum stehen lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Eine weitere Wortmeldung liegt von Herrn Abgeordneten Kernstock vor, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kernstock (SPÖ): Werter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Dr. Krismer, ein paar Worte zu Ihren Ausführungen. Grundsätzlich muss ich sagen dass ich Ihnen Recht gebe, wenn Sie über die fehlenden Geldmittel sprechen die im Krankenanstaltensystem Niederösterreich fehlen. Es fehlen eben Geldmittel, aber hier geht es nicht, wie Sie gesagt haben, um einen Machterhalt was zwischen St. Pölten und dem Land Niederösterreich besprochen wird, sondern geht es einfach darum, die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu ordnen, zu sondieren und dementsprechend für unsere Bevölkerung das Optimalste zu erreichen.

Tatsache ist bitte, dass die Landeshauptstadt St. Pölten schon über viele, viele Jahrzehnte über dieses Krankenhaus verfügt und daher auch Realbesitze da sind. Es wurde errechnet, dass insgesamt an Gebäuden, Anlagevermögen, Grundstücke, Vorinvestitionen usw. zirka 90 Millionen Euro vorhanden sind und die verschleudert man nicht einfach so. Ich gehöre zwar nicht dem Verhandlungsteam an, ich bin auch kein Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten, aber ich glaube, das Verhandlungsteam, angeführt von Herrn Bürgermeister Willi Gruber wird mit der Landesverwaltung das Positivste heraus arbeiten können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich komme nun zu dem ursprünglichen Tagesordnungspunkt zurück und einer meiner Vordredner, der Herr Abgeordnete Grandl, hat ja schon einiges gesagt, worum es hier eigentlich wirklich geht. Der Berichterstatter Abgeordneter Findeis ist ebenfalls schon sehr in die Thematik eingegangen. Was sind die Gründe der Projekterweiterung?

Gestatten Sie mir hierzu ein paar Worte. In zahlreichen Gesprächen mit dem Land Niederösterreich wurde bereits das Einvernehmen hergestellt, den Ausbau des Zentralklinikums bezüglich eines zweiten Bauabschnittes, eben die 1. Bauetappe anzupassen und folgende Projekte weiter vorzunehmen. Die medizinisch-technischen Großgeräte sowie sonstige technische Ausstattung. Bei der Planung des Ausbaues des Krankenhauses St. Pölten wurde ja vom NÖGUS bereits festgelegt, diese Ausstattung erst zusätzlich in das Projekt aufzunehmen. Neben den medizinisch-technischen Großgeräten die vor allem für die Ausstattung des neu zu schaffenden Schnittbildzentrums bzw. zur Erweiterung des Herzkathederbereiches der 3. Med-Abteilung notwendig sind, ist vor allem auch die Schaffung einer zentralen Sterilstation zur Versorgung des Ausbaues bzw. die Installation eines

entsprechenden IT-Systemen notwendig. Die IT-Ausstattung wurde im Rahmen des österreichischen IT-Projektes an dem sich auch das Krankenhaus St. Pölten beteiligt hat, erarbeitet.

Im Krankenhaus St. Pölten wird es notwendig sein, das derzeit bestehende Krankenhausinformationssystem abzulösen. Im Ausbau sollen neben den derzeit vorhandenen 600 Arbeitsplätzen noch 200 zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Die Gesamtkosten wurden mit 11,5 Millionen Euro angenommen. Zustimmungen zu diesen Ausgaben gibt es bereits seitens des NÖGUS, in Sitzungen des Ständigen Ausschusses, vorhergehende Baubearbeitungen bzw. Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates der Landeshauptstadt St. Pölten.

Zweitens die Neuerrichtung der 2. Med-Abteilung. Die 2. Medizinische Abteilung ist derzeit im sogenannten Pavillon 4, einem Baustrakt wie wir schon gehört haben, aus den 40er Jahren untergebracht. In der Zielplanung dieses Ausbaues ist eine Neuerrichtung im Rahmen der 2. Bauetappe vorgesehen. Nachdem die bauliche Infrastruktur jedoch bereits völlig untragbar ist, soll im jetzigen Standort des Pavillon 4 ein neues Gebäude zur Unterbringung der 2. Med-Abteilung errichtet werden. Die Vergabe der Arbeiten soll im Anschlussverfahren erfolgen. Die 2. Medizinische Abteilung mit dem Schwerpunkt Pulmologie und Infektionskrankheiten betreibt derzeit 90 Betten die auch wieder errichtet werden sollen. Darüber hinaus wird auch ein Endoskopiezentrum untergebracht.

In der 2. Med wird darüber hinaus auch Nuklearmedizin angeboten mit zusätzlicher Aufstellung eines PET-CT. Dieser Bereich soll ebenfalls neu errichtet werden. Darüber hinaus sind dementsprechende unterstützende Laboreinrichtungen natürlich notwendig. Eine Projektgruppe des Landes, des NÖGUS und des Krankenhauses St. Pölten sowie des Architekten hat ein umfangreiches Konzept über den Neubau der 2. Med-Abteilung erarbeitet.

Die Kosten der Neuerrichtung werden mit 28,5 Millionen Euro angenommen. Auch hier gibt es Zustimmung des NÖGUS in den Sitzungen des Ständigen Ausschusses bzw. Beiratsbeschlüsse und Gemeinderatsbeschlüsse der Stadt St. Pölten. Insgesamt trägt nun das gesamte Bauvolumen wie bereits festgestellt 99,520.000,- Euro. Wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen, welche großartige Bedeutung das Zentralklinikum St. Pölten für die Landeshauptstadt, für die Region, ja für das gesamte Bundesland Niederösterreich hat. Spitzenmedizin der Extraklasse wird unseren Bür-

gerinnen und Bürgern angeboten und von diesen auch in Anspruch genommen.

Der Bürgermeister der Landeshauptstadt Willi Gruber strich erst kürzlich in der Öffentlichkeit die hervorragenden Leistungen und die überragende Bedeutung des Zentralklinikums St. Pölten als größte spitzenmedizinische Einrichtung des Bundeslandes Niederösterreich hervor. So hat das Zentralklinikum St. Pölten im Jahr 2003 fast 48.000 Patienten stationär aufgenommen und über 112.000 Menschen ambulant behandelt.

Nach den aktuellen Daten stammen nur zirka 26 Prozent der stationären Patienten aus der Landeshauptstadt. Dagegen fast 70 Prozent aus dem restlichen Niederösterreich. Bei den ambulanten Fällen ist das Verhältnis ähnlich. Noch augenfälliger wird die hohe Bedeutung des Zentralklinikums für ganz Niederösterreich, wenn man sich die Herkunft der Patienten der St. Pöltner Herzchirurgie anschaut. So stammen im Vorjahr nur etwas über 8 Prozent direkt aus der Stadt St. Pölten, fast 15 Prozent aus dem Randbezirk und über 70 Prozent aus dem restlichen Bundesland Niederösterreich.

Wenn man dieses Zahlenmaterial hört wird einem erst bewusst welche großartige Leistungen seitens des Betreuungs- und Pflegepersonals erbracht werden. Insbesondere ist aber die hervorragende ärztliche Leistung im Zentralklinikum hervorzuheben und zu würdigen. Dafür sage ich namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion herzlichen Dank an die gesamte Belegschaft des Zentralklinikums.

Kenner der Infrastruktur des St. Pöltner Krankenhauses wissen auch, dass dieser Bauetappe mittelfristig eine zweite Bauetappe folgen wird müssen um Abteilungen, die in den Uraltbauten untergebracht sind, auch in absehbarer Zeit eine moderne bauliche und vor allem medizinische Basis zu geben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Auf Grund des zitierten Sachverhaltes wird natürlich die SPÖ-Landtagsfraktion dem vorliegenden Antrag die volle Zustimmung erteilen. Sollte dieser Antrag seitens des Hohen Hauses ein mehrheitliches Votum erhalten, so glaube ich, wird ein neuer Meilenstein im gesundheitspolitischen Gefüge unseres Bundeslandes Niederösterreich gesetzt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Es liegt eine weitere Wortmeldung der Frau Abgeordneten Dr. Krismer vor. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich mache jetzt eine Wortmeldung weil es länger dauert und keine tatsächliche Berichtigung ist. Ich glaube auch nicht, Herr Präsident, dass die Wortmeldung des Kollegen Weninger eine tatsächliche Berichtigung gewesen sein kann, es war vielmehr eine Wortmeldung. Er hat keine Berichtigung gemacht. Zweitens bin ich sehr verwundert, dass wenn eine Kollegin als präpotent bezeichnet wird dem kein Ordnungsruf des Präsidenten erteilt wird. Auch das nehme ich zur Kenntnis. Und drittens möchte ich jetzt quasi tatsächliche Berichtigung in meiner Wortmeldung machen. Es geht hier nicht um eine große Demokratiedebatte. Ich bin eine begeisterte Demokratin. Ich habe ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass dort, wo absolute Mehrheiten sind, das Demokratieverständnis, nämlich der Umgang mit der Opposition um einige Jahrzehnte zurück ist. (*Heftige Unruhe bei der SPÖ.*)

Sie haben gesagt 10 Jahre und es war eindeutig dass es hier um absolute Mehrheiten geht. Ich weiß nicht warum die ÖVP derart ruhig ist. Denn ich habe auch gesagt die ÖVP und die SPÖ. Es geht um absolute Mehrheiten und den Umgang mit der Opposition. (*Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Weninger: So etwas Undemokratisches habe ich überhaupt noch nicht erlebt! Politisches Einmaleins lernen!*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Am Wort ist Frau Abgeordnete Dr. Krismer.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Es geht um das Demokratieverständnis wie man mit Oppositionsparteien umgeht. Und wir sprachen von der Gemeindeebene. Und wir wissen alle, wie absolute Mehrheiten mit Minderheiten umgehen. (*Beifall bei den Grünen. - Heftige Unruhe bei der SPÖ.*) Also ich verstehe die Aufregung und die Untergriffe überhaupt nicht, ich verstehe sie nicht. (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner ist Herr Landesrat Mag. Sobotka zu Wort gemeldet.

LR Mag. Sobotka (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich freue mich, dass dieser Beschluss heute im Landtag fällt. Und ich hoffe, inhaltlich mit großer Einhelligkeit, weil er einmal mehr zeigt, wie das Land Niederösterreich mit seiner Landeshauptstadt umgeht. Und weil er einmal mehr die Möglichkeit

gibt, die Mär, es hätte irgendwas das Land gegen die Stadt und da gäbe es Differenzen ... Schon gar keine politischen! Weil es gibt keine roten Patienten und keine schwarzen Patienten, es gibt nur Patienten und um die geht es. Und es gibt auch keine grünen und keine blauen und keine gelben, welche Farben Sie auch immer anwenden wollen.

Ich glaube, es ist ganz notwendig, dass man in so einer heiklen Frage auch diese parteipolitischen Aspekte außer Acht lässt und sich an den sachpolitischen Fakten orientiert. Und nur um die geht's. Und um die geht's, dass wir für die Patienten St. Pölten, aber auch Niederösterreichs die richtigen Infrastrukturen zur Verfügung stellen. Und ich glaube, es ist nicht sehr häufig, dass ein schon in Bau befindlicher Bauabschnitt noch einmal derartig überarbeitet wird und erweitert wird, ja fast um die Hälfte des ursprünglichen Volumens noch einmal erweitert wird. Weil man erkannt hat, dass es notwendig ist, gerade in dieser Frage auch der Qualitätssicherung in der Infrastruktur jene Maßnahmen zu setzen die unsere Landesbürgerinnen und -bürger von uns zu Recht erwarten können. Wenn wir mit dem Ausbau der Herzchirurgie, der Kardiologie und der Neurochirurgie in Abstimmung mit der Stadt schon seit dem österreichischen Krankenanstaltenplan 1998 unter Beweis gestellt haben, dass wir die Spitzenmedizin immer im Vorwurf Niederösterreich tut da zu wenig im Vergleich zu Wien, auch sehr deutlich hier in St. Pölten platziert haben, dann heißt das heute mit Schnittbildzentrum, mit zweitem Herzkatheder und mit der 2. Med, dass wir diesen Weg, und die zweite Med wird ja auch die PET-Versorgung mit einschließen, dass wir diesen Weg sehr, sehr konsequent vorangehen. Und nicht warten bis beim zweiten Bauabschnitt die zweite Bauetappe erst greift, sondern jetzt schon die Erweiterung auch Platz greifen lassen.

Für uns ist das auch deshalb ganz notwendig, damit Sie sehen, dass gerade in der strukturellen Versorgung im Fluss auch noch immer etwas zu ändern ist, wenn es notwendig ist auch Akzente zu setzen. Es ist auch klar und wer jemals die 2. Med gesehen hat, dass hier sehr, sehr lange nichts investiert wurde, sehr, sehr lange unhaltbare Zustände gewesen sind, der wird sich und kann sich diesem Erweiterungsauftrag im Bauabschnitt 2 in der 1. Etappe, glaube ich, nicht verschließen. Und um das ersuche ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Er ist für die medizinische Versorgung der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung, auch die Spitzenmedizin dementsprechend hier abzusichern.

Wir können damit letztendlich den infrastrukturellen Bedingungen für die Ärzte, für die Pflegerinnen, für die Ärztinnen, für die Pflegerinnen und Pfleger auch dementsprechend eine Infrastruktur zur Verfügung stellen die es ihnen ermöglicht, diese Leistungen die sie zweifellos immer erbracht haben, auch noch optimaler und sicherer zu erbringen.

Und ich möchte ganz besonders betonen, dass das überhaupt nichts damit zu tun hat, welche Finanzierungsströme oder welche Überlegungen das Land Niederösterreich im Gesamten der Gesundheitsversorgung haben. Aber ich darf doch die Gelegenheit nutzen und auf die Fragen die Sie mir gestellt haben auch eingehen und ein paar Aspekte anführen.

Das Land Niederösterreich drängt weder die Stadt St. Pölten, den Rechtsträger St. Pölten, noch irgend jemand anderen die Häuser zu übergeben. Ganz im Gegenteil. Der Landeshauptmann hat hier auf Beschluss der Landesregierung, und der ist einstimmig erfolgt im Jahre 2002, ein Hilfsangebot gelegt. Und da scheiden sich halt die Geister. Manche nehmen das Hilfsangebot an und sagen, super, und manche meinen, das wäre zu wenig. Das ist legitim. Aber bitte, der Ansicht, der Verpflichtung weiter verpflichtet zu wissen auch den Versorgungsauftrag zu erfüllen. Ich möchte mit einer Mär aufräumen. Es ist zu wenig Geld da. Wenn Sie das behaupten, Herr Abgeordneter Kernstock, dann sagen Sie mir, welche Behandlung nicht durchgeführt worden wäre. Wenn das stimmt, dann müssen Sie Ihrem Kollegen Schabl ausrichten er muss nach dem Rechten sehen. Weil er als Gesundheitsreferent dafür zuständig ist, dass alle Behandlungen durchgeführt werden entsprechend des Versorgungsauftrages. Und wenn er Ihnen bestätigen kann dass alles versorgt wird, dann können Sie nicht behaupten dass zu wenig Geld da ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese ewige Diskussion es ist zu wenig Geld da ist schlicht und ergreifend falsch. Sie können sagen, die Gemeinden wollten nicht soviel Geld ausgeben als Rechtsträger, dann sage ich okay, das ist richtig. Aber nicht den Eindruck erwecken es ist zu wenig Geld im System, das heißt nämlich dann, dass eine reduzierte Medizin nur stattfinden kann. Und dass ein Leistungsspektrum zu dem wir uns verpflichtet haben, und da nehme ich Sie sehr genau beim Wort, dass das auch erfüllt ist.

Und es ist die absolute Voraussetzung dass man mit dem endlich aufhört und sagt es ist zu wenig Geld im System. Das ist falsch. Auch wenn Sie es noch einmal wiederholen und in Aussendungen damit, und ich sehe das ja, die Leute zu verun-

sichern trachten. Ich bitte, gerade in dieser heiklen Frage nicht zu spielen auf polemische Art und Weise. Sie können immer sagen, die Stadt St. Pölten oder die Stadt X hat einen zu großen Anteil zu tragen, sie will ihn nicht mehr tragen. Das ist korrekt. Aber ist im System ist genug Geld, weil jeder Rechtsträger natürlich sich verpflichtet hat, auch dementsprechend die Risikobereitschaft zu tragen.

Und aus dieser Grundlagenüberlegung heraus haben wir gesagt, wenn das zu hoch ist, dann erstellen wir ein Hilfsangebot. Und zwar ein sehr faires. Da geht's immer um den Finanzierungsanteil der angeblich zu hoch wäre. Im Jahr 1995 ist dieser Anteil ausgehandelt worden. Ich war damals noch nicht, weder im Landtag noch in der Landesregierung. Damals haben Sie und bis zum Jahr 2003 alle akzeptiert dass er fair, gerecht und auch dementsprechend finanzierbar ist. Jetzt auf einmal wäre er nicht mehr gerecht und wäre er auch nicht mehr fair. Das kann ich nicht akzeptieren. Aber es steht jedem frei das Angebot zu nehmen oder auch nicht.

Wie schauts mit der Gesamtheit der Versorgung aus? Sie haben gesagt wo besteht das Problem und wo werden sie effizienter. Das Problem in der Gesundheitsversorgung sind die Schnittstellen, das wissen Sie alle. Die Schnittstellen von muralen zum extramuralen und vor allem auch zum Pflege- und Betreuungsbereich. Aber auch hin zur Versorgung. Jeder hat sein System optimiert, aber untereinander sind die Systeme zu wenig auf einen Austausch und volkswirtschaftlich auf die kostengünstigste Behandlung ausgerichtet. Und das sollte, wie es im Regierungsprogramm verankert ist, durch eine nationale, aber auch aufgeteilt nach föderalem Prinzip in neuen Gesundheitsagenturen erfolgen.

Und dazu war Niederösterreich seit 1998 im NÖGUS immer wieder bereit mit Experimenten, mit dementsprechenden Pilotprojekten, mit neuen Überlegungen die Gesundheitsversorgung zu optimieren. Und so haben wir auch jetzt wieder mit fünf Pilotprojekten österreichweit einen Block eingeschlagen. Und wir sind bereit, diesen Weg, von diesem innovativen Weg auch von den Fachschwerpunkten, auch eine niederösterreichische Erfindung des NÖGUS, nicht abzuweichen, wäre es notwendig, die Fläche zu versorgen, effizient und mit höchster Qualität. Und dem fühlen wir uns verpflichtet.

Wenn Sie sagen das Amt ist überfordert, dann muss ich Ihnen sagen, Frau Dr. Krismer, das Amt war noch nie überfordert und wird nicht überfordert sein, weil eine dementsprechende verantwortliche

Verwaltung, dort, wo es Engpässe gibt auch dementsprechend so handelt dass man immer wieder in der Lage ist durch Zukäufe und dementsprechende Möglichkeiten der Erweiterung oder zeitliche Schritte auch setzen kann um das auch zu bewältigen. Und so werden wir nicht nur eine Übernahme wenn Sie wollen Badens, sondern genauso in den Verhandlungen mit Krems, mit Horn, mit Melk, mit Hainburg, Waidhofen a.d. Thaya sind wir sehr weit, in der Lage sein, das ordnungsgemäß abwickeln.

Und wenn Sie das anschauen, dass man ein Unternehmen wie das Krankenhaus Baden in nur fünf Monaten durch die NÖ Landesverwaltung erstmalig überhaupt als solches abgewickelt hat, dann muss ich dieser Landesverwaltung hohes Lob zollen was hier geleistet wurde und was hier dementsprechend unter Fachkräften bewiesen wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Finanzierung in Niederösterreich ist ungerecht. Da kann ich immer hergehen ... Bitte, wenn Sie sagen, es gibt ungleiche Finanzierungsströme, dann müssen Sie sagen die Geografie des Landes ist ungerecht. Es gibt große Städte, es gibt kleine Städte, es gibt Gunstlagen, es gibt Ungunstlagen. Dann führen wir wieder die Landesumlage ein. Wir waren damals sehr dagegen dass man sie abschafft, dann können wir das wieder als solidarischen Ausgleich dementsprechend machen wenn dort und da Ungleichheiten entstehen. Ich bin sofort dabei. Als Finanzreferent habe ich da überhaupt nichts dagegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie sagen, die Finanzierung der Spitäler ist ungerecht, dann muss ich das deutlich zurückweisen. Weil gerade die Stadt St. Pölten geht ja nicht zimperlich mit uns um, wir sind ja x-fach geklagt worden. Und haben letztendes erstens einmal beim Verfassungsgerichtshof einen abschlägigen Bescheid erhalten und jetzt beim Verwaltungsgerichtshof auch inhaltlich abschlägig den Bescheid erhalten. Und da steht deutlich drinnen, dass man nicht nur St. Pölten bestens bedient hat im Vergleich auch zu den anderen Häusern, sondern das was hier an der Mittelverteilung war absolut auch gerecht ist.

Und das ist bitte schon ein Zeugnis dass wir uns sehr bemüht haben und im Ständigen Ausschuss, im NÖGUS, in der Fondsversammlung sitzen ja alle entsprechend dem demokratischen Kräfteverhältnis im Landtag vertretenen Parteien drinnen und haben das auch immer wieder mitgetragen. Und das ist, glaube ich, schon ein Beweis dafür dass wir uns sehr bemühen, was insbesondere die Fachkräfte anlangt, hier einen Vorschlag

zu machen, dem sind die Politiker immer gefolgt, eine gerechte Mittelverteilung zu ermöglichen.

Und gerade auf niederösterreichische Intervention sind sehr, sehr viele LKF-Punktungen neu ausgerichtet worden. Wo St. Pölten immer moniert hat dass einzelne Fälle zu wenig bepunktet wurden da wurde korrigiert auf niederösterreichischen Antrag und nachträglich auch rückgezahlt. Und so ist es heute, dass auch die Spitzenmedizin, wo ein paar meinen, weil ein Haus Spitzenmedizin hat wie St. Pölten, darum wäre es dort in einem finanziell größeren Dilemma gewesen. Das stimmt nicht. Die Bepunktung auch der spitzenmedizinischen Eingriffe ist genauso wie es letztenendes dieser Eingriff auch erfordert. Weil auch diese Finanzierung mit den vorhandenen Mitteln in der Aufteilung absolut als gerecht zu betrachten ist.

Und das ist glaube ich notwendig wenn man auch weitere Ausbauvorhaben so fortsetzen möchte dass sie der niederösterreichischen Bevölkerung dienen, dass sie überall nicht nur das Gefühl haben, sondern sicher sein können, dass es erstens einmal eine Erreichbarkeit gibt wo sie ihren Problemen dementsprechend behandelt und betreut werden können. Dass eine Versorgungssicherheit ist im Lande Niederösterreich. Dass es dezentrale gute und qualitative Versorgungseinrichtungen gibt und dass es ein klares Bekenntnis zur Spitzenmedizin in Niederösterreich gibt.

Und mit dem heutigen Beschluss, und ich hoffe dass sich dem alle anschließen können, auch wenn es manchmal da und dort unterschiedliche Zugänge gibt, hat Niederösterreich ein starkes Bekenntnis zu dieser spitzenmedizinischen Versorgung abgelegt und danach, und nur danach, sollten wir uns bei unserer künftigen Gesundheitspolitik auch richten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir seitens des Berichterstatters ein Schlusswort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 152/H-11/4:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist angenommen!

Ich ersuche Frau Abgeordnete Hinterholzer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 157/L-21 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 157/L-21, NÖ Landesbankgesetz.

Die Europäische Kommission hat die staatlichen Garantien mehrerer Mitgliedstaaten für bestimmte Kreditinstitute nach Maßgabe der Vorschriften des EG-Vertrages überprüft und kam zum Schluss, dass diese Ausfallhaftungen mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar sind und abgeschafft werden müssen. Österreich verpflichtete sich, dass die Behörden der zuständigen Gebietskörperschaften spätestens zum 31. Dezember 2003 ihren jeweiligen Gesetzgebungsorgane Vorschläge für die Verabschiedung der notwendigen rechtlichen Maßnahmen unterbreiten. Dieser Verpflichtung ist die NÖ Landesregierung nachgekommen und hat den Vorschlag zur Änderung des NÖ Landesbankgesetzes dem Landtag übermittelt. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Landesbankgesetzes wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident, ich ersuche um Einleitung der Debatte und anschließend um die Durchführung der Abstimmung.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Mag. Riedl das Wort.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zum 70. Geburtstag haben wir noch im Landtag die Landesbank als NÖ Landesbank, als NÖ Landesbank-Hypothekenbank bezeichnet. Und zum 80. Geburtstag, 10 Jahre später, hat die Europäische Kommission gemeint, das Rechtskonstrukt ist EU-rechtswidrig.

Und zwar grundsätzlich aus einer bestimmten Position heraus und die möchte ich ganz kurz erläutern. Nämlich dass generelle Ausfallhaftungen mit dem gemeinsamen Markt nicht vereinbar sind. Jetzt muss man schon glaube ich eines deutlich machen, Europa versteht sich im Wesentlichen unter zwei Säulen: Auf der einen Seite das Frie-

densprojekt das hier in der Solidarität der Reichen mit den Ärmeren auch gelebt wird und zum Zweiten die Freiheit des Marktes und des Wettbewerbes.

Daher die konkrete Kritik. Dort, wo in der Rechtsform der Bank also ein Konkurs oder eine Zahlungsunfähigkeit nicht möglich ist, ist daher diese unbegrenzte Haftung des Staates eine un gerechtfertigte Wettbewerbsverzerrung. Diese staatliche Beihilfe und damit auch sozusagen das Urteil wurde daher in der Vereinbarung zwischen der Kommission und den Finanzministern klargelegt, dass sie ganz einfach abgeschafft wird.

Diese Abschaffung mit Übergangsfristen auf der einen Seite dass für die alten Verbindlichkeiten diese unbefristete Ausfallhaftung noch gilt und auf der anderen Seite dass ab dem 1. April 2007 keinerlei derartige Haftungen mehr passieren werden. Es trifft diese Vereinbarung oder diese Wettbewerbsverzerrung insgesamt eine Reihe an Landesbanken, nämlich alle Landesbanken, sieben an der Zahl, und 27 Gemeindesparkassen.

Diese Abschaffung heißt aber nicht, dass nicht auch weiterhin Garantien durch das Land abgegeben werden können. Nämlich dann, wenn sie mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind, wenn sie zeitlich befristet sind und auch betraglich beschränkt sind. In diesem Sinne stimmen wir selbstverständlich dieser Vorlage und damit der EU-rechtskonformen Beschlussfassung zu. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, daher kommen wir zur Abstimmung falls seitens der Berichterstattung kein Schlusswort gewünscht wird.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 157/L-21:*) Ich stelle fest, das ist die Einstimmigkeit.

Ich freue mich, dass ich auf der Galerie eine Delegation der Gemeinde Wilhelmsburg unter ihrem Bürgermeister Herrn Regierungsrat Walter Daxböck begrüßen darf. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 159/S-5/3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zur Zahl 159/S-5/3, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Mautern; Zubau des Betten- und Wirtschaftstraktes und Abbruch des Altraktes.

Die NÖ Landesregierung hat hier eine Vorlage vorgelegt unter Bezugnahme auf den Landtagsbeschluss 5. Dezember 1990, hinsichtlich des Antrages auf Genehmigung des Projektes über den Zubau des Betten- und Wirtschaftstraktes und des Abbruches des Altraktes des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Mautern.

Es ist so, dass der Altrakt dieses Pflegeheimes aus dem Jahr 1899 stammt. Es sind ziemlich desolate Verhältnisse die hier beseitigt werden müssen. Im Südtrakt wurden bereits im Rahmen des Beschlusses des NÖ Landtages vom 3. Juli 1997 Ausbau- und Investitionsmaßnahmen gesetzt. Das Geschäftsstück befindet sich in den Händen der Abgeordneten und ich darf daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses hier vorbringen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Zubau des Betten- und Wirtschaftstraktes und Abbruch des Altraktes des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Mautern wird mit Gesamtkosten von € 8,100.000,- exkl. MWSt. genehmigt. Daher errechnen sich nachstehende voraussichtliche jährliche Leasingraten:

Immobilien (inkl. Kautions) (Laufzeit 25 Jahre) € 330.064,65 exkl. MWSt. sowie Mobilien (inkl. Kautions) (Laufzeit 9 Jahre) € 92.683,78.“

Ich darf dich Herr Präsident ersuchen, die Debatte einzuleiten und danach die Abstimmung vorzunehmen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse daher gleich über diesen Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses abstimmen. (*Nach Abstimmung über diesen Antrag:*) Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinheitlichkeit. Der Antrag ist angenommen!

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, Debatte zur Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes zu Ltg. 60/A-4/5. Ich eröffne die Debatte und erteile dazu das Wort Herrn Abgeordneten Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Meine Herren Präsidenten! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich bin froh dass wir heute die Gelegenheit haben über das Ozongesetz bzw. über die Immissionsgesetz Luft zu diskutieren. Denn es waren wir Freiheitlichen die bei den Regierungsverhandlungen eine Novellierung des IG-Luft in dieser Gesetzperiode verlangt haben und es wurde auch mit 1. Juli 2003 erreicht. Ziel dieses Gesetzes ist der dauerhafte Schutz der Gesundheit des Menschen, des Tier- und Pflanzenbestandes sowie unserer Lebensräume vor schädlichen Luftschadstoffen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Bund den Ländern mit den Bestimmungen des IG-Luft ein wirkungsvolles Instrument in die Hand gegeben. Und dieses Instrument bezieht sich auf uns dahingehend, dass der Landeshauptmann eine Stuserhebung durchzuführen hat und auch einen Jahresbericht über die Ozonbelastung jedes Jahres zu veröffentlichen hat. Der Landeshauptmann hat ebenso die Bevölkerung über die Überschreitung der Informations- und Alarmschwelle unverzüglich zu informieren. Der Landeshauptmann hat ebenso einen Aktionsplan für Maßnahmen zur Verringerung der Ozonbelastung zu erstellen. Und der Landeshauptmann hat den Inhalt der Aktionspläne sowie Informationen über die Durchführung der Pläne der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Ich wollte jetzt den Herrn Landeshauptmann fragen wo der Statusbericht ist, wo der Aktionsplan ist und wo die Information für die Öffentlichkeit ist. Ich kann ihn leider nicht fragen, weil er nicht hier ist. Aber ich möchte das deshalb hier schon erwähnen, da diese Anfragebeantwortung oder besser gesagt die Nicht-Anfragebeantwortung an den Kollegen von den Grünen vielleicht formal richtig sein mag, politisch ist sie für mich jedoch ein Armutszeugnis. Ganz einfach weil diese Instrumente durchzuführen sind.

Ob diese Nichtbeantwortung der Anfrage korrekt ist oder nicht darüber kann man streiten. Die Frau Klubobfrau Petrovic hat das ja bei der Aktuellen Stunde schon erwähnt, dass es hier sehr wohl unterschiedliche Meinungen gibt. Ich bin auch der Meinung, dass diese Anfragebeantwortung nicht korrekt ist. Aber das haben meiner Meinung nach Verfassungsexperten zu entscheiden und darüber wird es auch dementsprechende Gutachten geben.

Geschätzte Damen und Herren! Nach dem Gesetz Immissionsgesetz Luft sind wir als Nieder-

österreichischer und ist vor allem der Landeshauptmann zu den von mir erwähnten Maßnahmen verpflichtet. Die Rahmenbedingungen für den Schutz unserer Bürger und unserer Umwelt sind von der Bundesregierung geschaffen worden. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt jedoch bei den Landeshauptleuten.

Angesichts der Osterweiterung und den düsteren Prognosen über die Zunahme des Straßengüterverkehrs brauchen die Bürger dieses Landes und unsere Umwelt einen Landeshauptmann der nicht nur mit Spaten neue Straßen sticht, sondern den Bürger auch vor nachteiligen Auswirkungen schützt. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, fordere ich hier von dieser Stelle unseren Landeshauptmann auf und ich ersuche jene Damen und Herren die ihn demnächst sehen werden, das auch auszurichten, die Verantwortung wahrzunehmen und den Aktionsplan um den es hier geht auch auf den Tisch zu legen. Danke! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben diese Anfragebesprechung hier initiiert um einmal mehr die Debatte und die Frage aufzuwerfen warum bzw. auf welcher Grundlage Regierungsmitglieder dem Landtag nicht über Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung Rede und Antwort stehen. Es hat sich offenbar schon vor Jahren so eingebürgert dass unter Verweis auf Artikel 32 der Landesverfassung behauptet wird, dass Regierungsmitglieder nur über Materien die in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache sind, Fragen zu beantworten haben. Ich ersuche Sie noch einmal, bitte schauen Sie sich wirklich den Text der Landesverfassung an. Dort steht, leider nur in der männlichen Form, dass jeder Abgeordnete über alle Angelegenheiten der Vollziehung Fragen stellen kann die zu beantworten sind.

Woher Sie die Einschränkung nehmen dass das Materien seien, müssen sollen die in der Gesetzgebung Landessache sind, ist aus dem Text der Verfassung und aus der Geschäftsordnung absolut nicht zu entnehmen. Und die Rechtsquellen sind, wenn der Wortlaut eindeutig ist, nach diesem auszulegen. Noch dazu ergibt ja auch der Sinn dasselbe Ergebnis. Denn sonst, ich habe es am Vormittag schon gesagt, ergibt sich eine große Palette von Materien die überhaupt keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Und das kann und darf und soll ganz sicher nicht so sein.

Jetzt wurde am Vormittag behauptet, dass in diesen Materien Fragen an den zuständigen Bundesminister, das betrifft Sie auch, Herr Abgeordneter Kautz, an den zuständigen Bundesminister oder die zuständige Bundesministerin zu richten seien. Ich glaube sogar Sie haben so ähnliches behauptet. Das kann ja wohl nicht sein. Denn wenn Landesorgane hier die Vollziehung abwickeln, dann ist natürlich ein Weisungszusammenhang zum zuständigen Mitglied der Landesregierung gegeben und auch eine Berichtspflicht. Und nicht gegenüber einem Bundesminister und einer Bundesministerin. Ja es wäre sogar verfassungswidrig wenn ein Landesorgan einem nicht vorgesetzten Verwaltungsorgan hier Berichte gäbe oder wenn ein zuständiger Bundesminister, eine Bundesministerin darüber berichten würde. Das geht in der Tat nicht. Sondern was von Landesvollzugsorganen vollzogen wird, darüber haben die jeweils Vorgesetzten zu berichten und Fragen zu beantworten. Wer anderer kann es nicht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und ich denke gerade von den Materien die das betrifft, es betrifft sehr viele Umweltmaterien. Überall dort wo Wasser, Luft, die Wälder betroffen sind, haben wir derartige Materien. Die Anfrage, die hier die Grünen gerichtet haben an den Landeshauptmann als zuständiges Regierungsmitglied waren eigentlich wirklich Fragen die im allgemeinen Interesse sind. Weil ich bin sicher, Sie bekommen genau so wie wir die Fragen was denn das wirklich heißt bei besonders schutzbedürftigen Kindern. Es gibt Studien, dass gerade das Ozon mittlerweile nachweislich das Immunsystem der Kinder strapaziert. Es muss noch nicht zu Schäden führen. Aber wir erkennen, dass, wenn es eine längere Folge von heißen Sommertagen gibt, dass das Immunsystem der Kinder unter Stress steht. Und wenn dann noch etwas dazu kommt, dann kann es wirklich auch zu organischen Krankheiten kommen, zu Atemwegserkrankungen, zu Asthma und ähnlichem. Wir wissen, dass diese Erkrankungen zunehmen. Ja es kann doch bitte nicht so sein. Wenn wir hier Fragen bei einem Gesetz das von Landesorganen vollzogen wird wo die Messstellen hier im Lande sind und wir fragen wie oft war das der Fall, wie hoch ist das überschritten worden, wie hat man informiert, was gibt ihr für Informationen. Und die Antwort des Herrn Landeshauptmannes heißt, nicht Gegenstand des Fragerechts. Das kann nicht so sein. Und das kann auch nicht von Bestand sein.

Also ich ersuche wirklich, diskutieren Sie das noch einmal in der Landesregierung. Weil wie gesagt weder der Artikel 32 der Landesverfassung noch die Geschäftsordnung, der § 39, erlauben diese Auslegung. Der Wortlaut ist völlig eindeutig und nennt ganz glasklar alle Angelegenheiten der

Vollziehung. Und nimmt eben nicht Bezug auf die Art der Rechtsquelle ob das ein Bundesgesetz ist oder ein Landesgesetz das durch Landesorgane vollzogen wird. Und ich gebe Ihnen auch zu bedenken, weil wir haben natürlich auch von den Kolleginnen und Kollegen im Parlament die Vergleichswerte. Es gibt sehr wohl andere Länder die über diese Materien im Rahmen des Interpellationsrechtes Auskunft geben. Und ich denke mir, hier geht es wirklich um Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Gerade wenn es um Umweltdaten geht, wenn es um Gesundheitsdaten geht. Und ich glaube nicht, dass Sie das rechtfertigen können, dass über den Weg der parlamentarischen Kontrolle die NÖ Bevölkerung weniger Rechte hat als die Bürgerinnen und Bürger in anderen österreichischen Bundesländern.

Meine Damen und Herren! Insofern wie gesagt liegt es insbesondere an der Regierung diese Praxis zu ändern. Es kann nicht sein, dass eine Fußnote oder eine Ausführung in einem Kommentar mehr Geltung hat als der Wortlaut der Verfassung und der Geschäftsordnung selbst. Und ich denke mir, es wäre auch ein Zeichen der politischen Größe dieses Hauses und seiner Mitglieder wenn insbesondere die Regierungsparteien das von sich aus tun würden. Ich garantiere Ihnen dass wir natürlich nicht ruhen werden in dieser Angelegenheit. Und dass wir die entsprechenden Gutachten beibringen werden, die meiner Meinung nach kaum zu einem anderen Ergebnis führen werden als der Auskunftspflicht. Aber ich würde hier meinen, Sie tun dem Land und der Bevölkerung einen guten Dienst wenn Sie hier diesen Gutachten mehr oder minder zuvorkommen würden und von sich aus die Auslegung dieser Paragraphen und Artikel entsprechend dem Wortlaut auch in der Praxis durchführen würden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und weil wir natürlich mit so einer Nicht-Antwort, und wie gesagt das betrifft nicht ein Regierungsmitglied, sondern das ist stehende Praxis, also sollte von der Regierung in ihrer Gesamtheit angegangen werden, weil wir natürlich mit dieser Nicht-Antwort absolut nicht zufrieden sein können, weil wir auch nicht glauben, dass sie dem Wortlaut der entsprechenden Bestimmungen entspricht, stelle ich hier den Antrag gemäß § 39 Abs.9 der Geschäftsordnung: Der Landtag wolle diese Beantwortung nicht zur Kenntnis nehmen. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es ist natürlich jetzt verlockend hier eine juristische Debatte abzuführen. Aber wir wissen ja zwei Juristen, das wäre in dem Fall gegeben, drei Meinungen. Aber ich denke, es hat ja eine politische Dimension diese Anfragebeantwortung die hier diskutiert wird. Und es geht hier um nichts weniger als etwas was gestern auch als gewisse Anomalie unserer Bundesverfassung bezeichnet wurde, nämlich diese mittelbare Bundesverwaltung, die halt einmal jetzt gegeben ist, wo es Bundesgesetze gibt die auch in den Kompetenzartikeln unserer Verfassung Bundesvollziehung sind. Da sind die aufgezählt, Gesetzgebung Bund, Vollziehung Bund und dann steht im Artikel 102 unserer Bundesverfassung, dass es Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung gibt. Und da ist der Landeshauptmann an die Weisung der Bundesregierung und der einzelnen Bundesminister gebunden. Das ist so. Ob es uns gefällt oder nicht. Der Landeshauptmann, bei all dem was ihm heute hier auch an politischer Durchsetzungsfähigkeit zugeschrieben wird ist in diesen Dingen nicht frei sondern ist funktionell ein Bundesorgan und daher gehört eine Anfrage über dieses Thema auch ins Bundesparlament. Ob uns das jetzt gefällt oder nicht.

Und im Geschäftsordnungskommentar des Bundes steht auch drinnen, dass eben hier das Anfragerecht für alle Angelegenheiten der Bundesvollziehung ist, wo die Minister halt in irgendeiner Form ein Weisungsrecht haben. Und daher ist die Sache rechtlich ganz eindeutig. Bundesvollzug gehört ins Bundesparlament und Landesvollzug gehört ins Landesparlament. Und Sie, Frau Kollegin Dr. Petrovic, haben gemeinsam mit anderen aus diesem Haus, da schaue ich meinen Klubobmann an, die Möglichkeit, beim Konvent zu schauen dass sich die Dinge ändern. Je mehr Landesvollziehung wir haben, desto mehr Möglichkeit werden wir auch hier haben im Landtag diese Vollziehung auch politisch zu kontrollieren. Und in diesem Sinn stelle ich natürlich den Antrag, dass wir diese richtige Anfragebeantwortung zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich schließe die Debatte zu diesem Geschäftsstück. Und lasse zunächst über den Gegenantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Ich lasse aber auch über den gestellten Antrag der Frau Abgeordneten Dr.

Petrovic, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Das ist mit 6 Stimmen die Minderheit.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, Debatte zur Anfragebeantwortung des Landeshauptmannes zur Zahl 94/A-4/16 und erteile Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

So wie im vorigen Tagesordnungspunkt geht es auch hier um eine Anfragebeantwortung, Nicht-Beantwortung so kann man nicht sagen, es ist ja eine Beantwortung erfolgt, es hat sie gegeben. Aber genauso in einer Art und Weise die unzufriedenstellend war.

Ich möchte jetzt nicht noch einmal darüber diskutieren, haben ja zwei Juristen im vorigen Tagesordnungspunkt darüber gesprochen. Und es hat keine einhellige Meinung gegeben. Hier in dieser Sache könnte man sogar noch weiter gehen. Denn da wäre es nicht einmal möglich dass der Bund dazu Stellung nimmt, sondern da müsste man das im zuständigen Ausschuss behandeln und in diesem zuständigen Ausschuss hat aber weder die FPÖ noch die Grünen die Möglichkeit hier einen Antrag zu stellen oder das zu hinterfragen. Also hier in dieser Sache ist es eindeutig so, dass auf Grund dieser Beantwortung diese Fragen nirgends in dieser Republik an keiner Stelle überhaupt zu erfragen sind. Und das kann nicht so sein dass man dann zur Tagesordnung übergeht und sagt, naja, ist halt in Ordnung, Irgendwo müsst ihr halt dann das stellen. Das kann nicht sein, dass man – und jetzt komme ich zum politischen Aspekt – bei der Frage über leitende Stellungen im Sinne des Unvereinbarkeitsgesetzes, aber auch über die Frage eventueller Aktienbesitze von Regierungsmitgliedern, dass diese Fragen ganz einfach totgeschwiegen werden. Weil man sich hier hinter Paragraphen versteckt. Obwohl man genau weiß, dass nur die ÖVP oder nur die SPÖ die Möglichkeit haben, hier das auch zu hinterfragen.

Und da möchte ich schon noch einmal in Erinnerung rufen. Nach dem Unvereinbarkeitsgesetz, das wissen viele nicht, das gilt eben nicht nur für Bundesregierungsmitglieder sondern auch für Landesregierungsmitglieder. Und deswegen hat es mich so verwundert, dass nur ein Landesregierungsmitglied diese Meldung auch in richtiger Form abgegeben hat. Acht Leermeldungen sind erfolgt. Und es kann ja nicht so sein, dass nur ein Landesregierungsmitglied ehrlich ist und sagt welche lei-

tende Stellungen im Sinne des Unvereinbarkeitsgesetzes es hat.

Weil ich kann mir schon vorstellen dass es mehrere gibt die Gesellschaftsvertreter sind, die Vorsitzende in verschiedenen Bereichen sind. Aber nur ein Regierungsmitglied hat das gemacht. Dass das zufällig ein Waldviertler ist das ehrt mich weil ich auch ein Waldviertler bin und das zeigt, dass Waldviertler halt in diesem Bereich doch ein bisschen ehrlicher sind. Und das ehrt mich und auch diesen Herrn.

Aber es ist nicht in Ordnung, dass acht Regierungsmitglieder diesem Gesetz nicht nachkommen. Obwohl alle acht Regierungsmitglieder dieses Unvereinbarkeitsgesetz kennen müssten. Und sie müssten wissen, dass sie diese leitenden Stellungen sehr wohl nach § 4 Abs.1 melden müssten.

Wir wissen, dass sie welche haben. Aber in diesem Falle, ich darf ja nicht einmal sagen, was dieses eine Regierungsmitglied abgegeben hat, weil das nicht öffentlich ist. Aber nicht melden ist nicht in Ordnung.

Und da komm ich schon zum nächsten, na hat er oder hat er nicht, die Frage des Aktienbesitzes. Auch das, und das ist auch klar geregelt im Unvereinbarkeitsgesetz, dass alle Anteilsrechte an Gesellschaften und anderen Unternehmungen dem zuständigen Ausschuss zu melden sind. In diesem Bereich ist keine einzige Meldung eingegangen. Jetzt nehmen wir halt an, dass kein einziges Regierungsmitglied im Besitz von Aktien ist. Ja warum meldet man das bei der Anfrage nicht? Warum versteckt man sich hinter Paragraphen? Wir sind soweit, dass wir eine Information haben wo wir eine Mitteilung bekommen haben dass sehr wohl ein Regierungsmitglied im Besitz von Aktien ist. Und bevor man hier vielleicht die Unwahrheit sagt, sagt man gar nichts. Und das ist nicht in Ordnung. Wenn man nichts zu verbergen hat, dann meldet man das. Dann schreibt man ganz einfach, nein, nach § sowieso Unvereinbarkeitsgesetz habe ich keine Aktien oder so wie es üblich ist im § 4 Abs.1 ich übe keine leitende Stellung im Sinne des Unvereinbarkeitsgesetzes aus. Das könnte man ja so melden. Aber eine Leermeldung ist ein Verstecken hinter Paragraphen, meine Damen und Herren, und das ist nicht in Ordnung.

Und ich weiß schon, dass diese Beantwortung ausreichend ist für die Mehrheitsfraktionen in diesem Land. Aber sie ist nicht ausreichend für die Bürger. Und vor allem nicht ausreichend für die Anfragesteller. Denn wenn man etwas zu verbergen hat, dann macht man diese Lösung und diese

Variante. Hat man nichts zu verbergen, dann versteckt man sich nicht hinter diesen Geschäftsordnungen, hinter Verfassungen, hinter Auslegungen davon, sondern man sagt ganz einfach ich habe ein reines Gewissen und das ist so.

Noch einmal in Erinnerung gerufen, weil diese Fragen nur von ÖVP und SPÖ zu beantworten sind. Weil weder die Freiheitlichen noch die Grünen auf Grund dieser Beantwortung die Möglichkeit haben, das in Erfahrung zu bringen. Und dann darf keiner mehr behaupten, in Niederösterreich ist das so einfach und dann fragt man und die Kontrolle könnt ihr ausüben. Dann sollte man auch das hinschreiben dass man sagt, ich übe keine leitende Stellung aus und ich bin nicht im Besitz von Aktien. Das wäre in Ordnung. Aber sich dahinter zu verstecken das ist einfach feige. Und daher werden wir diese Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis nehmen und verlangen hier darüber auch die Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Weninger.

Abg. Weninger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Dieser Skandalisierungsversuch des Kollegen Waldhäusl, der hinter einer Leermeldung das Verstecken von Aktienbesitz bzw. das Innehaben einer leitenden Stellung in Wirtschaftsfunktion sieht, weise ich für die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Landesregierung auf das Strikteste zurück. Lieber Kollege Waldhäusl! Du hast wörtlich gesagt, nur ein Landesrat sei ehrlich. Ich wundere mich, dass du für diese Aussage keinen Ordnungsruf bekommen hast. Weil diese Aussage impliziert, alle anderen Mitglieder, das können wir im Protokoll nachlesen, seien unehrlich.

Ich bin aber trotzdem der Meinung, und das möchte ich bei dem Tagesordnungspunkt anmerken, so lange es diese Art der Bundesverwaltung noch gibt, sollten wir hier im Land oder auf Bundesebene klären wie das Fragerecht der Mandatare ist. Es kann nicht sein, dass man zu ein und demselben Thema weder von Seiten der Landesverwaltung noch von Seiten des Bundes die Antwort bekommt. Beide Interpretationen, sowohl die des Kollegen Dr. Michalitsch wie die der Kollegin Dr. Petrovic scheinen mir rechtlich logisch. Diese Frage bedarf einer dringenden Klärung.

Ich möchte nochmal abschließend feststellen, dass ich für die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder festhalte, dass sie allen Meldungen nach dem Unvereinbarkeitsgesetz vollkommen nachgekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zu diesem Thema ist aus unserer Sicht anzumerken, dass der Kollege Waldhäusl eine richtige Aussage gemacht hat. Nämlich die, dass das keine Sache im Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist. Das ist eine Sache die natürlich nach unseren Landesrechtsnormen in unserem eigenen Bereich abzuhandeln ist und selbstverständlich auch – und das möchte ich auch für die Volkspartei feststellen – richtig abgehandelt wird. Und ich möchte für uns festhalten, dass alle Meldungen erfolgt sind, dass sie im zuständigen Ausschuss auch ordnungsgemäß behandelt wurden und dass daher wirklich keine Notwendigkeit und auch keine rechtliche Zulässigkeit gegeben ist hier das Interpellationsrecht zu bemühen.

Das ist eine glasklare Argumentation die hier auch in der Anfragebeantwortung zum Ausdruck kommt. Vollziehung die hier zu erörtern ist von diesem Pult aus und in diesem Saal, das sind die Dinge wenn Landesgesetze zu vollziehen sind durch die Regierung als Landesvollziehung und wenn Landesgeld ausgegeben ist. Beides ist hier nicht der Fall. Das ist eine Frage die die obersten Organe nach diesem Bundesgesetz zuständigerweise im Ausschuss zu machen haben. Das ist erfolgt und so wurde es auch richtigerweise vom Landeshauptmann mitgeteilt. Daher nehmen wir und ich stelle auch diesen Antrag, diese Anfragebeantwortung zur Kenntnis. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl zu Wort gemeldet.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Ich melde mich deswegen zur tatsächlichen Berichtigung weil ich hier nicht gesagt habe dass alle außer einem Regierungsmitglied diese Personen unehrlich sind. Sondern ich habe hier gesagt, dass ein Waldviertler, Regierungsmitglied aus dem Waldviertel, hier sehr, sehr korrekt gehandelt hat. Diese Unterstellung ist nicht in Ordnung und ich habe nicht gesagt, dass ein Regierungsmitglied nicht ehrlich ist. Das weise ich zurück, ich habe es nicht gesagt. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kautz, ich erteile es ihm.

Abg. Kautz (SPÖ): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, es ist das erste Mal seit –zig Jahren, aber es ist möglich zu verlangen das Protokoll hier zu zitieren, damit der Herr Waldhäusl nicht weiß was er gesagt hat. Einen Antrag, das Protokoll zu zitieren. Vorzulesen was geschrieben ist vor zwei Minuten, drei.

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist geschlossen. Ich behalte mir nach Studium des Protokolls gemäß § 69 Abs.6 vor, einen Ordnungsruf bei der nächsten Sitzung zu erteilen.

Es gibt einen Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit.

(Nach Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Waldhäusl, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen:) Ich stelle fest, dass mit 6 Stimmen dieser Antrag nicht die Mehrheit gefunden hat.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt und ich ersuche Frau Abgeordnete Hinterholzer, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 163/A-3/1 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 163/A-3/1, Antrag der Abgeordneten Dr. Petrovic, Mag. Fasan, Dr. Krismer, Weidbauer, Mag. Ram und Waldhäusl betreffend Sofortmaßnahmen zur Rettung des Safariparks Gänserndorf.

Der Ausschuss hat sich mit diesem Antrag beschäftigt und es wurde im Ausschuss ein eigener Antrag gemäß § 34 eingebracht und beschlossen und ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Weninger, Mag. Schneeberger, MMag. Dr. Petrovic und Mag. Ram gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Fortbestand des Safariparks Gänserndorf *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der NÖ Landtag bekennt sich zum Fortbestand des Safariparks in seiner Grundstruktur als regionalpolitisch, touristisch und zoologisch-wissenschaftlich wichtigen Unternehmen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung an der Erstellung eines tragfähigen Unternehmenskonzeptes in Kooperation mit fachlich geeigneten und wirtschaftlich interessierten Partnern mitzuwirken und ein solches Konzept finanziell zu unterstützen.

Mit diesem Antrag wird der Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic, Mag. Ram u.a. betreffend Sofortmaßnahmen zur Rettung des Safariparks Gänserndorf, Ltg. 163/A-3/1-2004, miterledigt.“

Herr Präsident! Ich ersuche um Einleitung der Debatte und um die Durchführung der Abstimmung.

Dritter Präsident Ing. Penz: Danke für die Berichterstattung. Wortmeldung liegt keine vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist somit angenommen!

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Und ich schließe die heutige Sitzung um 18.34 Uhr. *(Ende der Sitzung um 18.34 Uhr.)*